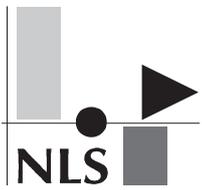




Niedersachsen- onitor 2005



Niedersachsen



Statistische Berichte Niedersachsen

Niedersächsisches Landesamt
für Statistik

Z 6 - j / 05

Niedersachsen-Monitor 2005



Niedersachsen

Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Landesamt für Statistik (NLS)

Redaktion: Prof. Lothar Eichhorn
E-mail: lothar.eichhorn@nls.niedersachsen.de

Autoren: Teil I: Prof. Lothar Eichhorn, Dr. Dirk Soyka
Teil II: Prof. Lothar Eichhorn

Zu beziehen durch: NLS - Schriftenvertrieb -
Postfach 910764, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. (05 11) 98 98 - 31 66, Fax - 41 33
E-mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de
Internet: www.nls.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €

Erschienen im November 2005

ISSN 1432-5756

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2005. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	7
Erwerbstätigkeit.....	10
Wirtschaft und Einkommen.....	15
Innovation.....	21
Humanpotenzial.....	26
Finanzen.....	27
Soziale Probleme, Sicherheit.....	30
Fazit.....	33

Tabellenteil

Bevölkerung.....	36
Erwerbstätigkeit.....	38
Wirtschaft und Einkommen.....	40
Innovation.....	45
Humanpotenzial.....	47
Finanzen.....	48
Soziale Probleme, Sicherheit.....	50

Textteil II

Regionale Selbststeuerungsfähigkeit und demographischer Wandel.....	54
---	----

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Dies ist die mittlerweile achte Ausgabe des *Niedersachsen-Monitors*, der seit dem Jahr 1998 jährlich vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik (NLS) im Herbst vorgelegt wird. Der *Monitor* bezweckt eine umfassende und objektive Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Ländervergleich (Teil 1) sowie durch die vertiefte Darstellung eines jeweils aktuellen Schwerpunktthemas (Teil 2). Das diesjährige Schwerpunktthema befasst sich mit der unterschiedlich ausgeprägten Fähigkeit der Regionen des Landes zur „regionalen Selbststeuerung“.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Der erste Teil des *Monitors* stellt kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer und Deutschlands dar. Mittels hochverdichteter Indikatoren wird ein Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung Niedersachsens aktuell und umfassend möglich. Thematisch umfasst der *Monitor* die Politikfelder Demografie, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Humanpotenzial, Innovation, Finanzen sowie soziale Probleme, Sicherheit. Im Laufe der Jahre wurde das Tabellenprogramm mehrfach von anfangs 35 auf heute 46 erweitert, u.a. weil im Jahre 2000 eine Publikation des Nds. Wirtschaftsministeriums komplett integriert wurde. Gegenüber dem Vorjahr gab es diesmal keine Änderung in der Gestaltung.

Der Ländervergleich basiert auf der Sammlung der 46 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch Balkendiagramme illustriert und textlich kommentiert werden. Die Tabellen folgen einem einheitlichen Bauplan:

Ländervergleich: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie die Deutschlands, Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Die Entwicklung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Landes- und Bundesergebnis sind in den Tabellen darum durch Fettdruck optisch hervorgehoben. Da auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung die entscheidende regionale Scheidelinie der Nation zwischen der „alten“ Bundesrepublik und dem Beitrittsgebiet verläuft, wurden zusätzlich die Werte für Ost- und Westdeutschland nachgewiesen. Die 10

Länder der „alten“ Bundesrepublik werden als Westdeutschland, die fünf Länder des Beitrittsgebiets sowie Berlin werden als Ostdeutschland zusammengefasst.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie vergleichend a) das Vorjahresergebnis und b) das Ergebnis fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so die kurz- und mittelfristige Entwicklung deutlich. Am aktuellen Rand beziehen sich die Daten meist auf das Jahr 2004, die älteren Vergleichsdaten stammen somit meist aus 1999 bzw. 2003. Davon wird nur dann abgewichen, wenn es noch keine Daten aus 2004 gab. Die stets sehr aktuellen Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf das Jahr 2005 bzw. 2000 und 2004 zum Vergleich. Alle Daten des *Monitors* entstammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen, zumeist amtlichen Veröffentlichungen. Soweit irgend möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse.

Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Absolute Zahlen sind meist für eine Analyse nicht geeignet. Erst im Zeit- und Regionalvergleich mit anderen Daten erhalten sie einen Aussagewert. Dabei müssen sie oft standardisiert werden, um triviale Aussagen, dass es z.B. im großen Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt als im kleinen Saarland gibt, zu vermeiden. Durch Verwendung von Quoten (z.B. Arbeitslosenquote), Beziehungszahlen (z.B. Geborene je 1 000 Einwohner) und prozentuellen Veränderungsraten (z.B. Wirtschaftswachstum) wird ein Höchstmaß an regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit geschaffen.

Streudiagramme: Im laufenden Text sind an einigen Stellen Streudiagramme als analytisches Werkzeug aufgenommen. Die Streudiagramme stellen bivariate Zusammenhänge z.B. zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote dar. Jeder Punkt in diesen Diagrammen steht für ein Bundesland. Die jeweiligen Bundesdurchschnitte unterteilen die Diagramme in vier Quadranten. Je nach Struktur des Zusammenhangs beider Variablen ergeben sich Häufungen im Quadranten unten links und oben rechts (positive Korrelation) bzw. oben links und unten rechts (bei negativer Korrelation). Zusammenhänge zwischen beiden Variablen und Positionierung des einzelnen Landes werden so schnell sichtbar.

Bevölkerung

Bevölkerungswachstum schwächt sich weiter ab – 8-Millionen-Grenze überschritten

Im Jahr 2004 wuchs Niedersachsens Bevölkerung nur noch um ca. 7 500 Personen (Tab. 1). Der Bevölkerungszuwachs schwächte sich damit weiter ab – noch 2003 gab es ein Plus von ca. 13 000 Personen. Immerhin reichte der leichte Zuwachs um +0,1 %, um die Schwelle von 8 Millionen Einwohnern zu überschreiten.

Der prozentuale Zuwachs von +0,1 % im Vorjahresvergleich liegt ebenso wie der mittelfristige Zuwachs von +1,3 % im Vergleich zu 1999 exakt im Schnitt der westdeutschen Länder und damit über dem Deutschland-Durchschnitt: Deutschlands Bevölkerungszahl stieg gegenüber 1999 nur leicht um +0,4 %, und im Jahresvergleich ging – wie schon 2003 – die Bevölkerungszahl leicht um 31 000 Personen zurück. Unter den 16 Ländern belegt Niedersachsen im mittelfristigen Bevölkerungswachstum den Platz 5.

Die Entwicklungslinien von Ost- und Westdeutschland gehen weiter auseinander: Während der Westen im Fünfjahresvergleich +1,3 % gewann, verlor der Osten -3,0 %. Auch 2004 verlor Ostdeutschland abermals 0,5 % seiner Einwohner. Auf Länderebene ist – vor allem im mittelfristigen Vergleich – ein deutlicher Zusammenhang zur Wirtschaftsentwicklung erkennbar: Die derzeit wirtschaftlich erfolgreichsten Länder wie Bayern (+2,4 %) und Baden-Württemberg (+2,3 %) haben auch die höchsten Einwohnergewinne, während auf der anderen Seite Sachsen-Anhalts Einwohnerzahl in fünf Jahren um -5,8 % schrumpfte.

Leichter Geburtenrückgang

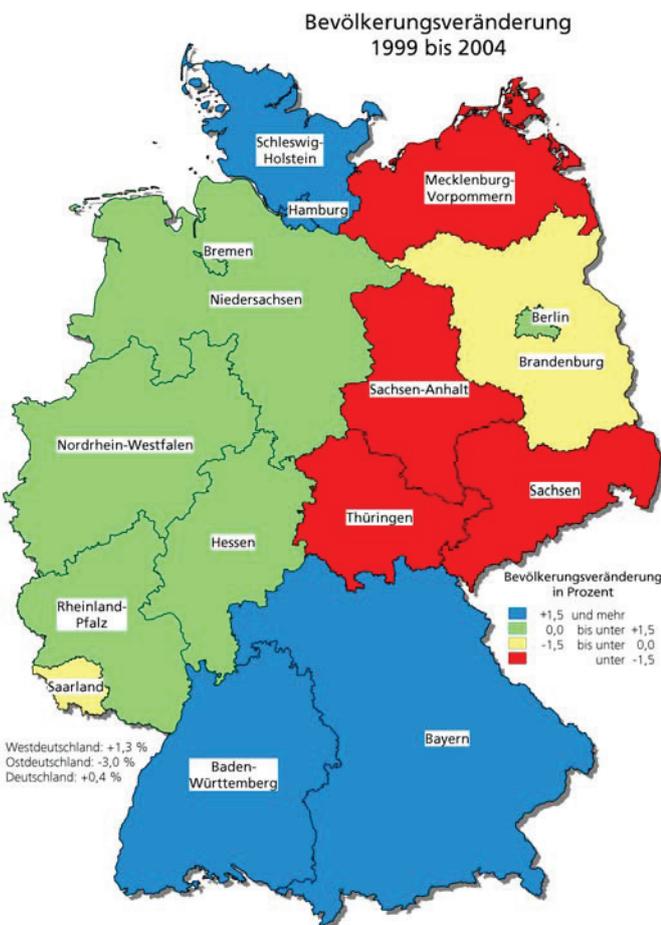
Auch in der Geburtenhäufigkeit (Tab. 2) liegt Niedersachsen mittlerweile im demographischen Mittelfeld, nachdem es lange Zeit günstigere Werte als die meisten anderen Länder aufwies. 2004 kamen hier 70 371 Kinder zur Welt, -0,3 % weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: -0,2 %), aber -12,6 % weniger als 1999 (Deutschland: -8,4 %). Die Geburtenhäufigkeit lag 2004 in Niedersachsen bei 8,8 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner. Dieser Wert liegt leicht über dem Deutschland-Durchschnitt (8,6) und exakt im Schnitt der westdeutschen Länder.

Im Ost-West-Vergleich ist weiterhin eine geringere Geburtenrate in Ostdeutschland festzustellen – aber sie steigt dort mittel- wie kurzfristig leicht an, während sie in Westdeutschland fällt. Damit normalisiert sich das generative Verhalten in Ostdeutschland nach den Einbrüchen zu Beginn der Neunziger Jahre allmählich.

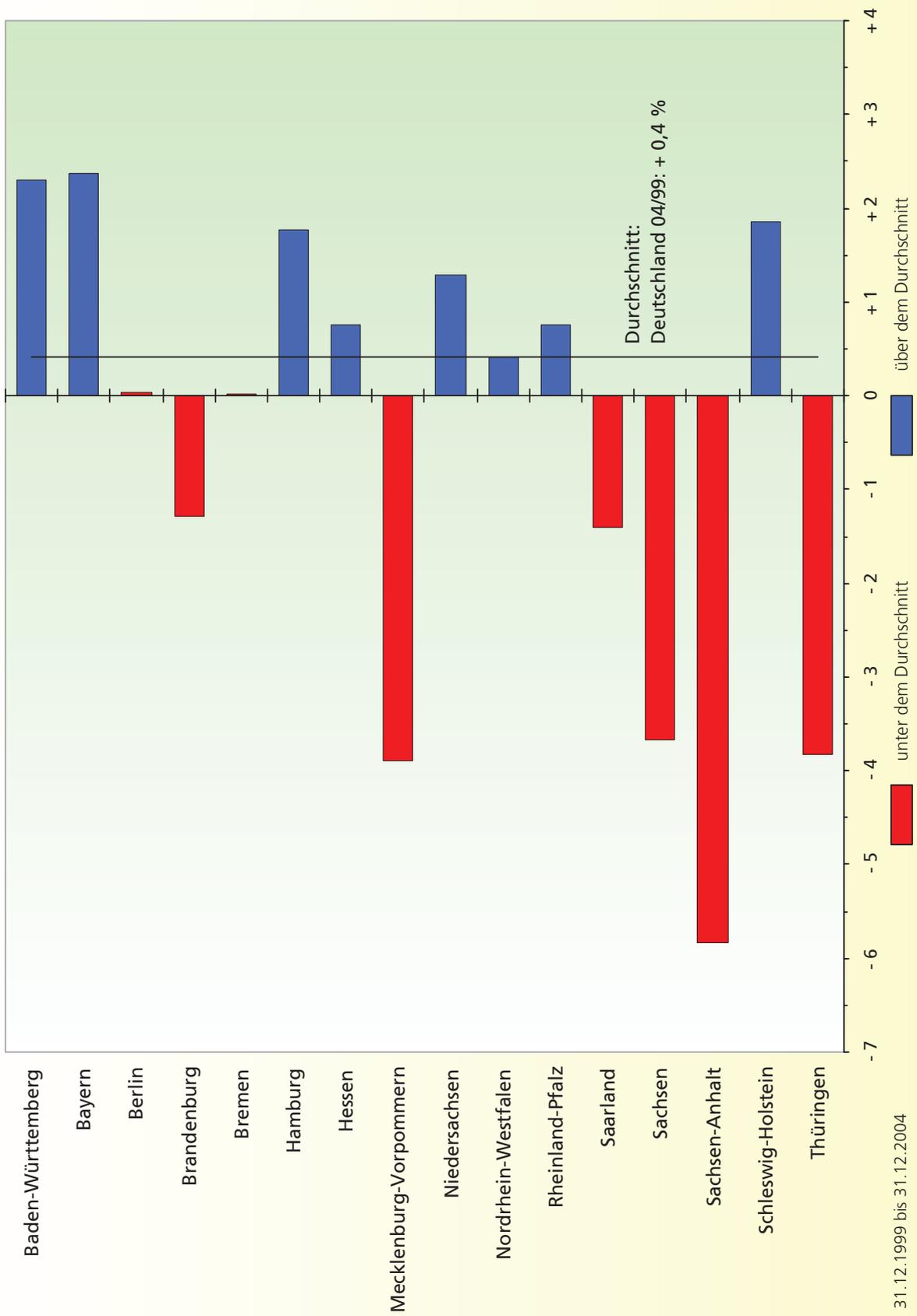
Die Geburtenhäufigkeit lag erstaunlicherweise am höchsten in der Hansestadt Hamburg mit 9,3 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohnern – normalerweise weisen die Stadtstaaten im Regionalvergleich eher niedrige Geburtenhäufigkeiten auf. Auch Baden-Württemberg (9,0) sowie Bayern und Hessen (je 8,9) hatten überdurchschnittliche Werte, danach folgt wiederum Niedersachsen mit 8,8 auf Platz 5. In den wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern (siehe unten) steigt nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Geburtenhäufigkeit liegt höher als in den Ländern mit schwächerer Wirtschaftsentwicklung.

Wanderungsgewinne werden schwächer, sorgen aber noch für ein Bevölkerungswachstum

Im Jahr 2004 überstieg die Zahl der Sterbefälle die der Geburten um 11 116 (vgl. Tab. 3). Dieses Geburtendefizit



Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 1999 bis 2004



– das mit - 1,4 pro 1 000 Einwohner übrigens wie im Vorjahr exakt im Bundesdurchschnitt lag – wurde durch einen positiven Wanderungssaldo (Tab. 4) von + 19 600 mehr als wettgemacht. Die Wanderungsgewinne schwächen sich von Jahr zu Jahr weiter ab; allein gegenüber dem Jahr 2003 sank der Überschuss um - 8 135.

Relativ gesehen gewann das Land durch Zuwanderung per saldo 2,4 Personen je 1 000 Einwohner dazu. Diese Kennziffer liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1,0 und auch klar über dem Westdeutschlands von 1,9. Nur zwei von sechs ostdeutschen Ländern – Brandenburg und Berlin – weisen positive Salden auf, Ostdeutschland insgesamt verlor durch Abwanderung fast 43 000 Einwohner, und die Kennziffer liegt bei - 2,5. Dabei hat sich das Tempo der Abwanderung von Ost nach Westdeutschland im vergangenen Jahr leicht abgeschwächt ¹⁾.

Interessanterweise haben die norddeutschen Länder diesmal die relativ höchsten Zuwanderungen: Schleswig-Holstein liegt auf Platz 1 mit einem Zuwanderungssaldo von 3,9 je 1 000 Einwohner vor Bremen mit 3,7. Niedersachsen (2,4) liegt auf Platz 4.

Zahl der Eheschließungen steigt um 2,4 %

Im Jahr 2004 wurden in Niedersachsen 41 794 Ehen geschlossen. Das bedeutet nach dem Rückgang des Vorjahres ein Plus von + 2,4 % gegenüber 2003. Niedersachsen liegt damit im Bundestrend. Deutschlandweit nahm im Jahr 2004 die Zahl der Eheschließungen sogar um + 3,4 % zu, wobei die ostdeutschen Länder mit einem Zuwachs von + 12,8 % besonders herausragten. Vor allem Mecklenburg-Vorpommern ragt mit einem Plus von + 21,5 % heraus. In Westdeutschland gab es insgesamt einen Zuwachs von + 1,6 %.

Die Eheschließungshäufigkeit (Eheschließungen je 10 000 Einwohner) zeigt, dass es sich bei diesen hohen Zuwachsraten in Ostdeutschland um Nachholeffekte und um Anpassungseffekte an das westdeutsche Niveau, wie sie auch bei anderen demografischen Indikatoren auftreten, handelt. Immer noch liegt die Eheschließungshäufigkeit im Westen mit 49,6 deutlich höher als im Osten (41,9). Nie-

dersachsens Wert von 52,2 bedeutet Platz 3 unter den Ländern. Platz 1 und 2 nehmen die norddeutschen Nachbarn Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ein.

Mittelfristig starker Zuwachs bei den Ehescheidungen – Ost-West-Unterschiede schwinden

Nachdem 2003 die Zahl der Ehescheidungen (Tab. 6) stark angestiegen war, gab es im Jahr 2004 einen leichten Rückgang um - 0,2 % auf eine Gesamtzahl von 21 872. Der leichte Rückgang im kurzfristigen Jahresvergleich liegt im Bundestrend (Deutschland: - 0,1), mittelfristig aber ist die Scheidungshäufigkeit in Niedersachsen mit einer Zunahme von + 20,8 % deutlich stärker gestiegen als bundesweit (+ 12,1 %). Diese Zuwachsrate ist die höchste unter allen Bundesländern, nur Bayern (+ 16,9 %) und Baden-Württemberg (+ 15,8 %) weisen ähnliche Werte auf. Alle drei Länder – Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg – sind westliche Flächenländer mit einer noch 1999 unterdurchschnittlichen Scheidungshäufigkeit. In diesen eher ländlich geprägten Gebieten haben sich die gesellschaftlichen Makrotrends zur Individualisierung und zur Auflösung traditionaler gesellschaftlicher Bindungen zeitversetzt etwas später durchgesetzt als z.B. in den Stadtstaaten. Niedersachsens Scheidungshäufigkeit liegt aktuell bei 27,3 Scheidungen pro 10 000 Einwohner und damit klar über dem Bundesdurchschnitt von 25,9 und dem westdeutschen Schnitt von 26,4.

Die Ost-West-Unterschiede haben sich etwas eingeebnet. In Ostdeutschland ging die Zahl der Scheidungen zwar leicht um - 0,3 % zurück. Das lag aber u.a. am Bevölkerungsschwund Ostdeutschlands, so dass die *Scheidungshäufigkeit* im Osten leicht auf 23,8 anstieg, während sie im Westen leicht auf 26,4 fiel.

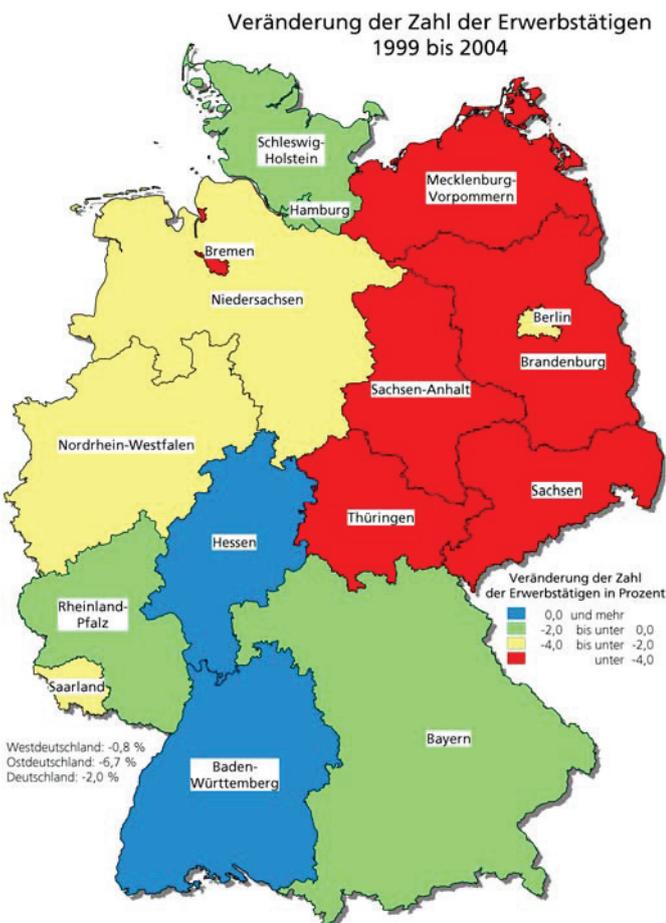
Setzt man Eheschließungen und Scheidungen miteinander in Beziehung, so stehen in Niedersachsen 41 794 neue Ehen 21 872 geschiedenen gegenüber – ein Faktor von 1,91. Dieser Faktor ist immer noch höher als der Faktor von 1,85 für Gesamt-Deutschland, aber er liegt sehr deutlich unter dem Faktor von 2,6, den Niedersachsen noch 1999 aufwies. Seitdem schrumpfte die Zahl der Hochzeiten um 12 und stieg die der Scheidungen um 21 Prozent – eine insgesamt wenig erfreuliche Entwicklung, denn hier zeigt sich ein Nachlassen gesellschaftlicher Bindungskräfte.

¹⁾ Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.9.2005 „Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland schwächt sich weiter ab“.

Erwerbstätigkeit

Abermals weniger Erwerbstätige, doch Zuwachs bei den Selbstständigen

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Niedersachsen (Tab. 7) ist im Jahr 2004 zum dritten Mal in Folge auf jetzt 3,325 Mio. gesunken. Im Vergleich zum Jahr 2003 bedeutet dies einen Rückgang um - 1,9, im mittelfristigen Vergleich zu 1999 um - 2,1 %. Beide Abnahmeraten liegen zwar im bundesweiten Trend der Abnahme der Beschäftigung, dokumentieren aber eine im Bundesvergleich ungünstige Entwicklung, denn sie liegen im mittelfristigen Vergleich leicht (Deutschland: - 2,0 %) und im kurzfristigen Vergleich deutlich (Deutschland: - 1,4 %) über dem ohnehin schon unbefriedigenden jeweiligen Bundesdurchschnitt. Unter allen 16 Ländern konnte im Vorjahresvergleich nur das Saarland die Zahl seiner Erwerbstätigen halten, alle anderen 15 Länder mussten mehr oder weniger starke Rückgänge verkraften – einmal mehr waren sie in Ostdeutschland etwas stärker als im Westen.



Die gute Nachricht in der schlechten ist: Die Zahl der Selbstständigen ist binnen Jahresfrist kräftig um + 4,1 % bzw. 14 000 Personen auf 357 000 gestiegen. Auch diese Entwicklung liegt im Bundestrend, der Zuwachs ist aber deutlicher als in Deutschland insgesamt (+ 2,9 %). Mittelfristig betrug der Zuwachs in Niedersachsen sogar 7,5 %. Zu dieser Entwicklung hat die Förderung der „Ich-AGs“ beigetragen. Die Selbstständigenquote – der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen in % – stieg deutlich von 10,1 auf 10,7 %. Nachdem diese Quote lange Zeit in Niedersachsen leicht unter der Bundesquote lag, ist sie jetzt mit der Quote für Gesamtdeutschland (10,8 %) nahezu identisch.

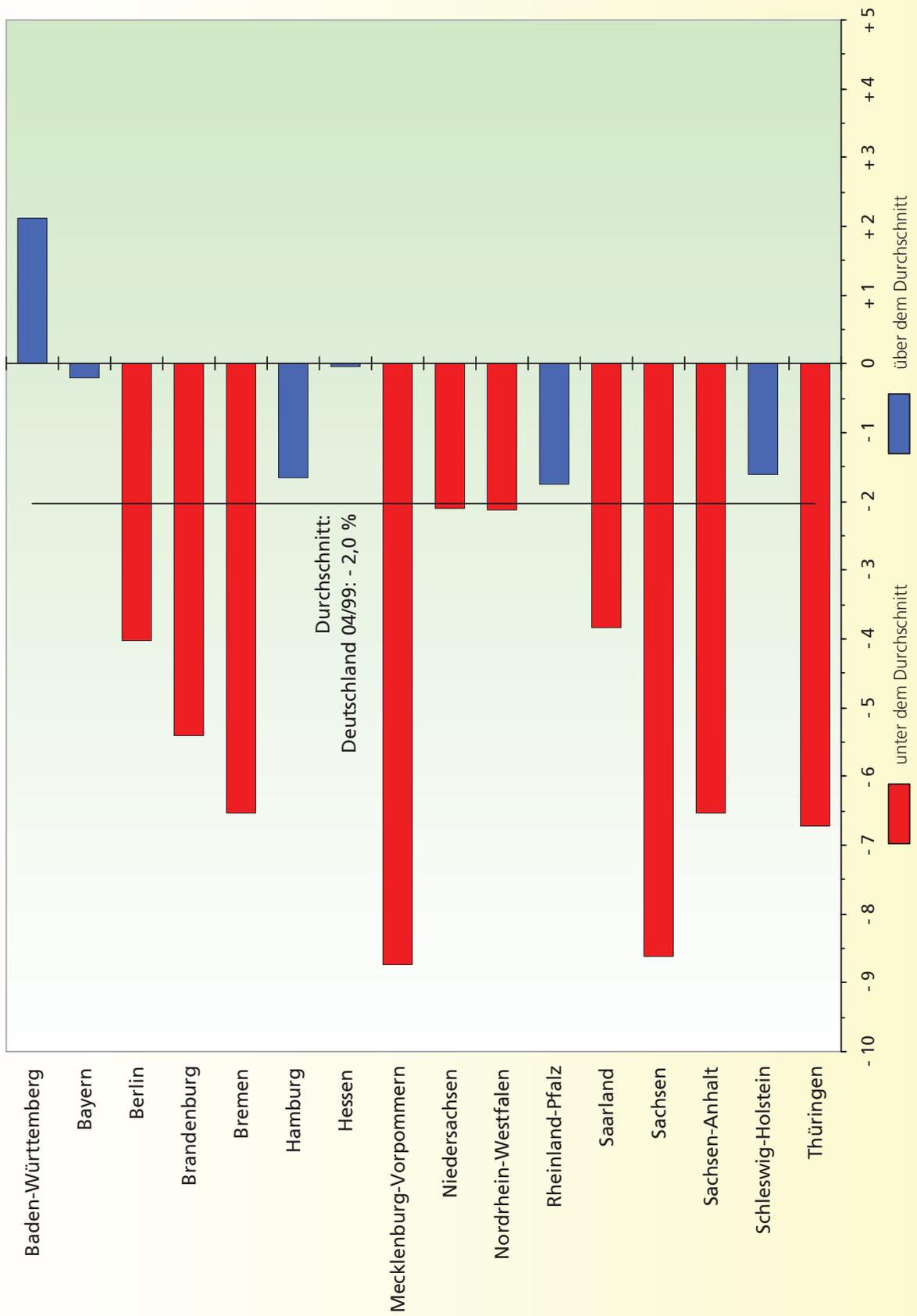
Auch Frauenerwerbstätigkeit 2004 rückläufig

Die weiblichen Erwerbstätigen konnten bis zum Jahr 2003 im Gegensatz zum Gesamttrend und zu der Entwicklung bei den Männern immer noch zulegen (Tab.8). Dieser Trend ist im vergangenen Jahr gestoppt worden: Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen sank in Niedersachsen von 2003 auf 2004 um - 2,7 %. Die Abnahme fiel deutlich kräftiger als im Bundesdurchschnitt (- 1,2 %) und im Schnitt der westdeutschen Länder (- 1,3 %) aus. Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich zu 1999 bedeutet die aktuelle Zahl von 1,458 Mio. erwerbstätigen Frauen allerdings immer noch ein Plus von 1,5 % (Deutschland: ebenfalls 1,5 %, Westdeutschland + 2,8 %). Die Erwerbsquote der Frauen – der Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen – fiel im Jahr 2004 auf 35,7 % – das ist der Stand des Jahres 1999.

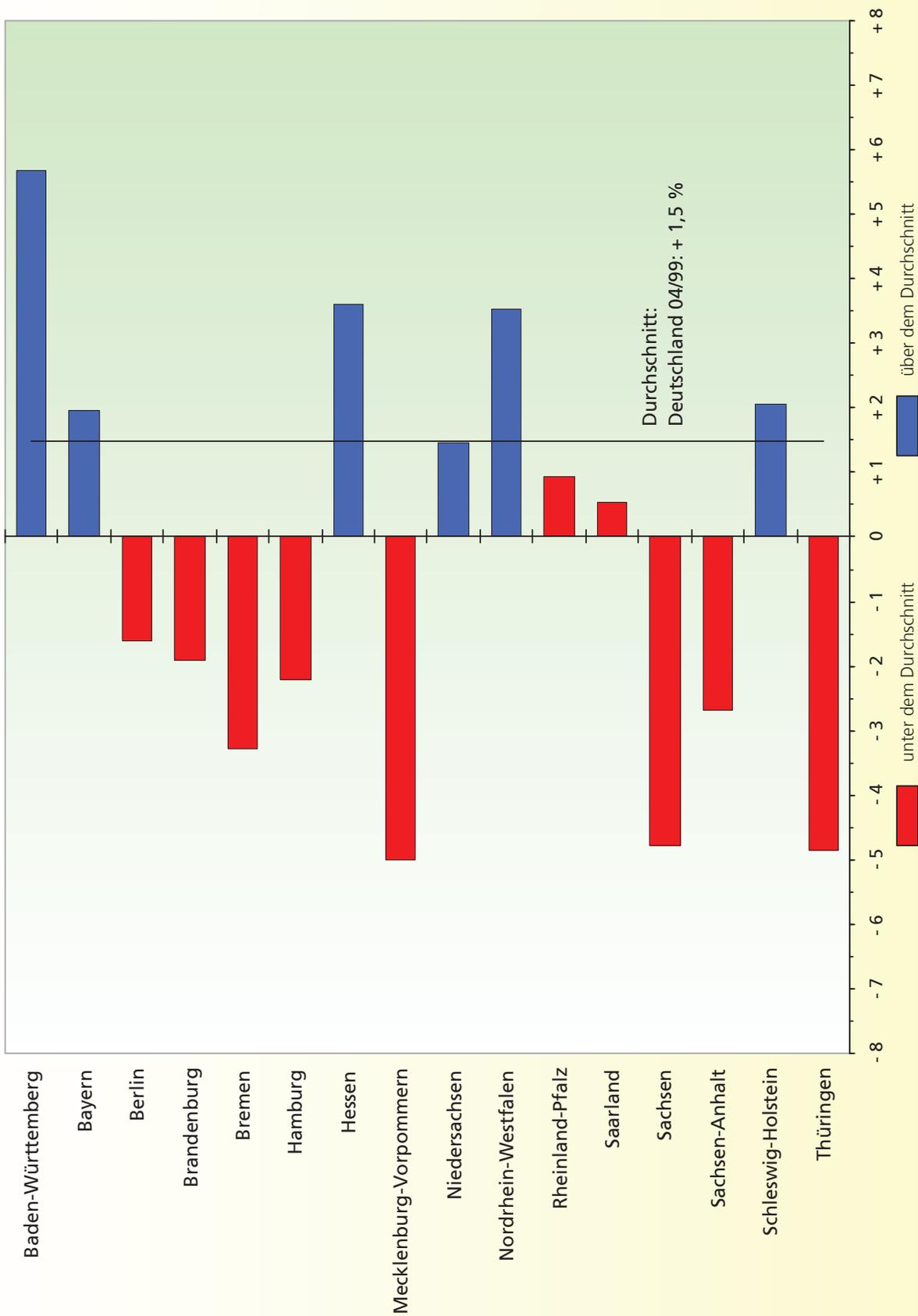
Weiter Trend zur Teilzeitarbeit

Der sich im Rückgang der Erwerbstätigenzahlen andeutende Arbeitsplatzabbau wäre noch kräftiger ausgefallen, würde nicht die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (Tab. 9) diesen zumindest optisch bremsen. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2003 auf 2004 mit Arbeitsort in Niedersachsen um - 1,5 % zurückging – bundesweit trat eine Abnahme um - 1,6 % auf – stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Niedersachsen entgegen dem Gesamttrend um 0,7 % auf 419 000 am 30. Juni 2004. 18 von Hundert sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten auf Teilzeitbasis; bundesweit sind es nur 16 von Hundert. Hier gibt es ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: In Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen liegt die Teilzeitquote deutlich über

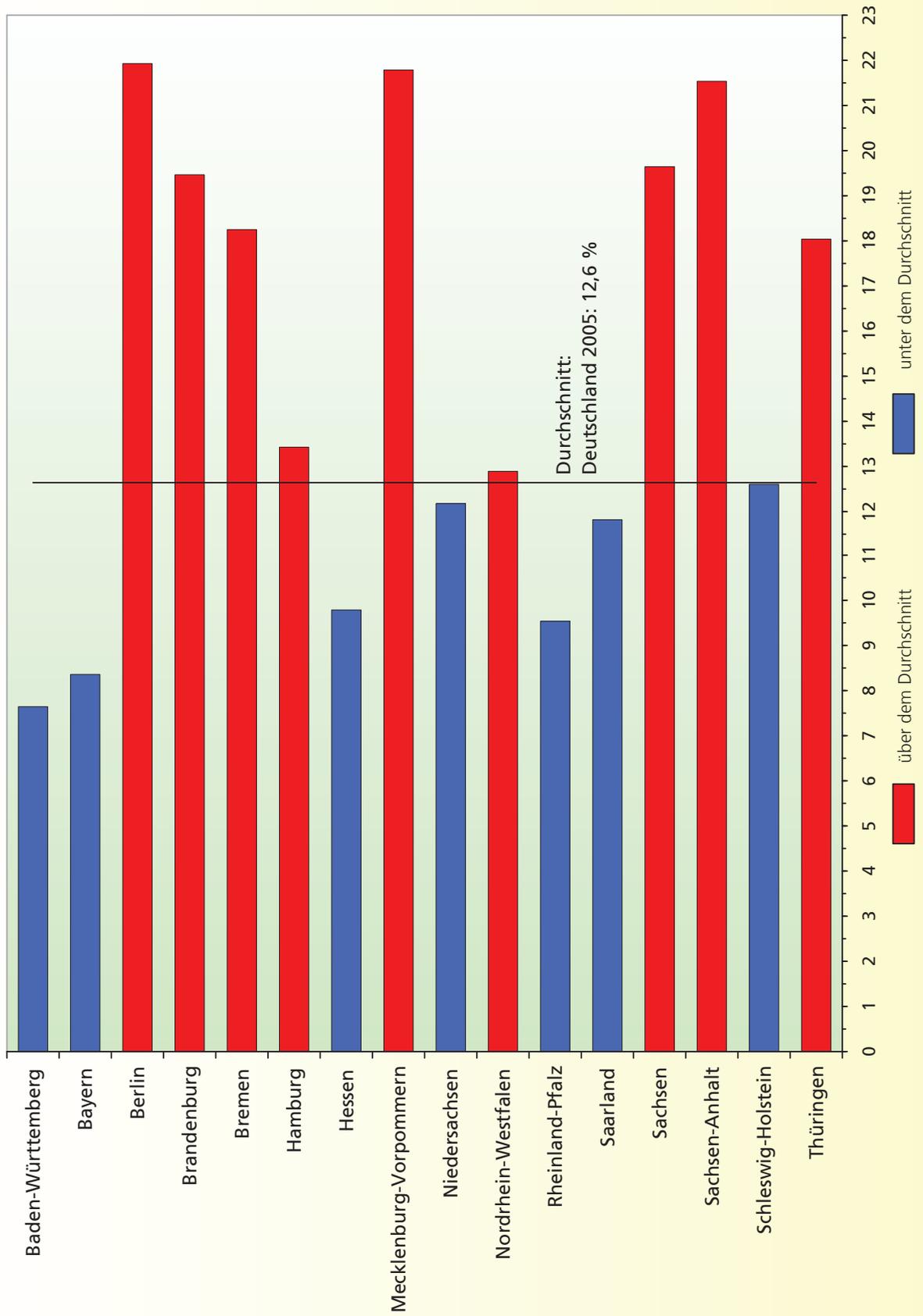
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1999 bis 2004



Veränderung der Zahl der erwerbstätigen Frauen 1999 bis 2004



Arbeitslosenquote am 30.6.2005



dem Bundesdurchschnitt und auch über dem Schnitt der westdeutschen Länder.

Von dem Trend zur Teilzeitbeschäftigung profitieren überwiegend Frauen, die oft Teilzeittätigkeit und familiäre Verpflichtungen miteinander zu vereinbaren suchen. Von den insgesamt 418 543 Teilzeitbeschäftigten in Niedersachsen Mitte 2004 waren 365 782, das sind 87,4 %, weiblichen Geschlechts.

Arbeitslosigkeit: Niedersachsen auf Platz 6

Am 30. Juni 2005 waren in Niedersachsen nach vorläufigen Ergebnissen 428 212 Menschen arbeitslos; das entsprach einer Arbeitslosenquote²⁾ von 12,2 %. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zu Beginn des Jahres 2005 ist der Zeitvergleich kaum möglich. Auch gab es bis September 2005 noch Schwierigkeiten der statistischen Erfassung einer bestimmten Personengruppe, nämlich derjenigen bundesweit etwa 71 000 Personen, die Ende 2004 Sozialhilfe bezogen, bei der BA für Arbeit nicht als arbeitslos gemeldet waren und seit Anfang 2005 von den sogenannten „Optionskommunen“, also kommunalen Trägern, betreut werden. Für Niedersachsen, wo es 13 Optionskommunen gibt, und Bremen ergab sich daraus eine Untererfassung von ca. 11 400 Arbeitslosen³⁾, die in den Daten des *Niedersachsen-Monitors* noch nicht enthalten sind.

Die Zahl der Arbeitslosen lag Mitte 2005 in Niedersachsen um 19,7 % (Deutschland: + 11,1 %) höher als ein Jahr zuvor, aber in diesem Zuwachs steckt auch eine hohe Zahl erwerbsfähiger ehemaliger Sozialhilfeempfänger, die zum Teil vorher nicht als arbeitslos registriert waren. Was immer man von den Hartz IV-Reformen halten mag, sie haben, wenn die gegenwärtigen Umstellungsschwierigkeiten überwunden sind, auf lange Sicht zumindest einen unbestreitbaren Vorteil: Die Arbeitslosenstatistik wird durch diese realitätshaltiger, weil jetzt ein großer Teil der „stillen Reserve“ des Arbeitsmarktes, nämlich *alle* arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger, als Arbeitslose erfasst werden.

²⁾ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbstätige.

³⁾ Näheres siehe Presse-Info 66 der BA für Arbeit vom 28.9.2005 sowie Presse-Information 35/2005 der BA, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen vom 28.9.2005.

Im Ländervergleich steht Niedersachsen mit seiner Quote von 12,2 % auf dem Mittelfeldplatz 6: Fünf Länder haben bessere Werte als Niedersachsen (in dieser Reihenfolge Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland), 10 haben schlechtere. Neben allen ostdeutschen Ländern und allen Stadtstaaten sind dies Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

160 535 der 428 212 Arbeitslosen waren Ende Juni 2005 schon länger als ein Jahr ohne Beschäftigung (Tab. 11). Das entspricht einem Anteil von 37,5 %, ein im Ländervergleich durchschnittlicher Wert. In drei ostdeutschen Ländern – Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – lag dieser Anteil über 46 %, und nur in Hamburg und Bayern lag er unter 30 %. Beide Länder entwickeln sich derzeit wirtschaftlich kräftiger als der Rest der Republik, so dass auch längerfristig Arbeitslose wieder verstärkt in den Arbeitsprozess eingegliedert werden.

Arbeitslosenquote der Frauen etwas günstiger als die der Männer

191 864 der insgesamt 428 212 Arbeitslosen, das entspricht einem Anteil von 45 %, sind weiblichen Geschlechts (Tab. 12). Die Hartz IV-Gesetzgebung mit ihrer Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialverwaltung wirkte sich statistisch vor allem auf Frauen in Westdeutschland aus – hier ist der Anstieg wesentlich höher als im Osten. Der Grund dafür liegt offenbar darin, dass es im Westen eine große Zahl als arbeitsfähig angesehene, aber nicht als arbeitslos registrierte Sozialhilfeempfängerinnen gab. In Ostdeutschland hingegen waren die Sozialhilfeempfängerinnen in aller Regel bereits 2004 als arbeitslos registriert. Statistisch wirkte sich das so aus, dass die Zahl der arbeitslosen Frauen in Niedersachsen von 2004 auf 2005 um 28,3 % stieg, in Westdeutschland um 25,7 % und in Ostdeutschland sogar um - 0,4 % zurückging.

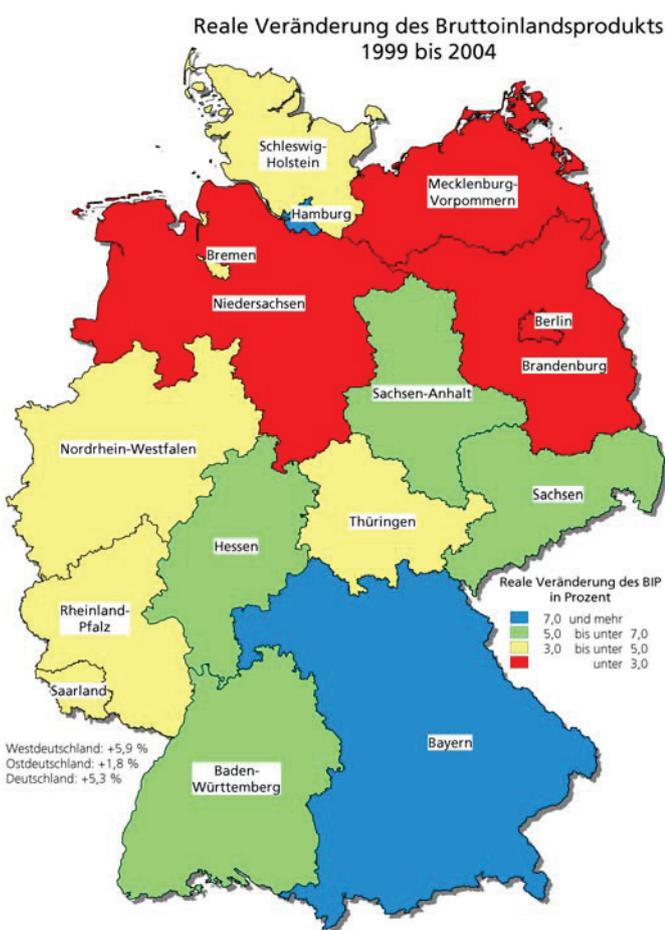
Die Arbeitslosenquote der Frauen lag Ende Juni 2005 in Niedersachsen bei 11,6 % und damit etwas niedriger als die niedersächsische Gesamtquote für beide Geschlechter (12,2 %). Im Regionalvergleich lag sie unter der Deutschlandquote von 12,2 %, aber höher als die Westdeutschlands von 10,2 %.

Wirtschaft und Einkommen

Zu geringes Wachstum

Das Bruttoinlandsprodukt, der umfassendste Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung einer Region, wuchs in Niedersachsen im Jahr 2004 real um + 1,2 %. Dieser geringe Zuwachs (Tab. 13) lag 0,4 Prozentpunkte unter der Wachstumsrate Deutschlands und auch Westdeutschlands von jeweils + 1,6 %. Unter 16 Ländern liegt Niedersachsen, gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, auf Platz 11 der Rangliste. Auch die Veränderungsdaten für das erste Halbjahr 2005 bestätigen die Wachstumsschwäche des Landes: Ein hiesiges reales Plus von + 0,4 % steht einem bundesweiten von + 0,6 % gegenüber.

Trotzdem ist der Vergleich der Länderwachstumsraten ausschließlich im Jahresvergleich nicht sehr aussagefähig, denn die Wachstumsraten für 2004 liegen eng beieinander – das Minimum (Berlin, + 0,5 %) und das Maximum (Sachsen, + 2,2 %) trennen gerade mal 1,7 Prozentpunkte.



Süd-Nord-Gefälle verstärkt sich – im Norden hält nur Hamburg mit

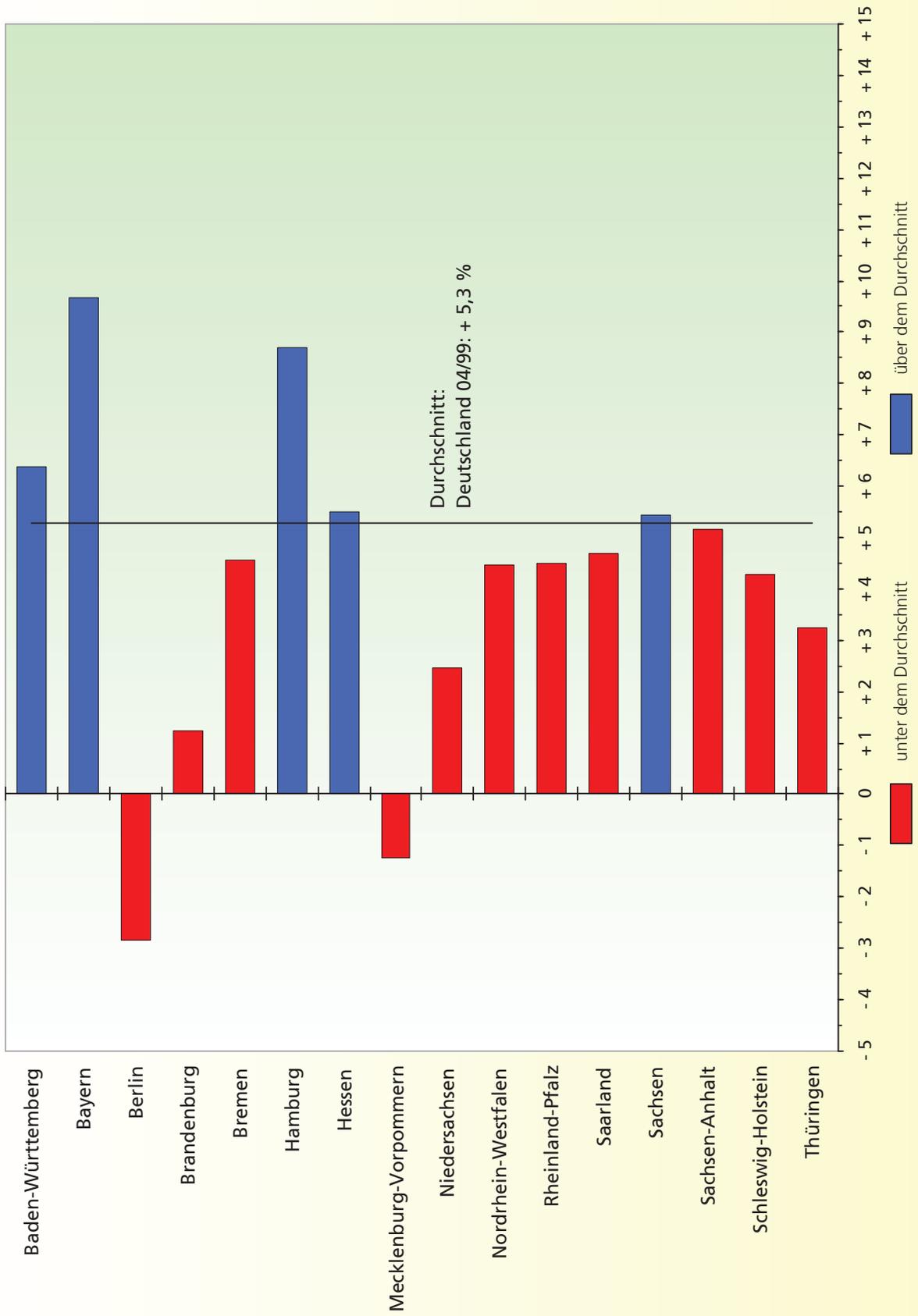
Aussagekräftiger und auch deutlicher ist daher der mittelfristige Vergleich mit dem Jahr 1999: Hier erreichte Niedersachsens Wirtschaft ein Plus von + 2,5 %, was äußerst gering ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (+ 5,3 %) und erst recht der westdeutschen Länder (+ 5,9 %). Beim mittelfristigen Wachstumsranking belegt Niedersachsen nur Platz 13 von 16. Es lassen sich beim mittelfristigen Wachstum vier Ländergruppen unterscheiden: In zwei Ländern (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) ging die Wirtschaftsleistung real zurück, drei weitere Länder (Brandenburg, Niedersachsen, Thüringen) sind mit Zuwächsen unter 4 % äußerst wachstumsschwach, acht Länder weisen Wachstumsraten zwischen 4 und 5,5 % auf, und nur drei Länder (Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg) haben zumindest für deutsche Verhältnisse recht kräftige Zuwächse von mehr als 6 %.

Die höchsten Wachstumsraten unter den 16 Ländern haben in dieser Reihenfolge: Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen – also drei süddeutsche Länder sowie der Stadtstaat Hamburg, der wahrscheinlich wie kein zweites Land in Deutschland von seiner Metropol- und Gateway-Funktion in der globalisierten Weltwirtschaft profitiert. Das Süd-Nord-Gefälle bleibt also bestehen bzw. vertieft sich gar noch: Alle norddeutschen Länder bleiben, eben mit Ausnahme der Metropole Hamburg, klar unter der bundesdeutsch durchschnittlichen Wachstumsrate von + 5,3 %. Auch innerhalb Ostdeutschlands zeigt sich dies: Unter den sechs Ländern Ostdeutschlands weisen die drei nördlichen, also Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin, die schwächsten Werte auf, während in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt das Wirtschaftswachstum deutlich stärker ausfällt und zumindest höher liegt als in Niedersachsen.

Zahl der Arbeitsplätze stagniert mit einer „schwarzen Null“

Die Zahl der in Niedersachsen *arbeitenden* Erwerbstätigen betrug im Jahresdurchschnitt 2004 3 479 000. Das waren 1 200 mehr als ein Jahr zuvor, in Prozent ausgedrückt: + 0,0 %. Immerhin ist dies eine „schwarze Null“ und kein Rückgang an Arbeitsplätzen wie in vier anderen Ländern. Im kurzfristigen Vergleich der Veränderungsdaten liegen alle 16 Länder relativ nahe beieinander und gruppieren sich bei Extremwerten von - 0,7 (Mecklenburg-Vorpom-

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 1999 bis 2004 in Prozent



mern) bis + 1,3 % (Berlin) um den Bundesdurchschnitt von + 0,3 %. Diese + 0,3 % bedeuten real Stagnation bzw. sogar leichten Rückgang, denn die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ging leicht zurück (vgl. Tab. 9), und Zuwächse gab es nur bei Selbstständigen und natürlich bei Teilzeitbeschäftigten. Die vorhandene Arbeit wurde nur auf mehr Köpfe verteilt, was in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit durchaus nicht unvernünftig ist.

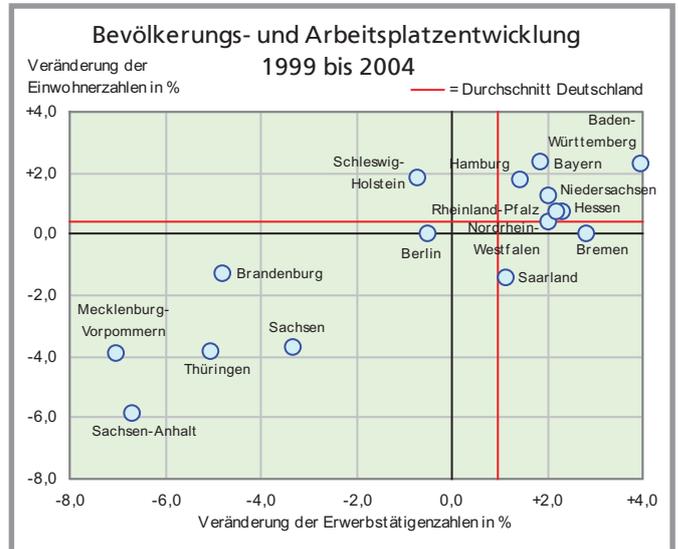
Um an dieser Stelle einer Begriffsverwirrung vorzubeugen: Der Begriff des „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 13 und 14 im Kapitel „Wirtschaft und Einkommen“ verwendet wird, ist nicht identisch mit dem „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 7 und 8 im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ gebraucht wird. Letztgenannte „Erwerbstätige“ werden am *Wohnort* gezählt; diese Daten stammen aus der großen Haushalts- und Bevölkerungstichprobe Mikrozensus und beziehen sich stichtagsbezogen auf die Situation im März 2004. Diese Daten sind letztlich bevölkerungsstatistische Daten. Demgegenüber beziehen sich die Erwerbstätigendaten aus den Tabellen 13 und 14 auf die Erwerbstätigen *am Arbeitsort*; sie geben die Situation im Jahresdurchschnitt 2004 wieder und stammen aus der Erwerbstätigenrechnung; dieses Rechenmodell versucht, ähnlich wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, mit denen es konzeptionell eng verwandt und verbandelt ist, ein Gesamtbild des „Faktors Arbeit“ in seiner sektoralen und regionalen Verteilung zu erstellen. Diese Daten sind im eigentlichen Sinne wirtschaftsstatistische, keine bevölkerungsstatistischen Daten. Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse ist mal die eine, mal die andere Erhebung sachadäquat. Will ich wissen, wie viele der niedersächsischen Einwohner erwerbstätig sind, werde ich zu den Mikrozensusdaten greifen. Will ich wissen, wie viele Arbeitsplätze es in Niedersachsen gibt, nehme ich die Daten der Erwerbstätigenrechnung.

Auch hier ist der mittelfristige Vergleich über fünf Jahre aussagekräftiger. Die Zahl der Arbeitsplätze in Niedersachsen ist von 1999 bis 2004 immerhin um + 2,0 % gestiegen, bundesweit war die Steigerung geringer (+ 1,0 %), im Schnitt der westlichen Länder war sie etwas stärker (+ 2,2 %). In Ostdeutschland hingegen schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze um - 4,1 %. Die Spanne reicht von - 6,7 % (Sachsen-Anhalt) bis + 3,9 % (Baden-Württemberg). Neben diesem West-Ost-Gefälle gibt es ein etwas geringer ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle.

Diejenigen Länder, in denen die Zahl der Arbeitsplätze steigt, nehmen auch an Einwohnern zu, und umgekehrt. Gerade jüngere, gut qualifizierte Menschen verlassen ihre Heimat und ziehen dorthin, wo sie Arbeit finden und ihre Qualifikationen gebraucht werden. Dies ist ein ständiger Abfluss von Humanpotenzial und wirkt wie eine ständige Subventionierung der ohnehin reicheren und wirtschaft-

lich erfolgreicherer Länder durch die wirtschaftlich schwächeren.

Das folgende Streudiagramm verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung (Tab. 1) und Arbeitsplatzentwicklung (Tab. 14).



Hochproduktive Landwirtschaft

Niedersachsens Landwirtschaft (Tab. 15) erwirtschaftete mit einer Bruttowertschöpfung (BWS) von 4,1 Mrd. € 2,6 % der gesamten Wertschöpfung. Dieser Anteil scheint gering, aber man muss dabei drei Dinge bedenken: Erstens liegt dieser Anteil deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 1,4 %. Dies ist zweitens kein Indiz darauf, dass Niedersachsen ein irgendwie rückständiges Agrarland ist, denn die Arbeitsproduktivität in Niedersachsens Landwirtschaft ist sehr hoch: Pro Erwerbstätigen wurden hier 34 447 € erwirtschaftet, das sind 25 % mehr als im Bundesdurchschnitt. Nur die ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, wo die Betriebe in direkter Nachfolge der LPGs der DDR und der ostelbischen Großgrundbesitzer riesige Flächen bewirtschaften, weisen noch höhere Werte auf. Drittens ist die Landwirtschaft eine verlässliche Grundlage für vor- und nachgelagerte Bereiche, vor allem im industriellen Ernährungsgewerbe. Niedersachsens Landwirte erwirtschafteten einen Anteil von 16,7 % der bundesweiten Wertschöpfung des Agrarsektors und bilden somit eine solide Basis für die Ernährung der Bevölkerung und für die Industrie. Freilich fallen die Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft bundesweit recht niedrig aus. Der Markt für Agrarprodukte ist weitgehend gesättigt und international umkämpft. Neue Märkte können hier nur im Bereich „nachwachsende Rohstoffe“ z.B. durch Rapsanbau für Bio-Diesel entstehen – steigende Kosten für fossile Brennstoffe werden hier Chancen eröffnen.

Gewicht des Produzierenden Gewerbes geht zurück

Im Produzierenden Gewerbe – der Oberbegriff für das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung (Tab. 16) – wurde im Jahr 2004 ein Beitrag zur Bruttowertschöpfung von 47,6 Mrd. € erwirtschaftet. Das waren 28,8 % der gesamten Bruttowertschöpfung Niedersachsens bzw. 8,7 % des Produzierenden Gewerbes von ganz Deutschland. Das Gewicht des Produzierenden Gewerbes ist dabei leicht rückläufig – 1999 wurden hier noch 30,6 % der Bruttowertschöpfung des Landes erwirtschaftet, ein Rückgang um - 1,8 Prozentpunkte. Der weit gefächerte Dienstleistungssektor hat entsprechende Anteilsgewinne.

Im mittelfristigen Vergleich sank die Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes in Niedersachsen real (also preisbereinigt) um - 1,8 %. Diese Entwicklung ist erheblich ungünstiger als die in Deutschland insgesamt (+ 2,7 %).

Durchschnittliche Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe – Steigender Anteil des Auslandsumsatzes

Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes erzielten im Jahr 2004 einen Umsatz in Höhe von 146,6 Mrd. € (Tab. 21). Niedersachsen ist damit nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg das viertstärkste Industrieland Deutschlands; die Umsätze liegen ziemlich exakt so hoch wie die aller ostdeutschen Länder zusammengekommen. Die Zuwachsraten von + 5,8 % im Vorjahres- und + 18,6 % im Fünfjahresvergleich liegen sehr nahe am bundesdeutschen Durchschnitt (5,5 bzw. 19,0 %), wobei erfreulicherweise der Osten aufholt: Die Umsätze der ostdeutschen Industrie steigen deutlich stärker als die der westdeutschen. Im Fünfjahresvergleich weist Sachsen-Anhalt mit + 59,2 % das stärkste Wachstum auf.

Bemerkenswert ist der Zuwachs der Auslandsumsätze, die deutlich schneller steigen als die Gesamtumsätze. In Niedersachsen betrug der Zuwachs innerhalb von fünf Jahren + 28,9 %. Niedersachsens Industrie erzielt mittlerweile 41 % ihrer Erlöse im Auslandsgeschäft, drei Prozentpunkte mehr als 1999. Die Entwicklung der Exportzahlen (Tab. 24) weist in dieselbe Richtung: Die Wirtschaft des Landes ist immer stärker in internationale Bezüge integriert.

Weiterhin kräftiges Exportwachstum zeigt zunehmende internationale Verflechtung

Der Wert der von niedersächsischen Exporteuren ins Ausland verbrachten Waren lag im Jahr 2004 bei 56,5 Mrd. € (Tab. 24). Hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg ist Niedersachsen damit das viertstärkste

Exportland der Bundesrepublik. Die hohen Zuwachsraten von + 10,1 % im Vorjahresvergleich und sogar + 39,0 % im mittelfristigen Vergleich mit dem Jahr 1999 liegen im Trend der anderen Bundesländer – ein unmittelbarer Vergleich mit dem Bundesergebnis ist nur sehr eingeschränkt möglich, weil ein guter Teil der exportierten Waren regional nicht zugeordnet werden kann – darum ergibt in dieser Tabelle übrigens die Summe der Länderwerte nicht das Bundesergebnis, sondern liegt weit darunter.

Lohnender noch ist ein Vergleich dieser Zuwachsraten mit den Veränderungsdaten der Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes (+ 18,6 % von 1999 bis 2004) und der Lieferungen und Leistungen aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (+ 13,1 % von 1999 bis allerdings erst 2003). Auf einen Blick sieht man die deutlich höheren Zuwachsraten im Export von + 39 % – ein sichtbares Zeichen für die rasant zunehmende internationale Einbettung und Verflechtung der niedersächsischen Wirtschaft. Übrigens hat vor allem der Export von „Halbwaren“ stark zugenommen, ein sicheres Zeichen für eine stärkere internationale Arbeitsteilung.

Kein Ende der Talfahrt im Bauhauptgewerbe

Das niedersächsische Bauhauptgewerbe erzielte im Jahr 2004 Umsätze in Höhe von 7,9 Mrd. €. Das war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von - 7,7 %. Ähnliche Einbußen wurden – bis auf Rheinland-Pfalz mit einem Plus von + 3,4 % – aus allen anderen Bundesländern gemeldet. Bundesweit gab es im Jahresvergleich Rückgänge um - 5,2 %.

Im mittelfristigen Vergleich mit dem Jahr 1999 traten bundesweit Umsatzrückgänge von - 24,1 % auf, wobei der Absturz in Ostdeutschland mit - 36,6 % krasser ausfällt als im Westen (- 19,1 %). Das Baugewerbe ist in Ostdeutschland, vor allem auch gestützt durch öffentliche Aufträge, relativ stark vertreten und entsprechend anfällig für Investitionskürzungen der öffentlichen Hände (vgl. Tab. 27, Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände). In Niedersachsen gingen die Umsätze im gleichen Zeitraum um - 21,3 % zurück, etwas deutlicher als im Schnitt aller westdeutschen Länder.

Wachstumschancen im Dienstleistungssektor

Die dienstleistenden Wirtschaftsbereiche (Tab. 17) erwirtschafteten mittlerweile 68,7 %, also mehr als zwei Drittel, der gesamten Bruttowertschöpfung Niedersachsens. Die 113,5 Mrd. € des Jahres 2004 bedeuten einen Anteil von 8,2 % an der gesamtdeutschen Wertschöpfung dieses Sektors. Gegenüber dem Vorjahr nahm dieser Betrag real um + 1,1 % zu, im mittelfristigen Vergleich zu 1999 um + 7,2 %. Diese Wachstumsraten liegen deutlich höher als

die des Bruttoinlandsprodukts und die der beiden produzierenden Sektoren, also der Landwirtschaft und des Produzierenden Gewerbes. Wirtschaftliche Wachstumsimpulse werden noch am ehesten vom Dienstleistungssektor ausgehen. Aber es gibt drei Dinge zu beachten, die für Niedersachsen negativ sind:

Erstens liegen beide Wachstumsraten dieses relativ dynamischen Sektors niedriger als die entsprechenden Zuwächse in Gesamtdeutschland und deutlich niedriger als das sektorale Wachstum in den westdeutschen Ländern (+ 9,8 %).

Zweitens ist ausgerechnet dieser noch am ehesten Wachstum versprechende Sektor in Niedersachsen unterrepräsentiert. Niedersachsen erwirtschaftet 16,7 % der bundesdeutschen landwirtschaftlichen Wertschöpfung und 8,7 % der industriellen Wertschöpfung – aber nur 8,2 % der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor.

Drittens ist der Dienstleistungssektor nicht homogen. Zu ihm gehört z.B. der öffentliche Sektor, von dem in der jüngeren Vergangenheit sicher und in der näheren Zukunft höchstwahrscheinlich keine Wachstumsimpulse ausgehen werden. Dieser Bereich ist im Lande gut vertreten, z.B. in Gestalt von Bundeswehrstandorten. Andere Bereiche, wie z.B. der Tourismus, leiden unter schwindender Massenkaukraft. Zuwächse versprechen am ehesten die „unternehmensnahen Dienstleistungen“, zu denen z.B. Datenbanken, Rechts- und Unternehmensberater, aber auch Reinigungs- und Sicherheitsfirmen gehören. Dieser Wirtschaftszweig aber ist im Flächenland Niedersachsen unterrepräsentiert, denn diese Unternehmen siedeln sich vorwiegend in den großen Metropolen und ihrem Umland an. Ähnliches gilt für den Sektor der Banken und Versicherungen, von dem allerdings in den letzten Jahren keine Wachstumsimpulse mehr ausgingen.

Kräftige Einbußen im Tourismus werden durch steigende Zahl ausländischer Gäste abgemildert

Niedersachsens Beherbergungsgewerbe musste kurz- wie mittelfristig deutliche Einbußen hinnehmen (Tab. 23). Das ist besonders darum problematisch, weil diese Einbußen bundesweit leichten Zuwächsen gegenüberstanden. Im Jahr 2004 wurden landesweit 34,5 Mio. Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ab 9 Betten und auf Campingplätzen registriert. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang von - 2,7 %, gegenüber dem Jahr 1999 um - 3,6 %.

Bundesweit gab es in den gleichen Zeiträumen leichte Gewinne von + 0,1 % im Vorjahres- und + 2,9 % im mittelfristigen Vergleich. Dieser leichte Aufwärtstrend setzte sich allerdings aus zwei unterschiedlichen Komponenten zusammen: Ostdeutschland legte in fünf Jahren um

+ 16,5 % zu, während Westdeutschland zugleich um - 0,5 % abnahm.

Im Vergleich der mittelfristigen Veränderungsdaten sticht vor allem Berlin mit einer zweistelligen Zuwachsrate von + 38,2 % hervor; auch in den beiden anderen Stadtstaaten gab es überdurchschnittlich gute Entwicklungen. Unter den Flächenländern konnte Mecklenburg-Vorpommern seine ohnehin schon gute Position mit einem Zuwachs von + 28,7 % weiter ausbauen – wenngleich es kurzfristig einen herben Rückschlag hinnehmen musste. Niedersachsen bleibt zwar in der Reihenfolge der wichtigsten Reiseländer auf Platz 4, aber außer Thüringen und Schleswig-Holstein musste kein Land so hohe Einbußen hinnehmen.

Der mittelfristige Zuwachs von + 9,3 % bei den Auslandsgästen auf jetzt 2,2 Mio. Übernachtungen verbessert das Ergebnis für das Land. Aber auch in diesem stark wachsenden Segment ist das Land hinter dem Bundesdurchschnitt (+ 17,4 %) deutlich zurückgeblieben, obwohl durch die Expo 2000 der Bekanntheitsgrad Niedersachsens weltweit stark steigen sollte.

Die Gründe dafür sind sicher vielschichtig und zum Teil in regional stark verbesserungsfähigen und modernisierungsbedürftigen Angebotstrukturen zu finden. Zum Teil ist es auch einfach so, dass die Gewinne Ostdeutschlands auf Kosten des westdeutschen Tourismus gehen – das kann man am plastischen Beispiel von Ostharz und Westharz sehen. Die Urlauber gehen dahin, wo ihnen für ihr Geld mehr geboten wird. Dies verweist aber auch darauf, dass den Menschen das Geld nicht mehr so locker sitzt – und in einem Land mit relativ niedrigen Einkünften wie Niedersachsen gilt das besonders (vgl. Tab. 25 und 26).

Pleitenwelle ungebrochen

Im Jahr 2004 mussten die Verantwortlichen von 3 166 niedersächsischen Unternehmen den Weg zum Konkursrichter antreten (Tab. 18). Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2003 – der mittelfristige Vergleich mit dem Jahr 1999 ist aufgrund verschiedener Änderungen im Insolvenzrecht kaum möglich – einen geringen Zuwachs von + 1,6 %. Noch im Vorjahr musste ein Zuwachs von + 16,3 % registriert werden, insofern ist eine gewisse Beruhigung des Insolvenzgeschehens eingetreten.

Bundesweit ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um - 0,3 % zurück. Vor allem in Ostdeutschland (- 5,5 %), wo das Insolvenzrisiko für die dortigen oft sehr jungen und kapitalschwachen Unternehmen hoch ist, sowie in den wirtschaftlich gut dastehenden süddeutschen Ländern Bayern und Baden-Württemberg sanken die Insolvenzzahlen. Die niedersächsische Veränderungsrate liegt in etwa im Schnitt Westdeutschlands (+ 1,5 %).

Das Insolvenzrisiko ist in Niedersachsen mit 127,2 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen deutlich höher als 1999, als dieser Indikator bei 85,8 lag. Von 79 Unternehmen ging eines in Konkurs. Neben einer unbefriedigenden Konjunktorentwicklung liegt das auch daran, dass durch die Zunahme der Zahl der Existenzgründer und der Selbstständigen, u.a. auch der „Ich-AGs“, oft relativ unerfahrene und unterkapitalisierte Jungunternehmer auf dem Markt in Erscheinung treten, die dementsprechend ein höheres Insolvenzrisiko tragen.

In Ostdeutschland liegt dies Risiko deutlich höher (1 von 56) als in Niedersachsen. Das landesspezifische Insolvenzrisiko in Niedersachsen ist niedriger als im Osten, auch niedriger als im Bundesdurchschnitt, aber höher im Schnitt Westdeutschlands. Am niedrigsten liegt es mit einem Indikator von 78,6 in Baden-Württemberg. Hier stellte nur eines von 127 Unternehmen einen Insolvenzantrag.

Immer noch starke Rolle mittelständischer Unternehmen

Von den 248 860 Unternehmen, die die Umsatzsteuerstatistik 2003 mit Hauptsitz in Niedersachsen registrierte, waren 248 146 sogenannte „KMU“, also kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (Tab. 19 und 20). Das bedeutet, dass es nur 714 niedersächsische Großunternehmen mit höheren Umsätzen gibt. 99,7 % aller Unternehmen sind in diesem Sinne KMU.

Allerdings vereinigen die 714 Großunternehmen 57,7 % der „Lieferungen und Leistungen“ auf sich, und die 99,7 % KMU erreichen zusammen nur 42,3 %. Dieser Anteil schrumpft im Laufe der Jahre immer weiter zusammen, 1999 lag er noch bei 48,2 %. Dies liegt am schnelleren Wachstum der größeren Unternehmen, zum kleineren Teil wohl aber auch daran, dass im Laufe der Jahre größere KMU über die 50 Mio. €-Schwelle hinübergewachsen sind.

Im Bundesvergleich wird eine relativ starke Stellung der niedersächsischen KMU deutlich. Bundesweit halten sie an den Lieferungen und Leistungen einen Anteil von 40,8 %, 1,5 Prozentpunkte weniger als in Niedersachsen. In Westdeutschland, wo die Masse der Großunternehmen ihren Sitz hat, sind es sogar nur 38,5 %.

Weiterhin unterdurchschnittliches Verdienstniveau

Der Durchschnittsverdienst der niedersächsischen Arbeitnehmer (Tab. 25) lag im Januar 2005 bei 2 894 € brutto. Dieser Betrag lag um - 3,4 % unter dem Deutschland-Schnitt von 2 995 €. Schon fünf Jahre zuvor, im Januar

2000, war das niedersächsische Verdienstniveau unterdurchschnittlich. Seitdem aber wuchsen die Bruttoverdienste bundesweit um + 14,7 %, in Ostdeutschland (ohne Westberlin) um + 15,6 % und in Westdeutschland (einschl. Westberlin) etwas geringer um + 14,3 %. In Niedersachsen betrug diese Zuwachsrate nur + 12,5 %. Der Abstand ist also sogar noch gewachsen. Im kurzfristigen Vergleich zum Januar 2004 gilt dasselbe. Unter den westdeutschen Ländern liegt Niedersachsen bezüglich des Verdienstniveaus auf Platz 8, ranggleich mit dem Saarland und nur noch knapp vor Schleswig-Holstein.

Dies gilt für Arbeitnehmer mit Arbeitsort in Niedersachsen. Erfreulich immerhin, dass viele Niedersachsen nach Bremen (3 176 € Monatsverdienst, Platz 3 in Deutschland) und noch mehr nach Hamburg (3 511 €, Platz 1) pendeln und vom dortigen höheren Verdienstniveau profitieren. Die niedrigen Verdienste in Niedersachsen machen sich bereits negativ im Einzelhandel und Gastgewerbe bemerkbar: Die Einzelhandelsumsätze gingen hier in 2004 um - 4,1 % und die des Gastgewerbes um - 6,3 % im Vorjahresvergleich zurück. Auch bundesweit gab es Einbußen, aber wesentlich moderater (Einzelhandel - 1,7 %, Gastgewerbe - 2,1 %). Auch die Ergebnisse der Beherbergungsstatistik bestätigen dieses Bild.

Frauenverdienste „nur noch“ 21 % unterm Männerverdienst

Die Arbeitnehmerinnen in Niedersachsen verdienen im Januar 2005 im Schnitt 2 398 €. Im Ländervergleich gilt hier dasselbe wie für die Verdienste beider Geschlechter insgesamt: Das Verdienstniveau ist unterdurchschnittlich, und der Abstand zum Bundesdurchschnitt und zum Schnitt Westdeutschlands hat sich kurz- und mittelfristig sogar noch erhöht.

Erfreulich ist allerdings, dass die Konvergenz der Verdienste der beiden Geschlechter weiter anhält. Im Januar 2000 lagen die Frauenverdienste in Niedersachsen noch um 22,7 % hinter den Männerverdiensten zurück, im Januar 2004 waren es noch 21,7 % und im Januar 2005 „nur noch“ 20,9 %. Der Angleichungsprozess verläuft sehr langsam, aber stetig.

Lohnend ist auch hier der Ost-West-Vergleich. In Westdeutschland gibt es denselben Prozess wie in Niedersachsen – eine allmähliche, sehr langsame Konvergenz der Geschlechterverdienste bei einem Abstand von ca. 20 %. In Ostdeutschland gab es zu DDR-Zeiten nur geringe diesbezügliche Diskrepanzen, der Abstand zwischen Männer- und Frauenverdiensten lag so noch 2000 nur bei 10 %. Aber er steigt, und zwar auf zuletzt 11,3 %. Ost- und Westdeutschland bewegen sich hier aufeinander zu.



Innovation

Zahl der Gewerbeanmeldungen nimmt stark zu

Auch infolge der neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Existenzgründerzuschuss seit Anfang 2003, die sog. „Ich-AG“) nahm die Zahl der Gewerbeanmeldungen (Tab. 27) in Niedersachsen und bundesweit 2003 und 2004 kräftig zu. Dabei verläuft die Entwicklung in Niedersachsen parallel zur bundesweiten Entwicklung ohne besondere Auffälligkeiten: Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen in Niedersachsen um + 17,2 %, in Deutschland um + 18,5 %, in Westdeutschland um + 17,3 %. Im mittelfristigen Vergleich zu 1999 liegt die niedersächsische Zuwachsrate von + 25,3 % gleichfalls im Bundestrend.

Da Landes- und Bundesentwicklung konform gehen, hat sich die im Regionalvergleich in Niedersachsen unterdurchschnittliche Gründungsintensität zwar erhöht, der Abstand zum Bundesgebiet verringerte sich jedoch nicht, im Gegenteil: In Niedersachsen kamen 2004 10,6 Gewerbeanmeldungen auf je 1 000 Einwohner, bundesweit waren es 11,6. Der Rückstand Niedersachsens stieg bei dieser Beziehungszahl von 0,8 auf 1,0.

Auch die Zahl der Abmeldungen (Tab. 28) von Gewerben stieg. In Niedersachsen nahm diese Zahl kurz- und mittelfristig stärker als im Bundesgebiet zu. Obwohl dieser regionale Vergleich eher ungünstig ausfällt, muss doch konstatiert werden, dass der Zuwachs der Abmeldungen den der Anmeldungen bei weitem nicht erreicht. 2004 gab es in Niedersachsen einen Positiv-Saldo von 24 894, 1999 lag er erst bei 8 889.

Weit überdurchschnittliche Investitionstätigkeit – Wachstum gegen den Trend

Wie schon im Jahr 2002 nahm auch 2003 die Investitionsneigung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe weiter zu (Tab. 29). Pro Beschäftigten wurden 9 387 € investiert, ein um 20,1 % über dem Bundesdurchschnitt von 7 784 € liegender Betrag. Nach wie vor wird in den östlichen Bundesländern pro Kopf mehr investiert als im Westen – ein Modernisierungsprozess, der allerdings auch zu Lasten des Arbeitsmarktes geht.

Bemerkenswert ist, dass in Niedersachsen die Investitionssummen kurz- wie mittelfristig um 8,9 % bzw. sogar + 12,2 % gestiegen sind, während bundesweit der Trend rückläufig ist und die Unternehmen ihre Investitionen sogar zurückfuhren. So steht im mittelfristigen Vergleich die niedersächsische Wachstumsrate von + 12,2 % der bundesdeutschen Abnahmerate von - 3,3 % gegenüber.

Niedersachsen bei Auslandsinvestitionen stark unterrepräsentiert

Nur 2,4 % der ausländischen Direktinvestitionen sind in Unternehmen des Landes Niedersachsen angelegt (Tab. 30). Die Investoren und Kapitalgeber des Auslands bevorzugen – in dieser Reihenfolge Anlagen in Nordrhein-Westfalen (183 Mrd. €) und Hessen (105 Mrd. €) mit weitem Abstand vor Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 67 Mrd. €). Die Bestandssumme von 12,8 Mrd. € in Niedersachsen nimmt sich daneben geringfügig aus. Die ausländischen Investoren konzentrieren ihre Anlagen eben auf die Industrie- und Finanzzentren Deutschlands.

Bundesweit stieg der Bestand ausländischer Direktinvestitionen von Ende 1998 bis Ende 2003 um + 142,9 %. In Niedersachsen waren es „nur“ + 22,9 %. Das Internationalisierungstempo in Niedersachsen ist zwar hoch, aber bundesweit immer noch relativ niedrig. Das mag auch daran liegen, dass ein Einstieg ausländischer Investoren beim bei weitem größten niedersächsischen Konzern im Lande nicht nur mit Freude gesehen würde, weil dies auch einen Einflussverlust der regionalen Akteure mit sich bringen würde.

Im kurzfristigen Vergleich von 2003 und 2002 nahm bundesweit das Tempo ab (+ 3,4 %) – spektakuläre Übernahmen wie z.B. von Mannesmann durch Vodafone gab es im Jahr 2003 nicht – und in Niedersachsen legte es zu (+ 11,2 %).

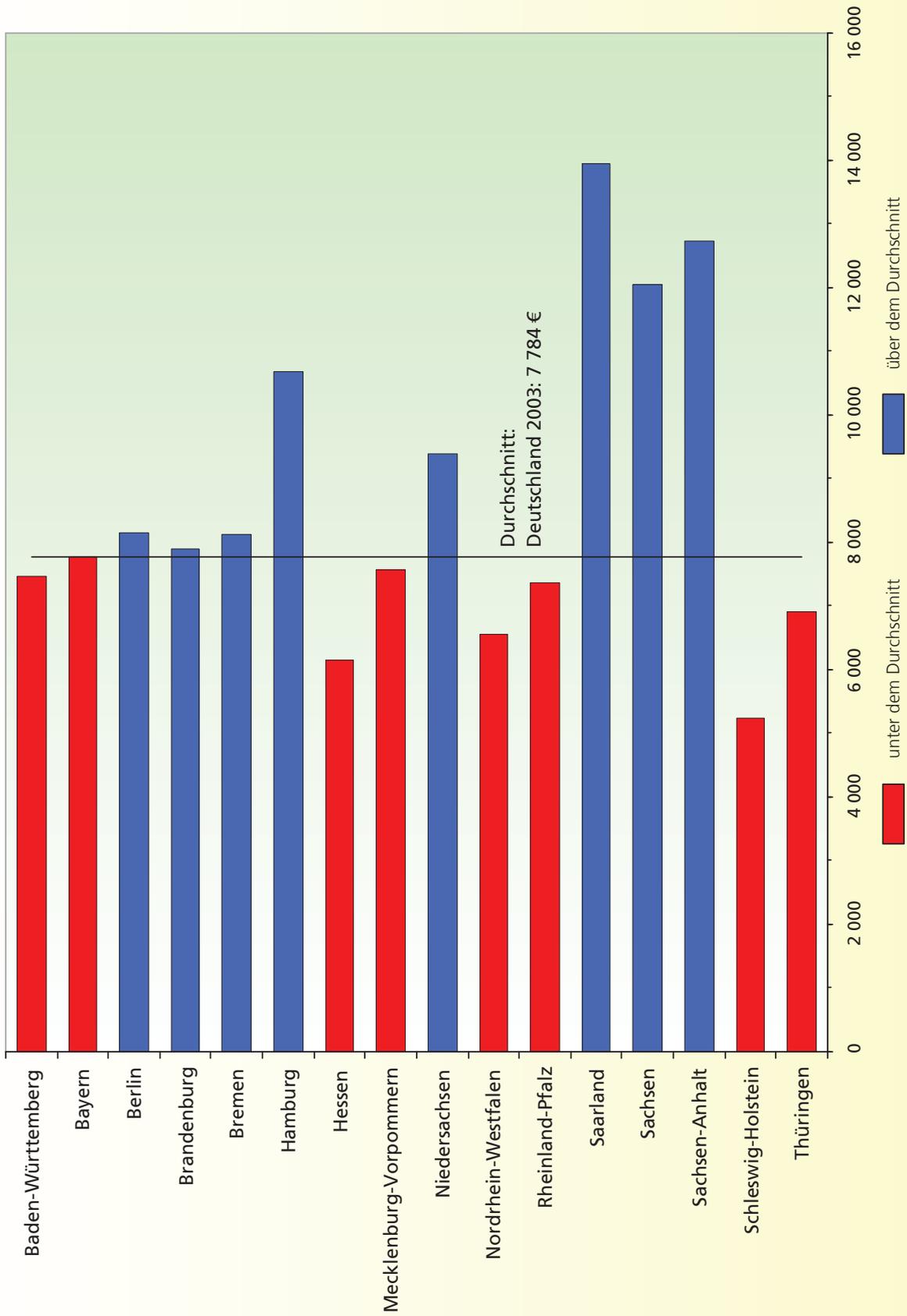
Sinkende Zahl von Patentanmeldungen

Im Jahr 2004 wurden in Niedersachsen 2 813 Erfindungen zum Patent angemeldet (Tab. 31). Das war ein Rückgang um - 5,7 % im Vergleich zu 2003 und sogar um - 16,8 % im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 1999. Bundesweit und auch in Niedersachsen stieg die Zahl der Patentanmeldungen bis zum Jahr 2000 fortlaufend an. Seitdem aber geht sie zurück, was auch Ausdruck einer zurückgehenden Neigung sein kann, in Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen zu investieren, denn diese gehen der Patentanmeldung zwangsläufig voraus. Die Patentanmeldung steht sozusagen in der Mitte zwischen einer vorausgehenden Entwicklungstätigkeit und einer darauffolgenden industriellen Umsetzung und Markteinführung eines neuen Produkts.

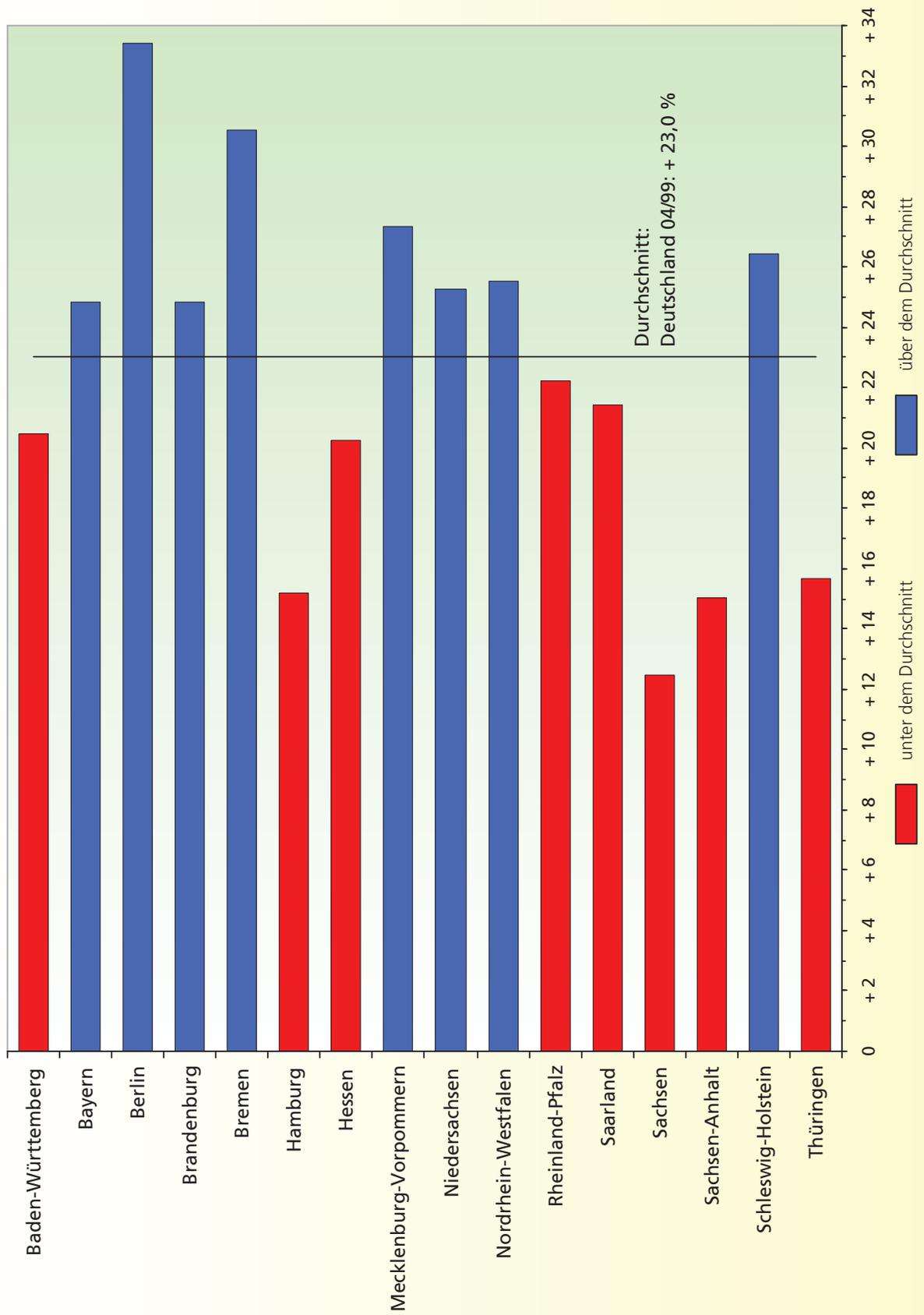
In Niedersachsen kamen im Jahr 2004 lediglich 35 Patentanmeldungen auf je 100 000 Einwohner. Der entsprechende Vergleichswert für Deutschland liegt bei 59. Vor allem zwei Länder, die forschungs- und entwicklungs-

Investitionen in Euro je Beschäftigten 2003

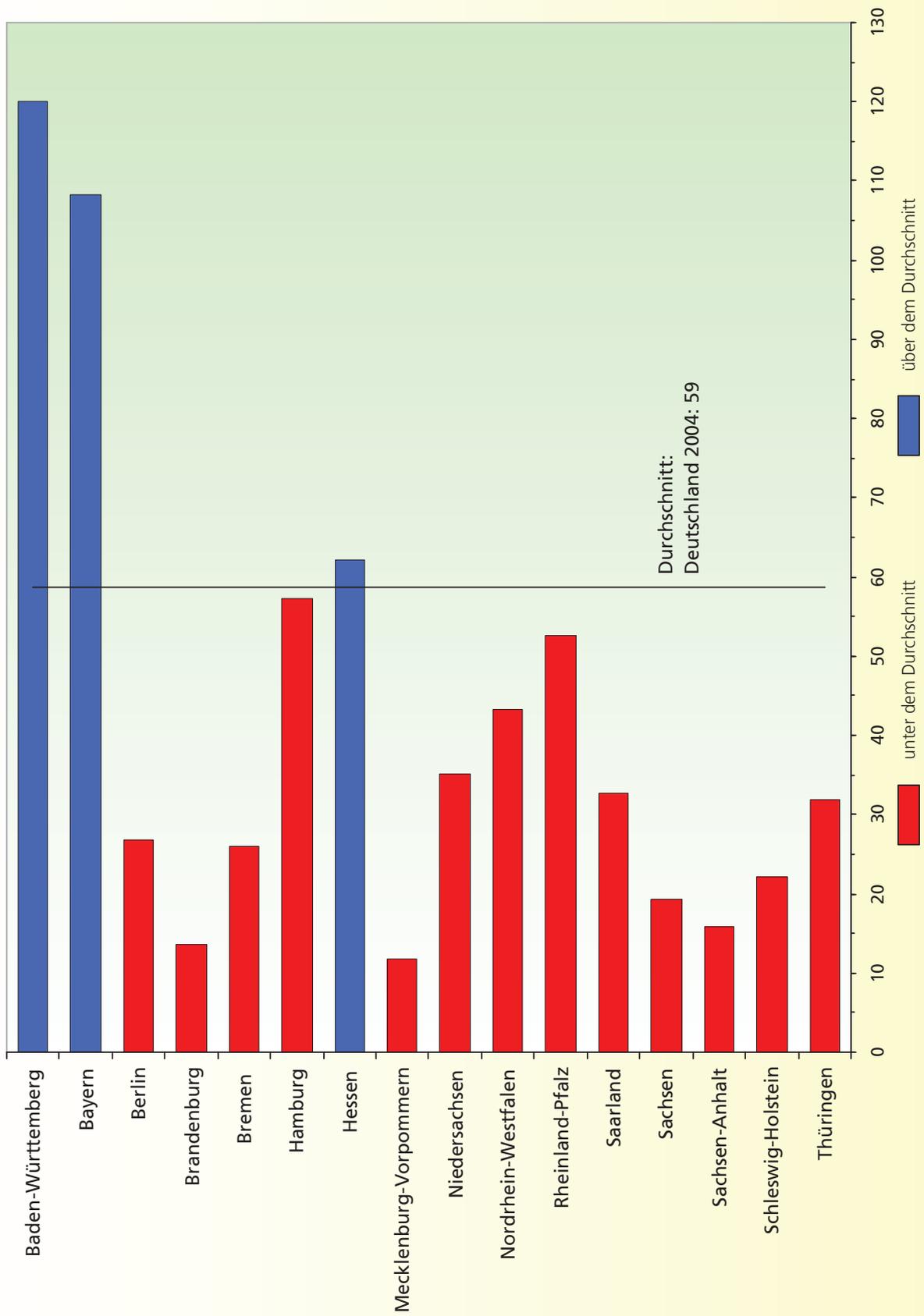
- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -

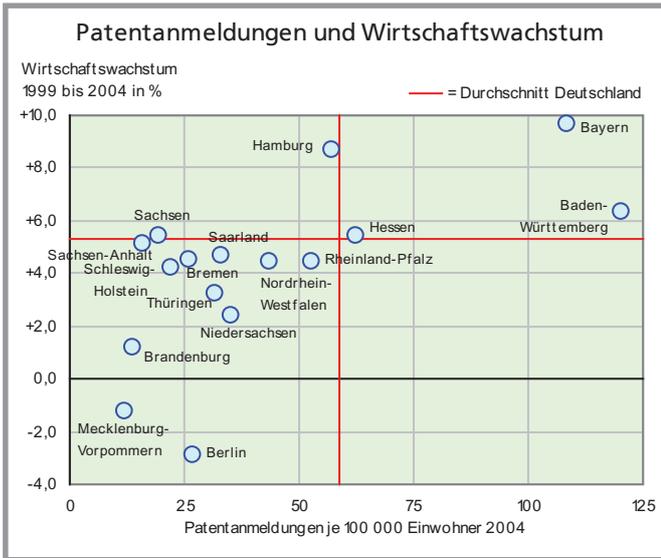


Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 1999 bis 2004



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2004





starke Wirtschaftszweige beheimaten, liegen bei diesem Indikator weit vorn: Baden-Württemberg (120) und Bayern (108). Das Streudiagramm zeigt den Zusammenhang zwischen der Patentanmeldungsintensität und dem Wirtschaftswachstum: Da wir in einer Wissensgesellschaft leben, stehen diejenigen Länder mit einem vergleichsweise hohen Wachstum gut da, die viel in die Entwicklung neuer Produkte investieren.

Humanpotenzial

Zahl der Schulentlassenen ohne Abschluss sinkt kräftig

Im Jahr 2004 verließen in Deutschland 82 212 junge Frauen und Männer die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss, in Niedersachsen waren es 8 776. In diesen Zahlen sind die Abgänger aus Förder- bzw. Sonderschulen – deren Bildungsziel nicht vorrangig der Erwerb des Hauptschulabschlusses ist – mit inbegriffen. Das waren in Niedersachsen zwar + 10,1 % mehr als 1999, bedeutete aber zugleich gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um - 10,2 %.

Dies ist eine äußerst erfreuliche Entwicklung im Jahresvergleich. Denn die Absolventen, die noch nicht einmal mit einem Hauptschulabschluss gerüstet sind, haben denkbar schlechte berufliche Startchancen. Zwar holen viele von ihnen diesen im beruflichen Schulwesen nach, aber wenn sie dies schaffen, haben sie gegenüber Gleichaltrigen ein Jahr verloren. In dieser Problemgruppe sind männliche Kinder mit Migrationshintergrund stark überrepräsentiert.

Um so erfreulicher ist, dass in Niedersachsen der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Absolventen stark auf nur noch 7,5 % abnahm. Noch im Jahr 2003 lag diese Quote in Niedersachsen mit 10,6 deutlich über dem Bundesdurchschnitt von seinerzeit 8,9; jetzt liegt der Deutschland-Wert mit 8,3 deutlich höher als der Landeswert. Dies bedeutet unter den Ländern den zweitbesten Wert hinter Baden-Württemberg.

Abiturientenquote steigt weiter auf jetzt 26,4 %

22 829 Schülerinnen und Schüler erwarben 2004 an den allgemein- und berufsbildenden Schulen Niedersachsens die allgemeine Hochschulreife. Die Abiturientenquote – der Anteil der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung – stieg damit von 25,3 auf 26,4 %, ein Zuwachs um 1,1 Prozentpunkte (Tab. 33). Der Trend, dass immer mehr Jugendliche eines Jahrgangs die allgemeine Hochschulreife erwerben, gilt bundesweit. In nur zwei Ländern, die beide eine im Ländervergleich relativ hohe Abiturientenquote aufweisen, ging sie von 2003 auf 2004 leicht zurück. Bundesweit stieg die Quote binnen eines Jahres um 1,2 Prozentpunkte.

Niedersachsens Abiturientenquote von 26,4 % ist im Bundesvergleich nach wie vor relativ niedrig. Deutschlandweit liegt sie bei 28,3 %, wobei sie im Westen (27,7 %) etwas niedriger ist als im Osten (30,1 %). Hohe Werte weisen auch alle Stadtstaaten auf; das dortige Begabungspotenzial kann immer noch leichter erschlossen werden als in Flächenländern, man denke nur an die zum Teil doch langen Schulwege in peripheren ländlichen Räumen. Bayern hat nach wie vor die niedrigste Quote mit 20,7 %. Wenn gleich sie auch dort steigt, spiegeln sich hier unterschiedliche schulpolitische Philosophien wieder. Unumstritten ist aber, dass das Qualifikationsniveau der jungen Menschen steigen muss, und die Zahlen zeigen, dass aus dieser Konsequenz auch Taten folgen.

Starke Zunahme bei hochqualifizierten Beschäftigten – Niedersachsen auf Platz 1

Am 30. Juni 2004 arbeiteten in Niedersachsen knapp 166 000 hochqualifizierte Arbeitnehmer, also sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Das entspricht einem Anteil von 7,1 % an allen Beschäftigten. Dieser Anteil ist nach wie vor unterdurchschnittlich, denn bundesweit liegt er bei 9,3 % (Westdeutschland 8,9 %), aber Niedersachsen holt hier rasch auf: Im Fünfjahresvergleich nahm die Zahl der Hochqualifizierten im Land um + 17,9 % zu. Bundesweit waren es „nur“ + 8,4 %, wobei sich die Entwicklungsrichtungen von Ostdeutschland, wo die Zahl sinkt, und Westdeutschland, wo kräftige Zunahmen auftreten, unterscheiden. Im kurzfristigen Vergleich zum Jahr 2003 nahm trotz allgemein angespannter Arbeitsmarktsituation die Zahl der Hochqualifizierten in Niedersachsen noch einmal um + 1,2 % zu. Bundesweit gab es einen leichten Rückgang von - 0,1 %, der ausschließlich auf Kosten Ostdeutschlands geht. Auf jeden Fall belegt Niedersachsen bei der kurzfristigen wie auch der mittelfristigen Wachstumsrate den Platz 1 unter allen 16 Ländern.

Der Zugewinn von per saldo 25 000 hochqualifizierten Arbeitskräften binnen fünf Jahren in Niedersachsen gibt die Richtung an, wie die strukturellen Probleme von Wirtschaft und Arbeitsmarkt überwunden werden können: durch höhere Qualifikation, mehr Kompetenz und Wissen.

Finanzen

Bereinigte Gesamtausgaben sinken

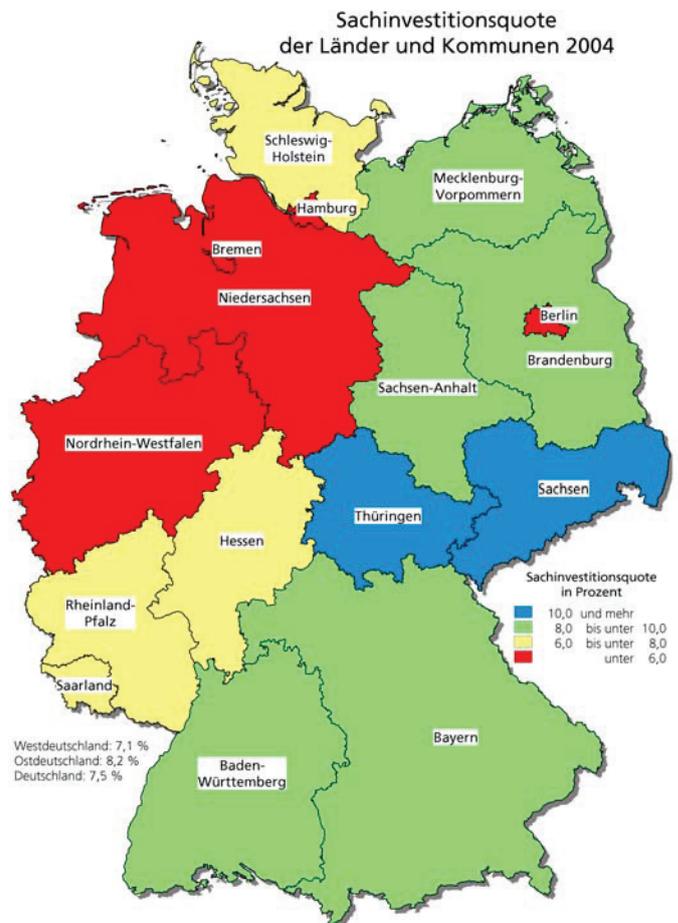
Die bereinigten Gesamtausgaben des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände sind 2004 um - 1,9 % gesunken; im Jahr zuvor waren die Ausgaben in Niedersachsen noch leicht um + 0,9 % gestiegen. Der Rückgang war größer als in Deutschland insgesamt (- 1,1 %) und der zweitstärkste aller westdeutschen Länder. Am deutlichsten sanken die Ausgaben in Sachsen mit - 4,7 %. Wie im Vorjahr wies Niedersachsen mit 3 911 € je Einwohner die niedrigsten Gesamtausgaben aller Länder auf. Gegenüber 1999 lag das Land mit einer Zunahme um + 7,5 % deutlich über dem Durchschnitt von Deutschland (+ 4,3 %). In Niedersachsen können 60,6 % der bereinigten Gesamtausgaben durch Steuereinnahmen finanziert werden, dieser Wert liegt leicht unter dem Durchschnitt von Deutschland (61,0 %). Hierbei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ostdeutschland (43,4 %) und Westdeutschland (64,7 %).

Personalausgaben steigen nur wenig

Die Personalausgaben nahmen in Niedersachsen um + 0,2 % zu, was genau dem Durchschnitt in Deutschland entspricht. Bei dieser Ausgabenposition zeigen sich deutliche Unterschiede bei den Ländern, die Spannweite reicht von - 5,8 % im Saarland bis zu + 2,6 % in Schleswig-Holstein. Die Personalausgaben je Einwohner lagen in Niedersachsen mit 1 580 € unter dem Durchschnitt von Deutschland (1 670 €) wie auch von Westdeutschland (1 680 €). Gegenüber 1999 haben die Personalausgaben in Niedersachsen mit + 3,1 % deutlich langsamer zugelegt als die Gesamtausgaben. Die Personalausgabenquote – also der Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben – beträgt nun 40,4 % gegenüber 42,1 % im Jahr 1999. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass in Niedersachsen die personalintensiven Hochschulen 2001 aus dem Landeshaushalt ausgegliedert wurden. Trotzdem liegt Niedersachsen 2004 um 1,4 Prozentpunkte über dem Wert von Deutschland. Vergleichsweise niedrige Personalausgabenquoten weisen die Stadtstaaten sowie die ostdeutschen Länder auf.

Sachinvestitionen gehen weiter zurück

Geradezu einen Einbruch gab es bei den Sachinvestitionen des Landes und der Gemeindeverbände: Sie sind um - 13,8 % zurückgegangen. Dies war der stärkste Rückgang aller Länder, allerdings weisen vier weitere Länder

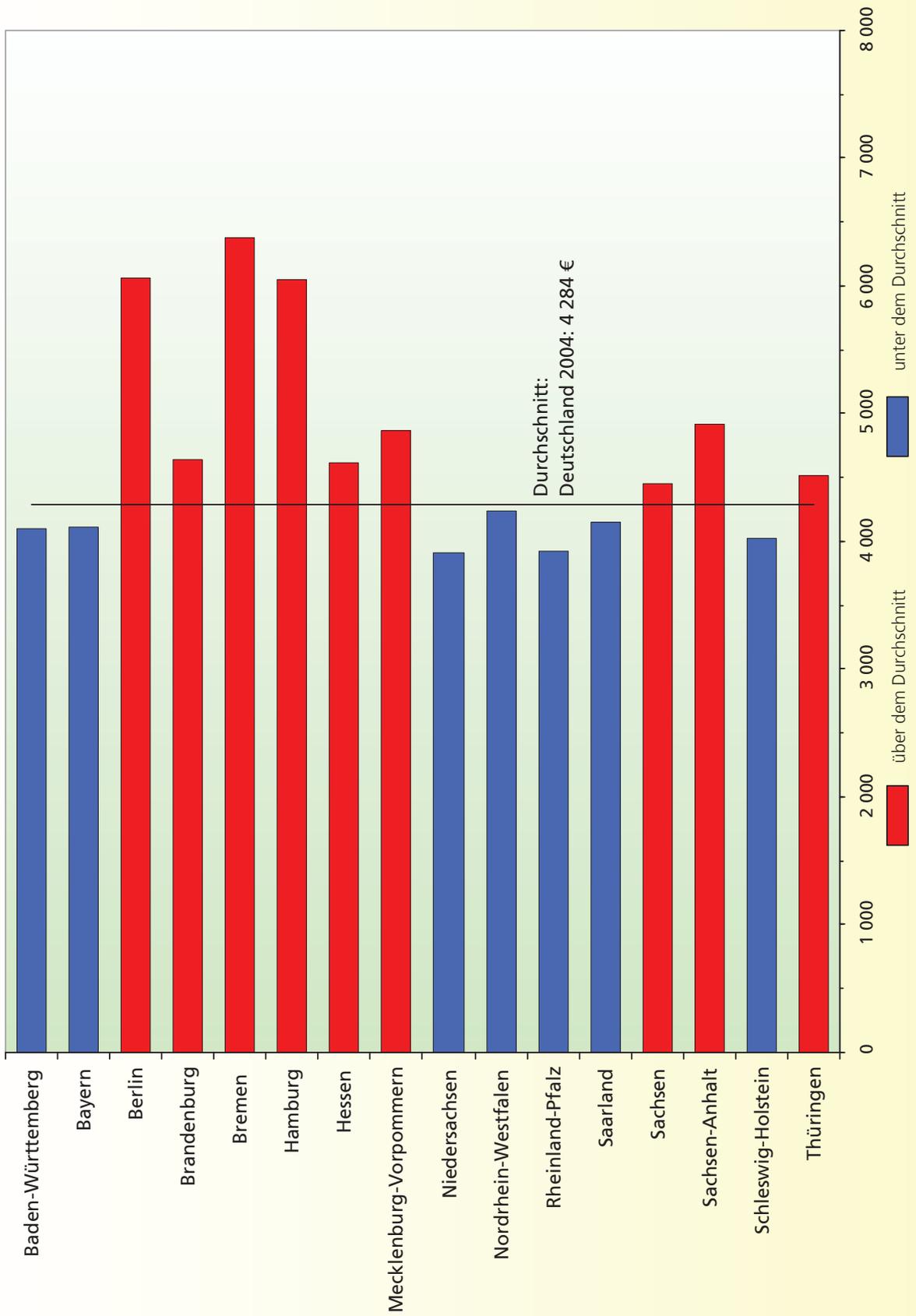


einen Rückgang im zweistelligen Bereich auf. Je Einwohner gerechnet wurden in Niedersachsen 225 € in Sachanlagen investiert, dies ist nach Berlin (90 €) und Nordrhein-Westfalen (219 €) der drittniedrigste Wert. Vergleichsweise hohe Sachinvestitionen je Einwohner weisen die ostdeutschen Länder auf (403 € im Durchschnitt gegenüber 299 € in Westdeutschland). Verglichen mit 1999 sind die Investitionen in Niedersachsen sogar um - 26,2 % zurückgegangen. Die meisten Länder weisen ähnlich hohe Rückgänge auf, lediglich im Saarland (+ 10,6 %) und in Hessen (+ 3,5 %) liegen die Ausgaben für Sachinvestitionen 2004 über denen von 1999. Die niedersächsische Investitionsquote beträgt 2004 nur noch 5,8 % nach 6,6 % im Vorjahr und 8,4 % im Jahr 1999.

Bereinigte Gesamteinnahmen nehmen deutlich zu

Eine deutliche Zunahme ergab sich bei den bereinigten Gesamteinnahmen des Landes und der Kommunen: Sie stiegen um + 4,5 % und damit deutlich stärker als im

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2004



Durchschnitt der Länder (+ 2,3 %). Trotzdem liegt Niedersachsen je Einwohner gerechnet nach Rheinland-Pfalz auf dem zweitletzten Platz, d.h. den niedrigen Ausgaben stehen nur niedrige Einnahmen gegenüber. Auch bei dieser Position gibt es eine große Spannweite der Veränderungs-raten, sie reicht von - 4,1 % in Bremen bis zu + 8,4 % in Berlin. Die Gesamteinnahmen liegen deutschlandweit unter dem Wert von 1999, den deutlichsten Rückgang weisen die Einnahmen in Bremen auf (- 24,5 %). Niedersachsen liegt mit + 2,3 % leicht im positiven Bereich und nach Hamburg und Bayern auf dem dritten Platz.

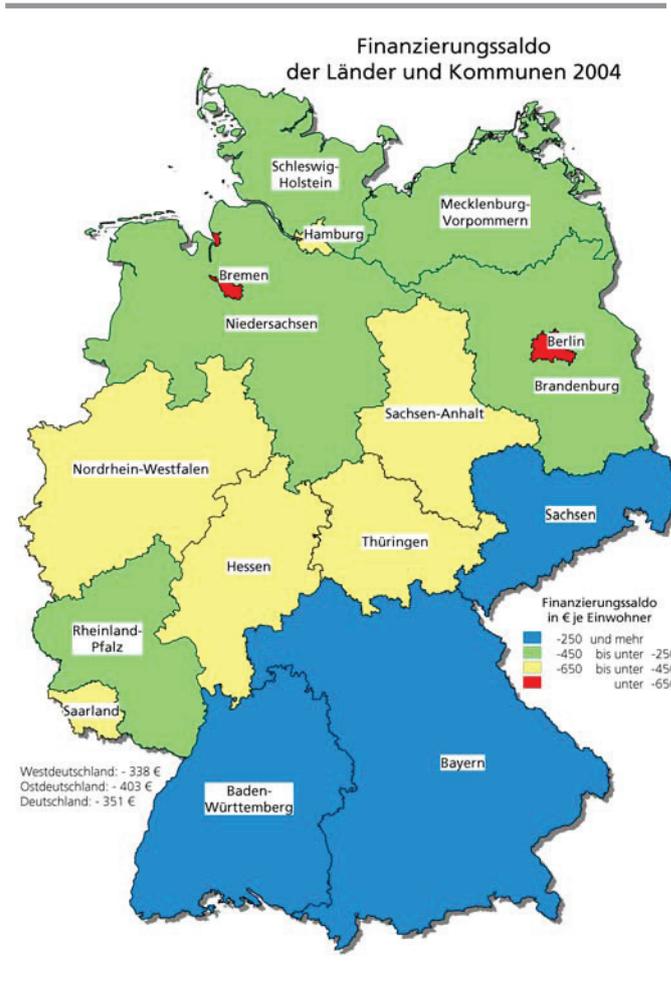
Mit einer Zunahme um + 5,6 % sind die Steuereinnahmen in Niedersachsen stärker gestiegen als die bereinigten Gesamteinnahmen; der Anstieg liegt auch deutlich über dem Durchschnitt aller Länder von + 3,4 %. Die stärkste Zunahme konnte Brandenburg mit + 7,2 % verzeichnen, ein Rückgang um - 4,0 % ergab sich in Schleswig-Holstein. Die Steuereinnahmen je Einwohner liegen in Niedersachsen bei 2 370 € und damit unter dem deutschlandweiten Durchschnitt (2 614 €). Die Steuereinnahmequote – der Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamteinnahmen – beträgt 65,7 %, dieser Wert liegt sowohl unter dem deutschen als auch unter dem westdeutschen Durchschnitt. Eine Ursache für die schlechte Lage der öffentlichen Haushalte wird beim Vergleich mit 1999 besonders deutlich: Die Steuereinnahmen liegen in Niedersachsen um - 1,6 % unter denen von vor fünf Jahren. Den kräftigsten Rückgang hatte Hessen mit - 9,5 % hinzunehmen, und lediglich Baden-Württemberg (+ 1,0 %) und Bayern (+ 2,5 %) weisen Zuwächse auf. In der Summe der Länder und Kommunen in Deutschland lagen die Steuereinnahmen 2004 um rd. 6,9 Mrd. € unter denen von 1999.

Finanzierungsdefizit gesunken

Aus der Differenz der bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben ergibt sich der aggregierte Finanzierungssaldo des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände. Er war im vergangenen Jahr wie stets in den letzten zehn Jahren in Niedersachsen negativ, d.h. die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. Allerdings ist der Saldo deutlich um 1,8 Mrd. € auf - 2,4 Mrd. € zurückgegangen. Damit entfiel auf jeden Einwohner in Niedersachsen ein Defizit von - 305 €. Mit lediglich - 16 € je Einwohner konnte Sachsen den besten Wert aufweisen, am größten war das Defizit in Bremen mit - 1 342 € je Einwohner.

Weiterer kräftiger Anstieg der Kreditmarktschulden

Die Kreditmarktschulden haben in allen Ländern – zum Teil deutlich – zugenommen. In Niedersachsen sind sie



um + 6,5 % auf 54,6 Mrd. € gestiegen, der Anstieg liegt über dem Durchschnitt von Deutschland (+ 5,6 %) wie auch von Westdeutschland (+ 5,3 %). Den stärksten Zuwachs gab es in Berlin (+ 10,6 %), eine nur geringe Zunahme in Brandenburg (+ 0,9 %). Rechnerisch entfallen auf jeden Niedersachsen 6 819 € Kreditmarktschulden, damit liegt Niedersachsen auf dem fünftniedrigsten Platz. Besonders hohe Werte weisen hier die drei Stadtstaaten auf. Gegenüber 1999 sind die Schulden im Durchschnitt um + 29,7 % gestiegen, Niedersachsen liegt mit einer Zunahme um + 30,9 % leicht über dem Schnitt. Nur im Saarland (+ 11,2 %) und in Sachsen (+ 11,1 %) sind die Schulden vergleichsweise moderat gestiegen. Werden die Kreditmarktschulden durch die Steuereinnahmen dividiert, ergibt sich die (fiktive) Zahl der Jahre, die – bei ausschließlicher Verwendung der Steuereinnahmen für diesen Zweck – benötigt werden würde, um die Schulden vollständig zu tilgen. Für Niedersachsen errechnet sich ein Wert von 2,9, d.h. Niedersachsen bräuchte knapp 3 Jahre, um seine Schulden vollständig zu tilgen. In Bayern liegt der Wert bei nur einem Jahr, in Berlin bei 6,7 und in Bremen bei 6,0 Jahren.

Soziale Probleme, Sicherheit

Anstieg der Sozialhilfeausgaben gebremst

Im Jahr 2004 stiegen die Ausgaben für die Sozialhilfe (netto) im Jahresvergleich um nur noch 0,3 % auf knapp 2,4 Mrd. € (Tab. 41). Diese Zuwachsrate blieb unter der Inflationsrate und war niedriger als die bundesdeutsche Zuwachsrate von + 1,8 % (Westdeutschland + 1,7 %). Auch im mittelfristigen Vergleich blieb der Kostenanstieg in Niedersachsen deutlich hinter dem Vergleichswert des Bundes zurück. Während in Niedersachsen die Ausgaben um + 7,6 % stiegen, gab es einen bundesweiten Zuwachs von + 12,6 %. Im Nachbarland Bremen gingen die Ausgaben kurz- und mittelfristig sogar zurück. Diese hohe Zuwachsrate ist vor allem durch Entwicklungen in Ostdeutschland (+ 20,3 %) geprägt, wo zunehmend die Sozialhilfe an Stelle anderer prioritärer Sicherungssysteme trat.

Auf jeden Einwohner entfielen in Niedersachsen Sozialhilfekosten in Höhe von 298 €, dieser Wert änderte sich von 2003 auf 2004 nicht. 298 € bedeutet einen Wert über dem Durchschnitt Deutschlands (278 €) und Westdeutschlands (281 €), wobei die Daten der einzelnen Länder hier stark differieren. In allen Stadtstaaten gibt es sehr hohe Werte, so z.B. 606 € in Bremen, während die süddeutschen Länder Bayern und vor allem Baden-Württemberg (190 €) trotz überdurchschnittlich hoher Zuwachsraten nach wie vor niedrig liegen.

Vier Prozent der Bevölkerung auf Sozialhilfe angewiesen

In Niedersachsen lebten am Jahresende 2004 insgesamt 231 842 Sozialhilfeempfänger (HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen, Tab. 42). Unter diesen waren 174 737 Frauen (Tab. 43), was einem Anteil von 55,4 % entspricht. Schon daran wird deutlich, dass mehr Frauen als Männer von Armut bedroht sind. Diese geschlechtsspezifische Differenz liegt *nicht* am Arbeitsmarkt, denn in Niedersachsen ist die Arbeitslosenquote der Frauen konstant etwas niedriger als die der Männer. Die Ursache liegt vielmehr darin, dass deutlich mehr Mütter als Väter sich als Alleinerziehende um kleine Kinder kümmern müssen und diese Aufgabe aus unterschiedlichen Gründen nicht mit einer Erwerbstätigkeit zu vereinen in der Lage sind.

3,9 % der Bevölkerung waren am Jahresende 2004 HLU-Empfänger; bei den Frauen lag der entsprechende Anteil aus den oben genannten Gründen etwas höher bei 4,3 %. Beide Quoten sind gegenüber dem Vorjahr unverändert; sie liegen leicht über dem Bundesdurchschnitt von 3,5 % (insgesamt) bzw. 3,8 % (Frauen). Hier gibt es dieselben Strukturen wie bei den Sozialhilfeausgaben: Hohe

Werte in den Stadtstaaten, niedrige Werte in Süddeutschland.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Niedersachsen erhöhte sich im Jahresvergleich leicht um + 1,2 %; bundesweit war der Zuwachs mit + 3,5 % deutlich kräftiger. Im mittelfristigen Vergleich werden in Ost und West sehr unterschiedliche Entwicklungen deutlich. Während in Ostdeutschland die Zahl der HLU-Bezieher im Fünfjahresvergleich um + 16,0 % stieg, blieb sie im Westen mit + 0,9 % fast konstant. In Niedersachsen war die Entwicklung mit einem Rückgang der Empfängerzahlen im Vergleich zu 1999 um - 0,4 % sogar noch ein wenig günstiger. Bei den Frauen betrug die mittelfristige Abnahmerate sogar - 1,9 %.

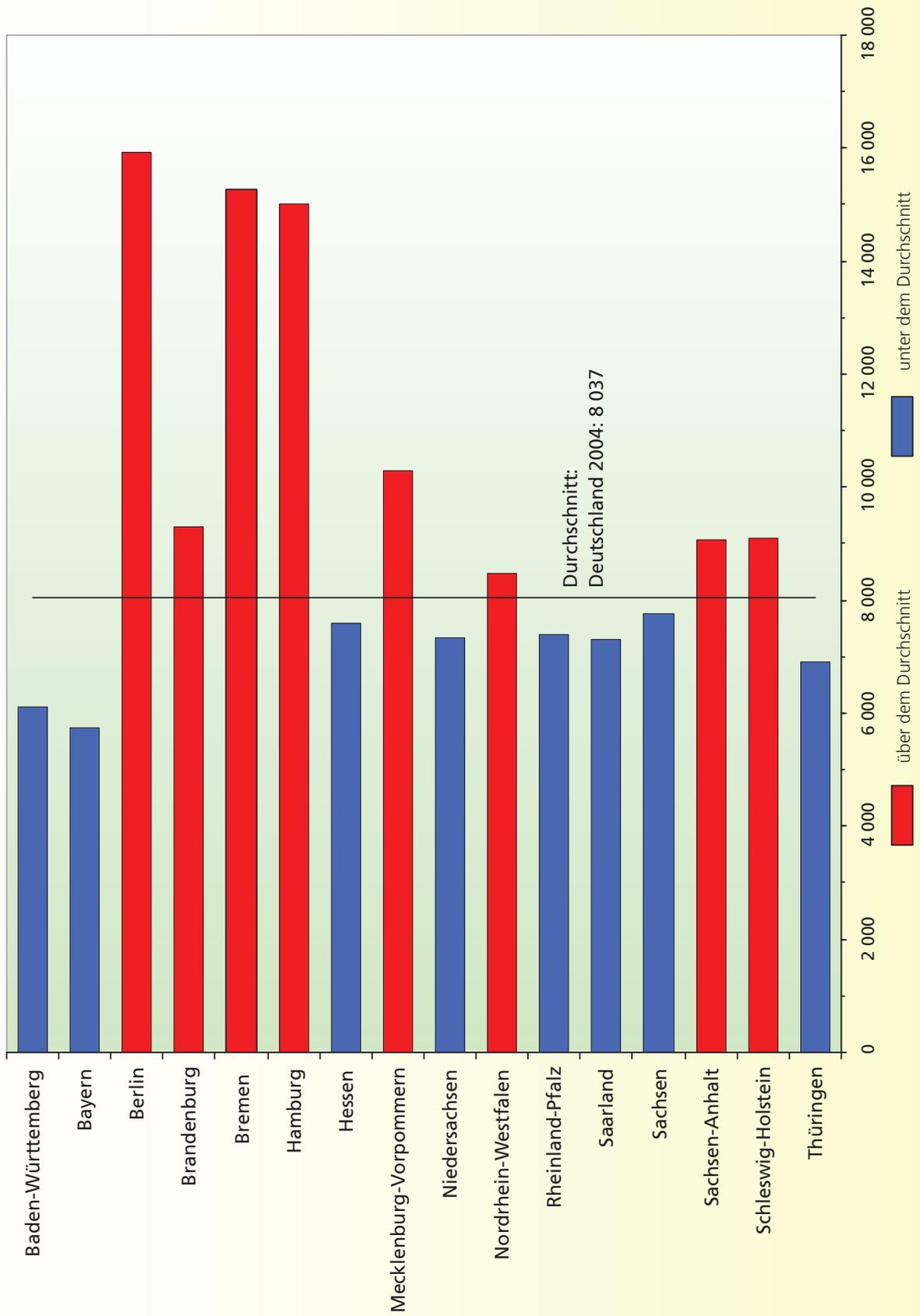
Zahl der Alleinerziehenden steigt, aber im Ländervergleich geringster Anteil

Bei den alleinerziehenden Müttern und Vätern (Tab. 44) und ihren Kindern ballen sich oft soziale Problemlagen. Wenn diese nicht durch soziale Netzwerke oder öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten etc. unterstützt werden, können sie nur unter größten Schwierigkeiten ihre Erziehungspflichten und die eigene Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren. Entsprechend hoch war immer der Anteil der Sozialhilfebezieher in dieser Personengruppe. Diese Personengruppe nimmt quantitativ weiter zu, denn die traditionelle Zweigenerationenfamilie nimmt zugunsten stärker individualisierter Lebensformen und -entwürfe an Bedeutung ab.

In Niedersachsen gab es 2004 nach den Ergebnissen des Mikrozensus 276 000 Alleinerziehende. Im mittelfristigen Vergleich war dies eine Zunahme um 33 000 bzw. + 13,4 %. Unter 1 000 Einwohnern gibt es in Niedersachsen 34 Alleinerziehende – das ist zusammen mit Nordrhein-Westfalen der niedrigste Wert (Deutschland: 40).

Hohe Anteile von Alleinerziehenden gibt es schon traditionell in den Stadtstaaten und vor allem in Ostdeutschland. Hier gibt es 58 Alleinerziehende auf 1 000 Einwohner, im Westen sind es nur 36. In Mecklenburg-Vorpommern liegt dieser Anteilswert sogar bei 65. Dies ist übrigens der einzige demografische Indikator, bei dem sich die Indikatoren für Westdeutschland an die Ostdeutschlands anpassen. Schon aus DDR-Zeiten waren dort öffentlich organisierte Formen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, z.B. durch Kinderkrippen, wichtiger als im Westen.

Straftaten je 100 000 Einwohner 2004



Kriminalitätsbelastung weiterhin unterdurchschnittlich

Im Jahr 2004 registrierte die Polizei in Niedersachsen 587 252 Straftaten (Tab. 45). Das waren 8,6 % aller bundesweit bekannt gewordenen Straftaten. Niedersachsen hält zugleich einen Bevölkerungsanteil von 9,7 % an Deutschland – bereits durch den Vergleich dieser beiden Prozentanteile wird klar, dass Niedersachsens Bevölkerung unterdurchschnittlich stark von Straftaten betroffen ist. Deutlicher noch wird dies durch die Häufigkeitszahl. Diese gibt an, wie viele Straftaten auf je 100 000 Einwohner entfallen. Sie liegt in Niedersachsen bei 7 347 und damit 8,8 Prozentpunkte unter der bundesdeutschen Vergleichszahl von 8 037. Dies bedeutet für Niedersachsen Platz 5 unter den Ländern. In den vergangenen Jahren war die Lage ähnlich – Niedersachsens Bevölkerung hat ein wenig mehr Sicherheit vor Kriminalität als in den meisten anderen Bundesländern.

Im Ost-West-Vergleich kann man vor allem mittelfristig eine allmähliche Angleichung der Lebensverhältnisse erkennen. Vor fünf Jahren lag die Kriminalitätsbelastung in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland – seitdem ist sie aber in den ostdeutschen Ländern um - 3,8 % gesunken, während sie in Westdeutschland um + 8,3 % (Niedersachsen + 5,5 %) stieg.

Der Anteil der aufgeklärten Straftaten lag in Niedersachsen 2004 bei 53,9 % und damit etwas höher als im Vorjahr und exakt im Schnitt der westdeutschen Länder. Hohe Aufklärungsquoten gibt es östlich der Elbe und südlich des Mains, wohingegen die Stadtstaaten, der Norden und die Mitte Deutschlands (Hessen, Nordrhein-Westfalen) im Bundesvergleich relativ niedrige Quoten aufweisen.

Erfreulicher Rückgang der Unfallzahlen

Die Zahl der Verunglückten, das sind Getötete und Verletzte, bei Straßenverkehrsunfällen ist im Jahr 2004 in Niedersachsen weiter stark zurückgegangen (Tab. 46). 44 945 Verunglückte im Jahr 2004 bedeuteten einen Rückgang um - 7,0 % gegenüber dem Vorjahr und sogar um - 18,8 % gegenüber 1999. Beide Abnahmeraten lagen über denen in Deutschland insgesamt – die Verkehrssicherheit hat also in Niedersachsen überdurchschnittlich stark zugenommen.

Im Ländervergleich ist vor allem der starke mittelfristige Rückgang der Zahl der Verunglückten in allen ostdeutschen Flächenländern bemerkenswert. 1999 lag die Häufigkeitszahl – Verunglückte je 100 000 Einwohner – in Ostdeutschland noch klar über der westdeutschen Zahl, während es heute genau andersherum ist.

Im Jahr 2004 verunglückten pro 100 000 Einwohner in Niedersachsen 562 Menschen. Diese Zahl liegt um 3,9 % höher als der Bundeswert von 541 – noch im Jahre 1999 lag der niedersächsische Wert aber sogar um 9,0 % über dem Deutschlandwert. Seitdem sank – trotz überdurchschnittlich steigender Einwohnerzahlen – die Zahl der Verunglückten ebenfalls überdurchschnittlich. Der Grund für die dennoch immer noch leicht überhöhte Zahl der Verunglückten dürfte darin liegen, dass Niedersachsen ein Transitland im Ost-West- und Nord-Süd-Verkehr ist und von daher überdurchschnittlich stark von einem externen und rasch wachsenden Verkehrsaufkommen betroffen ist. Auf jeden Fall dokumentiert sich in der Entwicklung der Verunglücktenzahlen ein erstaunlicher Zugewinn an Verkehrssicherheit.



Fazit

Wie immer, ergibt sich bei Betrachtung aller einzelnen Fakten und Trends ein Gesamtbild der Entwicklung des Landes, das aber in sich nicht widerspruchsfrei ist:

Bezüglich der *Bevölkerungsentwicklung* ist Niedersachsen mittlerweile ein ganz normales Bundesland. Das Land ist in Bezug auf Geburten- und Scheidungshäufigkeit nur noch durchschnittlich; überdurchschnittliche Werte hat es nur noch in der Eheschließungshäufigkeit, und entsprechend niedrige Zahlen weist es bei den Alleinerziehenden auf. Geburten und Zuwanderungen sind im letzten Jahr weiter zurückgegangen, so dass es 2004 eine nur schwache Bevölkerungszunahme von + 0,1 % gab. Es ist absehbar, dass sich diese in den folgenden Jahren weiter abschwächt bis hin zur Abnahme der Bevölkerung.

Dies verweist neben allgemeinen demographischen Trends auf die unterschiedlichen Bedingungen in *Wirtschaft und Arbeitsmarkt* der Bundesländer. Diejenigen Länder, in denen es wirtschaftlich relativ gut läuft und die günstige Arbeitsmarktdaten aufweisen, haben ein im Regionalvergleich hohes Bevölkerungswachstum. Umgekehrt verlieren die wirtschaftlich schwachen Länder vor allem Ostdeutschlands Einwohner. In den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern vor allem Süddeutschlands führen relativ hohe Wachstumsraten der Wirtschaft und eine niedrige Arbeitslosigkeit zu starken Zuwanderungen und auch zu höheren Geburtenraten als im übrigen Deutschland. Hier findet eine tagtägliche Subventionierung der Starken durch die Schwachen statt: Junge, gut ausgebildete Menschen zieht es gen Süden und Südwesten, weil sie dort eher Arbeit finden als in ihrer Heimat.

Niedersachsens *Wachstumsschwäche* blieb im Jahr 2004 erhalten. Im Wirtschaftswachstum blieb das Land hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Der überdurchschnittliche Rückgang der Gesamtausgaben von Land und Gemeinden machte sich an dieser Stelle negativ bemerkbar. Für positive Impulse auf dem Arbeitsmarkt reichte das geringe Wachstum nicht aus. Der Arbeitsplatzabbau vollzieht sich in Niedersachsen derzeit etwas schneller als bun-

desweit, wobei sich eine Veränderung der Beschäftigtenstruktur abzeichnet: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm ab, die der Selbstständigen und Teilzeitbeschäftigten nahm zu.

Die Wirtschaft des Landes ist in einem raschen Internationalisierungsprozess begriffen. Zwar ist das Engagement ausländischer Investoren immer noch unterdurchschnittlich, aber das Exportvolumen nahm seit 1999 um 39 % zu. Das Verdienstniveau ist in Niedersachsen klar unterdurchschnittlich, und dies mag zwar den einen oder anderen Arbeitgeber erfreuen, der Einzelhandel und die Tourismusbranche leiden aber schon heute darunter.

Positive Signale gibt es z.B. im Bereich der öffentlichen Finanzen. Trotz weiter angespannter Lage zeigt sich hier insgesamt eine leichte Verbesserung: Die Steuereinnahmen haben sich deutlich erholt, zugleich sind die Ausgaben gesunken. Allerdings geht das Sparen weiterhin zu Lasten der Investitionen, obwohl nun auch die Personalausgaben nur noch wenig steigen. Die Finanzierungssalden der Länder und Kommunen sind aber in allen Ländern weiterhin negativ, so dass die Kreditmarktschulden erneut steigen. In Niedersachsen führten die erhöhten Steuereinnahmen und der Rückgang der bereinigten Gesamtausgaben zum Sinken des Defizits. Als problematisch für die Zukunft könnten sich die niedrigen Investitionen erweisen.

Hoffnung machen auch insgesamt sechs *Zukunftsindikatoren*: Im Gegensatz zur öffentlichen Hand hat erstens die Industrie bei den Investitionen stark zugelegt. Es gibt zweitens ein starkes Plus bei den Gewerbeanmeldungen und drittens bei den Selbstständigen. Viertens hat die Zahl der Jugendlichen, die die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss verließen, stark abgenommen, dafür stieg umgekehrt fünftens die Abiturientenquote. Und sechstens ist das Qualifikationsniveau der Beschäftigten abermals stark gestiegen – die Erwerbstätigen nehmen zwar an Zahl ab, sind aber immer besser qualifiziert.

Tabellenteil

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil			31.12.04/99	31.12.04/03
	31.12.99	31.12.03	31.12.04	1999	2004	%		
	Anzahl (1 000)			%		Anzahl		
Baden-Württemberg	10 476	10 693	10 717	12,8	13,0	300	+ 2,3	+ 0,2
Bayern	12 155	12 423	12 444	14,8	15,1	176	+ 2,4	+ 0,2
Berlin	3 387	3 388	3 388	4,1	4,1	3 798	+ 0,0	- 0,0
Brandenburg	2 601	2 575	2 568	3,2	3,1	87	- 1,3	- 0,3
Bremen	663	663	663	0,8	0,8	1 642	+ 0,0	+ 0,0
Hamburg	1 705	1 734	1 735	2,1	2,1	2 298	+ 1,8	+ 0,0
Hessen	6 052	6 089	6 098	7,4	7,4	289	+ 0,8	+ 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 789	1 732	1 720	2,2	2,1	74	- 3,9	- 0,7
Niedersachsen	7 899	7 993	8 001	9,6	9,7	168	+ 1,3	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	18 000	18 080	18 075	21,9	21,9	530	+ 0,4	- 0,0
Rheinland-Pfalz	4 031	4 059	4 061	4,9	4,9	205	+ 0,8	+ 0,1
Saarland	1 072	1 061	1 056	1,3	1,3	411	- 1,4	- 0,5
Sachsen	4 460	4 321	4 296	5,4	5,2	233	- 3,7	- 0,6
Sachsen-Anhalt	2 649	2 523	2 494	3,2	3,0	122	- 5,8	- 1,1
Schleswig-Holstein	2 777	2 823	2 829	3,4	3,4	179	+ 1,9	+ 0,2
Thüringen	2 449	2 373	2 355	3,0	2,9	146	- 3,8	- 0,8
Deutschland	82 163	82 532	82 501	100,0	100,0	231	+ 0,4	- 0,0
Westdeutschland	64 829	65 619	65 680	78,9	79,6	264	+ 1,3	+ 0,1
Ostdeutschland	17 335	16 913	16 821	21,1	20,4	155	- 3,0	- 0,5

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06)			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	107 973	97 596	96 655	10,3	9,1	9,0	- 10,5	- 1,0
Bayern	123 244	111 536	111 164	10,2	9,0	8,9	- 9,8	- 0,3
Berlin	29 856	28 723	29 446	8,8	8,5	8,7	- 1,4	+ 2,5
Brandenburg	17 928	17 970	18 148	6,9	7,0	7,1	+ 1,2	+ 1,0
Bremen	6 096	5 577	5 442	9,2	8,4	8,2	- 10,7	- 2,4
Hamburg	16 034	15 916	16 103	9,4	9,2	9,3	+ 0,4	+ 1,2
Hessen	58 996	54 400	54 332	9,8	8,9	8,9	- 7,9	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	12 589	12 782	13 045	7,0	7,4	7,6	+ 3,6	+ 2,1
Niedersachsen	80 483	70 563	70 371	10,2	8,8	8,8	- 12,6	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	176 578	159 883	158 054	9,8	8,8	8,7	- 10,5	- 1,1
Rheinland-Pfalz	38 190	34 083	33 421	9,5	8,4	8,2	- 12,5	- 1,9
Saarland	8 941	7 598	7 660	8,3	7,1	7,2	- 14,3	+ 0,8
Sachsen	31 383	32 079	33 044	7,0	7,4	7,7	+ 5,3	+ 3,0
Sachsen-Anhalt	18 176	16 889	17 337	6,8	6,7	6,9	- 4,6	+ 2,7
Schleswig-Holstein	27 351	24 215	24 090	9,9	8,6	8,5	- 11,9	- 0,5
Thüringen	16 926	16 911	17 310	6,9	7,1	7,3	+ 2,3	+ 2,4
Deutschland	770 744	706 721	705 622	9,4	8,6	8,6	- 8,4	- 0,2
Westdeutschland	643 886	581 367	577 292	10,0	8,9	8,8	- 10,3	- 0,7
Ostdeutschland	126 858	125 354	128 330	7,3	7,4	7,6	+ 1,2	+ 2,4

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	11 040	367	5 009	1,1	0,0	0,5	- 6 031	+ 4 642
Bayern	3 725	- 10 242	- 5 296	0,3	- 0,8	- 0,4	- 9 021	+ 4 946
Berlin	- 5 140	- 4 423	- 2 346	- 1,5	- 1,3	- 0,7	+ 2 794	+ 2 077
Brandenburg	- 8 088	- 8 892	- 7 711	- 3,1	- 3,5	- 3,0	+ 377	+ 1 181
Bremen	- 1 574	- 2 081	- 1 939	- 2,4	- 3,1	- 2,9	- 365	+ 142
Hamburg	- 2 527	- 2 156	- 1 459	- 1,5	- 1,2	- 0,8	+ 1 068	+ 697
Hessen	- 2 058	- 7 108	- 4 175	- 0,3	- 1,2	- 0,7	- 2 117	+ 2 933
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 869	- 4 933	- 4 089	- 2,7	- 2,8	- 2,4	+ 780	+ 844
Niedersachsen	- 2 169	- 14 773	- 11 116	- 0,3	- 1,8	- 1,4	- 8 947	+ 3 657
Nordrhein-Westfalen	- 12 273	- 30 910	- 26 395	- 0,7	- 1,7	- 1,5	- 14 122	+ 4 515
Rheinland-Pfalz	- 4 334	- 9 850	- 8 142	- 1,1	- 2,4	- 2,0	- 3 808	+ 1 708
Saarland	- 3 834	- 5 254	- 4 355	- 3,6	- 4,9	- 4,1	- 521	+ 899
Sachsen	- 19 179	- 18 590	- 15 210	- 4,3	- 4,3	- 3,5	+ 3 969	+ 3 380
Sachsen-Anhalt	- 11 883	- 12 743	- 11 671	- 4,5	- 5,0	- 4,6	+ 212	+ 1 072
Schleswig-Holstein	- 2 759	- 6 328	- 5 739	- 1,0	- 2,2	- 2,0	- 2 980	+ 589
Thüringen	- 9 664	- 9 309	- 8 015	- 3,9	- 3,9	- 3,4	+ 1 649	+ 1 294
Deutschland	- 75 586	- 147 225	- 112 649	- 0,9	- 1,8	- 1,4	- 37 063	+ 34 576
Westdeutschland	- 16 763	- 88 335	- 63 607	- 0,3	- 1,3	- 1,0	- 46 844	+ 24 728
Ostdeutschland	- 58 823	- 58 890	- 49 042	- 3,4	- 3,5	- 2,9	+ 9 781	+ 9 848

4. Wanderungssaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	38 852	31 213	20 065	3,7	2,9	1,9	- 18 787	- 11 148
Bayern	64 694	46 441	25 752	5,3	3,7	2,1	- 38 942	- 20 689
Berlin	- 7 015	477	1 686	-2,1	0,1	0,5	+ 8 701	+ 1 209
Brandenburg	18 920	1 034	808	7,3	0,4	0,3	- 18 112	- 226
Bremen	- 3 326	3 112	2 442	-5,0	4,7	3,7	+ 5 768	- 670
Hamburg	7 173	7 652	2 451	4,2	4,4	1,4	- 4 722	- 5 201
Hessen	18 887	4 579	12 335	3,1	0,8	2,0	- 6 552	+ 7 756
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 498	- 7 560	- 8 584	-2,5	-4,3	-5,0	- 4 086	- 1 024
Niedersachsen	35 089	27 735	19 600	4,5	3,5	2,4	- 15 489	- 8 135
Nordrhein-Westfalen	36 557	34 241	21 888	2,0	1,9	1,2	- 14 669	- 12 353
Rheinland-Pfalz	10 138	10 805	10 445	2,5	2,7	2,6	+ 307	- 360
Saarland	1 112	1 642	- 621	1,0	1,5	-0,6	- 1 733	- 2 263
Sachsen	- 10 662	- 8 998	- 10 144	-2,4	-2,1	-2,4	+ 518	- 1 146
Sachsen-Anhalt	- 13 870	- 13 227	- 16 833	-5,2	-5,2	-6,7	- 2 963	- 3 606
Schleswig-Holstein	13 977	12 983	11 153	5,0	4,6	3,9	- 2 824	- 1 830
Thüringen	- 4 093	- 9 481	- 9 899	-1,7	-4,0	-4,2	- 5 806	- 418
Deutschland	201 935	142 648	82 544	2,5	1,7	1,0	- 119 391	- 60 104
Westdeutschland	223 153	180 403	125 510	3,4	2,8	1,9	- 97 643	- 54 893
Ostdeutschland	- 21 218	- 37 755	- 42 966	-1,2	-2,2	-2,5	- 21 748	- 5 211

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	56 437	50 693	51 382	54,0	47,5	48,0	- 9,0	+ 1,4
Bayern	65 489	59 009	60 712	54,0	47,6	48,9	- 7,3	+ 2,9
Berlin	14 635	12 390	12 569	43,1	36,5	37,1	- 14,1	+ 1,4
Brandenburg	10 219	9 974	11 285	39,4	38,7	43,9	+ 10,4	+ 13,1
Bremen	3 438	3 094	2 950	51,6	46,7	44,5	- 14,2	- 4,7
Hamburg	8 298	6 959	6 793	48,8	40,2	39,1	- 18,1	- 2,4
Hessen	32 621	29 613	29 727	54,0	48,6	48,8	- 8,9	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 029	7 872	9 567	44,7	45,3	55,4	+ 19,2	+ 21,5
Niedersachsen	47 568	40 827	41 794	60,4	51,1	52,2	- 12,1	+ 2,4
Nordrhein-Westfalen	99 645	87 768	88 105	55,4	48,6	48,8	- 11,6	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	22 641	20 123	21 039	56,2	49,6	51,8	- 7,1	+ 4,6
Saarland	6 150	5 141	5 265	57,3	48,4	49,7	- 14,4	+ 2,4
Sachsen	17 145	14 778	16 851	38,3	34,1	39,1	- 1,7	+ 14,0
Sachsen-Anhalt	10 667	9 314	10 748	40,0	36,7	42,8	+ 0,8	+ 15,4
Schleswig-Holstein	18 396	16 984	17 514	66,4	60,3	62,0	- 4,8	+ 3,1
Thüringen	9 296	8 372	9 691	37,9	35,1	41,0	+ 4,2	+ 15,8
Deutschland	430 674	382 911	395 992	52,5	46,4	48,0	- 8,1	+ 3,4
Westdeutschland	360 683	320 211	325 281	55,7	48,8	49,6	- 9,8	+ 1,6
Ostdeutschland	69 991	62 700	70 711	40,3	37,0	41,9	+ 1,0	+ 12,8

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	21 697	25 046	25 129	20,8	23,5	23,5	+ 15,8	+ 0,3
Bayern	25 438	29 992	29 748	21,0	24,2	23,9	+ 16,9	- 0,8
Berlin	10 001	10 102	10 245	29,5	29,8	30,2	+ 2,4	+ 1,4
Brandenburg	5 559	6 107	5 773	21,4	23,7	22,5	+ 3,8	- 5,5
Bremen	1 906	1 797	1 954	28,6	27,1	29,5	+ 2,5	+ 8,7
Hamburg	4 341	4 989	4 892	25,5	28,8	28,2	+ 12,7	- 1,9
Hessen	15 256	16 288	16 573	25,2	26,7	27,2	+ 8,6	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	3 456	3 677	3 940	19,3	21,2	22,8	+ 14,0	+ 7,2
Niedersachsen	18 106	21 921	21 872	23,0	27,4	27,3	+ 20,8	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	45 105	50 962	51 139	25,1	28,2	28,3	+ 13,4	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	9 860	11 567	11 298	24,5	28,5	27,8	+ 14,6	- 2,3
Saarland	2 902	2 867	2 786	27,1	27,0	26,3	- 4,0	- 2,8
Sachsen	8 748	8 946	8 842	19,5	20,6	20,5	+ 1,1	- 1,2
Sachsen-Anhalt	6 080	5 863	5 866	22,8	23,1	23,4	- 3,5	+ 0,1
Schleswig-Holstein	7 175	8 293	8 180	25,9	29,4	29,0	+ 14,0	- 1,4
Thüringen	4 960	5 558	5 454	20,2	23,3	23,1	+ 10,0	- 1,9
Deutschland	190 590	213 975	213 691	23,2	25,9	25,9	+ 12,1	- 0,1
Westdeutschland	151 786	173 722	173 571	23,5	26,5	26,4	+ 14,4	- 0,1
Ostdeutschland	38 804	40 253	40 120	22,3	23,7	23,8	+ 3,4	- 0,3

Erwerbstätigkeit

7. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (April)			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2004	Veränderung insgesamt	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004		04/99	04/03
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	4 843	4 984	4 945	477	504	507	10,3	+ 2,1	- 0,8
Bayern	5 839	5 864	5 827	681	679	693	11,9	- 0,2	- 0,6
Berlin	1 470	1 420	1 411	163	190	202	14,3	- 4,0	- 0,6
Brandenburg	1 165	1 117	1 102	99	104	110	10,0	- 5,4	- 1,3
Bremen	276	271	258	25	24	26	10,1	- 6,5	- 4,8
Hamburg	790	784	777	93	102	101	13,0	- 1,6	- 0,9
Hessen	2 703	2 743	2 702	283	304	306	11,3	- 0,0	- 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	768	725	701	56	62	68	9,7	- 8,7	- 3,3
Niedersachsen	3 396	3 390	3 325	332	343	357	10,7	- 2,1	- 1,9
Nordrhein-Westfalen	7 562	7 515	7 401	703	716	742	10,0	- 2,1	- 1,5
Rheinland-Pfalz	1 775	1 800	1 744	172	183	184	10,6	- 1,7	- 3,1
Saarland	443	426	426	41	40	40	9,4	- 3,8	+ 0,0
Sachsen	1 948	1 809	1 780	174	179	192	10,8	- 8,6	- 1,6
Sachsen-Anhalt	1 089	1 051	1 018	78	80	86	8,4	- 6,5	- 3,1
Schleswig-Holstein	1 236	1 244	1 216	132	141	143	11,8	- 1,6	- 2,3
Thüringen	1 101	1 030	1 027	86	92	95	9,3	- 6,7	- 0,3
Deutschland	36 402	36 172	35 659	3 594	3 744	3 852	10,8	- 2,0	- 1,4
Westdeutschland	28 863	29 021	28 621	2 939	3 036	3 099	10,8	- 0,8	- 1,4
Ostdeutschland	7 541	7 152	7 039	656	707	753	10,7	- 6,7	- 1,6

8. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (April)			Erwerbstätigenquote der weiblichen Gesamtbevölkerung			Veränderung insgesamt	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 095	2 230	2 214	39,3	41,0	40,6	+ 5,7	- 0,7
Bayern	2 550	2 607	2 600	41,1	41,2	41,0	+ 2,0	- 0,3
Berlin	684	668	673	39,2	38,4	38,8	- 1,6	+ 0,7
Brandenburg	526	526	516	40,0	40,4	39,7	- 1,9	- 1,9
Bremen	122	125	118	35,4	36,5	34,5	- 3,3	- 5,6
Hamburg	362	362	354	41,2	40,6	39,7	- 2,2	- 2,2
Hessen	1 166	1 222	1 208	37,8	39,3	38,9	+ 3,6	- 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	339	334	322	37,3	38,1	37,0	- 5,0	- 3,6
Niedersachsen	1 437	1 498	1 458	35,7	36,8	35,7	+ 1,5	- 2,7
Nordrhein-Westfalen	3 138	3 286	3 249	34,0	35,4	35,0	+ 3,5	- 1,1
Rheinland-Pfalz	752	784	759	36,6	38,0	36,7	+ 0,9	- 3,2
Saarland	184	186	185	33,3	34,0	34,0	+ 0,5	- 0,5
Sachsen	879	837	837	38,0	37,6	37,9	- 4,8	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	483	483	470	35,3	37,2	36,6	- 2,7	- 2,7
Schleswig-Holstein	534	562	545	37,7	39,0	37,7	+ 2,1	- 3,0
Thüringen	495	468	471	39,4	38,6	39,2	- 4,8	+ 0,6
Deutschland	15 743	16 176	15 978	37,5	38,4	37,9	+ 1,5	- 1,2
Westdeutschland	12 340	12 862	12 690	37,2	38,4	37,8	+ 2,8	- 1,3
Ostdeutschland	3 406	3 316	3 289	38,2	38,3	38,2	- 3,4	- 0,8

9. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Teilzeitkräfte		Insgesamt je 1 000 Einw.	Veränderung insgesamt		
	1999	2003	2004	2003	2004		04/99	04/03	
	Anzahl (1 000)			%		Anzahl	%		
Baden-Württemberg	3 701	3 787	3 738	590	591	15,8	349,1	+ 1,0	- 1,3
Bayern	4 237	4 333	4 288	691	697	16,3	345,1	+ 1,2	- 1,0
Berlin	1 124	1 065	1 042	194	193	18,5	307,7	- 7,3	- 2,2
Brandenburg	827	733	716	100	103	14,4	278,8	- 13,4	- 2,3
Bremen	279	281	273	51	51	18,7	412,1	- 2,2	- 2,8
Hamburg	740	750	739	125	125	16,9	425,5	- 0,1	- 1,5
Hessen	2 116	2 151	2 113	356	357	16,9	347,1	- 0,1	- 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	601	526	512	72	70	13,7	296,6	- 14,8	- 2,7
Niedersachsen	2 372	2 376	2 341	416	419	17,9	292,6	- 1,3	- 1,5
Nordrhein-Westfalen	5 787	5 736	5 631	886	886	15,7	311,6	- 2,7	- 1,8
Rheinland-Pfalz	1 170	1 175	1 164	205	207	17,8	286,8	- 0,5	- 0,9
Saarland	349	348	345	51	51	14,8	325,8	- 1,1	- 0,9
Sachsen	1 551	1 395	1 369	202	207	15,1	317,9	- 11,7	- 1,9
Sachsen-Anhalt	862	763	745	103	104	14,0	296,7	- 13,6	- 2,4
Schleswig-Holstein	805	793	779	145	146	18,7	275,7	- 3,2	- 1,8
Thüringen	840	741	729	103	103	14,1	308,3	- 13,2	- 1,6
Deutschland	27 361	26 955	26 524	4 288	4 311	16,3	321,5	- 3,1	- 1,6
Westdeutschland	21 556	21 730	21 411	3 516	3 530	16,5	326,2	- 0,7	- 1,5
Ostdeutschland	5 805	5 223	5 113	774	780	15,3	303,2	- 11,9	- 2,1

10. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2000	2004	2005	30.06.00	30.06.04	30.06.05	05/00	05/04
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	266 018	324 666	375 569	5,6	6,6	7,6	+ 41,2	+ 15,7
Bayern	304 172	411 920	475 871	5,6	7,2	8,4	+ 56,4	+ 15,5
Berlin	258 177	297 401	322 806	17,1	19,9	21,9	+ 25,0	+ 8,5
Brandenburg	218 375	249 753	238 360	17,6	20,3	19,5	+ 9,2	- 4,6
Bremen	40 442	42 176	52 818	13,8	14,4	18,3	+ 30,6	+ 25,2
Hamburg	72 555	84 392	102 046	9,6	11,1	13,4	+ 40,6	+ 20,9
Hessen	213 076	243 058	267 217	8,0	8,9	9,8	+ 25,4	+ 9,9
Mecklenburg-Vorpommern	154 059	175 006	176 924	17,9	21,2	21,8	+ 14,8	+ 1,1
Niedersachsen	327 659	357 732	428 212	9,5	10,1	12,2	+ 30,7	+ 19,7
Nordrhein-Westfalen	768 158	880 079	1 032 112	9,8	11,0	12,9	+ 34,4	+ 17,3
Rheinland-Pfalz	135 719	148 128	173 065	7,8	8,2	9,5	+ 27,5	+ 16,8
Saarland	47 842	44 522	53 845	10,6	9,7	11,8	+ 12,5	+ 20,9
Sachsen	367 720	385 482	392 234	17,4	19,0	19,7	+ 6,7	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	263 045	256 817	254 424	20,6	21,3	21,5	- 3,3	- 0,9
Schleswig-Holstein	105 648	132 222	156 198	8,7	10,6	12,6	+ 47,8	+ 18,1
Thüringen	181 665	200 063	202 349	15,4	17,6	18,0	+ 11,4	+ 1,1
Deutschland	3 724 330	4 233 417	4 704 050	10,1	11,3	12,6	+ 26,3	+ 11,1
Westdeutschland	2 281 289	2 668 895	3 116 953	8,0	9,1	10,6	+ 36,6	+ 16,8
Ostdeutschland	1 443 041	1 564 522	1 587 097	17,6	19,8	20,3	+ 10,0	+ 1,4

11. Langzeitarbeitslose und Anteil an der Zahl der Arbeitslosen

Land	Langzeitarbeitslose			Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen			Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen	
	2000	2004	30.06.05	2000	2004	30.06.05	05/00	05/04
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	104 124	101 644	114 041	37,0	29,9	30,4	+ 9,5	+ 12,2
Bayern	108 121	127 793	141 117	31,8	28,4	29,7	+ 30,5	+ 10,4
Berlin	95 803	123 644	126 787	36,2	41,5	39,3	+ 32,3	+ 2,5
Brandenburg	83 337	112 139	111 161	36,8	44,6	46,6	+ 33,4	- 0,9
Bremen	17 979	18 203	19 295	43,7	43,0	36,5	+ 7,3	+ 6,0
Hamburg	28 069	28 029	29 515	37,6	33,2	28,9	+ 5,2	+ 5,3
Hessen	85 580	84 526	95 452	39,8	33,7	35,7	+ 11,5	+ 12,9
Mecklenburg-Vorpommern	49 522	78 641	82 068	30,4	43,0	46,4	+ 65,7	+ 4,4
Niedersachsen	138 916	141 019	160 535	39,6	37,4	37,5	+ 15,6	+ 13,8
Nordrhein-Westfalen	342 931	368 385	411 471	44,1	41,0	39,9	+ 20,0	+ 11,7
Rheinland-Pfalz	50 244	49 191	54 184	36,3	31,7	31,3	+ 7,8	+ 10,2
Saarland	20 557	16 968	18 003	43,0	36,9	33,4	- 12,4	+ 6,1
Sachsen	134 794	179 025	175 351	34,8	45,1	44,7	+ 30,1	- 2,1
Sachsen-Anhalt	97 436	118 595	118 569	35,7	45,0	46,6	+ 21,7	- 0,0
Schleswig-Holstein	40 050	47 323	55 231	35,0	34,3	35,4	+ 37,9	+ 16,7
Thüringen	56 728	86 003	83 062	29,3	41,4	41,0	+ 46,4	- 3,4
Deutschland	1 454 189	1 681 129	1 795 842	37,4	38,4	38,2	+ 23,5	+ 6,8
Westdeutschland	936 570	983 082	1 098 844	39,3	35,3	35,3	+ 17,3	+ 11,8
Ostdeutschland	517 620	698 047	696 998	34,3	43,6	43,9	+ 34,7	- 0,2

12. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2000	2004	2005	30.06.00	30.06.04	30.06.05	05/00	05/04
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	129 518	146 970	179 795	7,3	6,3	7,7	+ 38,8	+ 22,3
Bayern	151 717	192 919	233 843	7,1	7,1	8,6	+ 54,1	+ 21,2
Berlin	110 092	123 877	140 137	15,5	16,9	19,4	+ 27,3	+ 13,1
Brandenburg	114 158	119 057	110 780	20,3	19,7	18,4	- 3,0	- 7,0
Bremen	16 160	15 715	22 900	11,8	11,4	16,8	+ 41,7	+ 45,7
Hamburg	28 672	34 058	45 166	9,5	9,2	12,2	+ 57,5	+ 32,6
Hessen	97 157	104 215	120 079	8,9	8,0	9,3	+ 23,6	+ 15,2
Mecklenburg-Vorpommern	79 351	80 593	80 443	20,0	20,1	20,3	+ 1,4	- 0,2
Niedersachsen	151 164	149 531	191 864	11,3	9,0	11,6	+ 26,9	+ 28,3
Nordrhein-Westfalen	334 222	353 843	455 422	11,1	9,5	12,1	+ 36,3	+ 28,7
Rheinland-Pfalz	63 995	63 913	80 404	9,1	7,5	9,4	+ 25,6	+ 25,8
Saarland	20 077	18 185	25 016	11,2	8,7	11,9	+ 24,6	+ 37,6
Sachsen	195 189	194 931	191 430	20,2	19,7	19,6	- 1,9	- 1,8
Sachsen-Anhalt	140 231	129 290	123 649	23,9	22,0	21,4	- 11,8	- 4,4
Schleswig-Holstein	44 451	53 583	69 446	9,0	8,9	11,6	+ 56,2	+ 29,6
Thüringen	101 372	102 117	100 639	18,2	18,5	18,5	- 0,7	- 1,4
Deutschland	1 777 526	1 882 797	2 171 013	11,8	10,6	12,2	+ 22,1	+ 15,3
Westdeutschland	1 037 133	1 132 932	1 423 935	9,3	8,1	10,2	+ 37,3	+ 25,7
Ostdeutschland	740 393	749 865	747 078	19,6	19,4	19,5	+ 0,9	- 0,4

¹⁾ Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der Bundesagentur für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird.

Wirtschaft und Einkommen

13. Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995)

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	274 796	287 575	292 293	53 372	53 872	54 614	+ 6,4	+ 1,6
Bayern	326 014	350 893	357 592	53 343	56 584	57 442	+ 9,7	+ 1,9
Berlin	72 926	70 489	70 847	47 318	46 557	46 201	- 2,9	+ 0,5
Brandenburg	41 211	41 334	41 716	38 624	40 739	41 073	+ 1,2	+ 0,9
Bremen	20 669	21 396	21 612	54 351	54 954	55 278	+ 4,6	+ 1,0
Hamburg	67 587	72 417	73 467	66 079	70 305	70 827	+ 8,7	+ 1,4
Hessen	174 261	180 780	183 836	59 570	60 569	61 411	+ 5,5	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	27 965	27 313	27 619	36 788	38 361	39 078	- 1,2	+ 1,1
Niedersachsen	166 405	168 533	170 510	48 803	48 461	49 012	+ 2,5	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	426 797	439 566	445 836	52 557	53 341	53 815	+ 4,5	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	85 044	87 170	88 877	49 579	50 026	50 712	+ 4,5	+ 2,0
Saarland	23 253	23 886	24 343	47 001	47 937	48 652	+ 4,7	+ 1,9
Sachsen	70 127	72 388	73 946	35 345	37 731	38 558	+ 5,4	+ 2,2
Sachsen-Anhalt	40 212	41 799	42 291	37 142	41 303	41 867	+ 5,2	+ 1,2
Schleswig-Holstein	59 937	61 427	62 502	49 160	50 713	51 640	+ 4,3	+ 1,8
Thüringen	37 596	38 234	38 813	34 573	37 154	37 600	+ 3,2	+ 1,5
Deutschland	1 914 800	1 985 200	2 016 100	50 296	51 814	52 445	+ 5,3	+ 1,6
Westdeutschland	1 624 763	1 693 644	1 720 868	53 186	54 434	55 110	+ 5,9	+ 1,6
Ostdeutschland	290 037	291 556	295 232	38 556	40 493	40 913	+ 1,8	+ 1,3

14. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
	1999	2003	2004	Landwirtschaft	Prod. Gew.	Dienstleistungen	04/99	04/03
	1 000			2004			%	
Baden-Württemberg	5 148,7	5 338,1	5 352,0	2,0	33,7	64,2	+ 3,9	+ 0,3
Bayern	6 111,7	6 201,2	6 225,2	3,3	29,8	67,0	+ 1,9	+ 0,4
Berlin	1 541,2	1 514,0	1 533,5	0,4	15,0	84,6	- 0,5	+ 1,3
Brandenburg	1 067,0	1 014,6	1 015,7	4,0	24,1	71,9	- 4,8	+ 0,1
Bremen	380,3	389,3	391,0	0,3	22,2	77,5	+ 2,8	+ 0,4
Hamburg	1 022,8	1 030,0	1 037,3	0,5	15,8	83,7	+ 1,4	+ 0,7
Hessen	2 925,3	2 984,7	2 993,5	1,6	23,9	74,5	+ 2,3	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	760,2	712,0	706,8	4,6	20,1	75,3	- 7,0	- 0,7
Niedersachsen	3 409,8	3 477,7	3 478,9	3,5	25,5	71,1	+ 2,0	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	8 120,7	8 240,6	8 284,7	1,5	25,9	72,6	+ 2,0	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	1 715,3	1 742,5	1 752,6	2,9	26,9	70,2	+ 2,2	+ 0,6
Saarland	494,7	498,3	500,3	0,8	29,6	69,6	+ 1,1	+ 0,4
Sachsen	1 984,1	1 918,5	1 917,8	2,5	28,1	69,4	- 3,3	- 0,0
Sachsen-Anhalt	1 082,7	1 012,0	1 010,1	3,4	25,7	70,9	- 6,7	- 0,2
Schleswig-Holstein	1 219,2	1 211,3	1 210,3	3,5	20,5	76,0	- 0,7	- 0,1
Thüringen	1 087,4	1 029,0	1 032,3	2,9	29,9	67,1	- 5,1	+ 0,3
Deutschland	38 071,0	38 314,0	38 442,0	2,3	26,7	71,0	+ 1,0	+ 0,3
Westdeutschland	30 548,5	31 113,8	31 225,9	2,3	27,3	70,4	+ 2,2	+ 0,4
Ostdeutschland	7 522,5	7 200,2	7 216,1	2,7	23,9	73,4	- 4,1	+ 0,2

15. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in Preisen von 1995

Land	Landwirtschaft			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1999	2003	2004	1999	2004			04/99	04/03
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	2 830	2 632	2 780	1,1	1,0	11,2	25 435	- 1,8	+ 5,6
Bayern	4 331	4 386	4 418	1,4	1,3	17,8	21 699	+ 2,0	+ 0,7
Berlin	139	96	99	0,2	0,1	0,4	15 469	- 28,8	+ 3,1
Brandenburg	1 134	933	1 079	2,9	2,7	4,4	26 317	- 4,9	+ 15,6
Bremen	44	40	40	0,2	0,2	0,2	30 769	- 9,1	+ 0,0
Hamburg	164	133	137	0,3	0,2	0,6	26 346	- 16,5	+ 3,0
Hessen	1 141	1 097	1 107	0,7	0,6	4,5	23 603	- 3,0	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 187	1 249	1 311	4,5	4,9	5,3	40 336	+ 10,4	+ 5,0
Niedersachsen	4 086	4 128	4 144	2,6	2,5	16,7	34 447	+ 1,4	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	3 551	3 570	3 578	0,9	0,8	14,5	28 855	+ 0,8	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	1 405	1 351	1 464	1,7	1,7	5,9	28 538	+ 4,2	+ 8,4
Saarland	83	70	69	0,4	0,3	0,3	17 692	- 16,9	- 1,4
Sachsen	1 097	1 030	1 142	1,6	1,6	4,6	24 093	+ 4,1	+ 10,9
Sachsen-Anhalt	1 289	1 073	1 203	3,4	2,9	4,9	35 073	- 6,7	+ 12,1
Schleswig-Holstein	1 405	1 434	1 360	2,5	2,2	5,5	32 151	- 3,2	- 5,2
Thüringen	875	807	829	2,4	2,2	3,3	27 344	- 5,3	+ 2,7
Deutschland	24 760	24 030	24 760	1,4	1,3	100,0	27 511	+ 0,0	+ 3,0
Westdeutschland	19 040	18 841	19 097	1,2	1,1	77,1	26 969	+ 0,3	+ 1,4
Ostdeutschland	5 721	5 188	5 662	2,1	2,0	22,9	29 505	- 1,0	+ 9,1

16. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Preisen von 1995

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1999	2003	2004	1999	2004			04/99	04/03
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	96 015	98 749	101 423	36,7	35,8	18,4	56 184	+ 5,6	+ 2,7
Bayern	94 725	97 715	101 535	30,5	29,3	18,5	54 783	+ 7,2	+ 3,9
Berlin	14 279	11 842	11 837	20,6	17,2	2,2	51 465	- 17,1	- 0,0
Brandenburg	11 362	10 233	10 404	28,9	25,7	1,9	42 500	- 8,4	+ 1,7
Bremen	5 459	5 409	5 477	27,7	26,1	1,0	63 172	+ 0,3	+ 1,3
Hamburg	10 939	12 766	12 777	17,0	17,9	2,3	77 814	+ 16,8	+ 0,1
Hessen	40 141	40 311	41 498	24,2	23,3	7,5	57 990	+ 3,4	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 061	4 963	5 120	22,8	19,1	0,9	36 082	- 15,5	+ 3,2
Niedersachsen	48 525	46 489	47 628	30,6	28,8	8,7	53 726	- 1,8	+ 2,5
Nordrhein-Westfalen	119 096	116 871	120 379	29,3	27,9	21,9	56 079	+ 1,1	+ 3,0
Rheinland-Pfalz	26 208	26 235	27 207	32,4	31,6	4,9	57 728	+ 3,8	+ 3,7
Saarland	6 806	6 584	6 976	30,7	29,6	1,3	47 135	+ 2,5	+ 6,0
Sachsen	20 549	20 340	21 710	30,8	30,3	3,9	40 226	+ 5,6	+ 6,7
Sachsen-Anhalt	11 093	11 025	11 378	29,0	27,8	2,1	43 846	+ 2,6	+ 3,2
Schleswig-Holstein	13 523	12 311	12 930	23,7	21,3	2,4	52 053	- 4,4	+ 5,0
Thüringen	10 818	11 326	11 851	30,2	31,5	2,2	38 340	+ 9,5	+ 4,6
Deutschland	535 600	533 170	550 130	29,4	28,1	100,0	53 666	+ 2,7	+ 3,2
Westdeutschland	461 437	463 440	477 830	29,8	28,6	86,9	56 045	+ 3,6	+ 3,1
Ostdeutschland	74 162	69 729	72 300	26,8	25,3	13,1	41 913	- 2,5	+ 3,7

17. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in Preisen von 1995

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1999	2003	2004	1999	2004			04/99	04/03
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	162 852	176 585	179 148	62,2	63,2	13,0	52 114	+ 10,0	+ 1,5
Bayern	211 416	237 067	240 699	68,1	69,4	17,4	57 745	+ 13,9	+ 1,5
Berlin	55 031	56 196	56 744	79,2	82,6	4,1	43 746	+ 3,1	+ 1,0
Brandenburg	26 751	28 786	28 956	68,2	71,6	2,1	39 671	+ 8,2	+ 0,6
Bremen	14 180	15 233	15 433	72,0	73,7	1,1	50 932	+ 8,8	+ 1,3
Hamburg	53 262	57 100	58 305	82,7	81,9	4,2	67 179	+ 9,5	+ 2,1
Hessen	124 672	133 332	135 607	75,1	76,1	9,8	60 783	+ 8,8	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	19 383	20 187	20 344	72,8	76,0	1,5	38 212	+ 5,0	+ 0,8
Niedersachsen	105 861	112 285	113 522	66,8	68,7	8,2	45 919	+ 7,2	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	283 804	304 438	308 238	69,8	71,3	22,3	51 253	+ 8,6	+ 1,2
Rheinland-Pfalz	53 377	56 672	57 487	65,9	66,7	4,2	46 741	+ 7,7	+ 1,4
Saarland	15 255	16 435	16 553	68,9	70,1	1,2	47 525	+ 8,5	+ 0,7
Sachsen	45 138	48 599	48 833	67,6	68,1	3,5	36 700	+ 8,2	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	25 913	28 304	28 417	67,7	69,3	2,1	39 666	+ 9,7	+ 0,4
Schleswig-Holstein	42 152	45 629	46 300	73,8	76,4	3,4	50 343	+ 9,8	+ 1,5
Thüringen	24 112	24 822	24 946	67,3	66,3	1,8	36 008	+ 3,5	+ 0,5
Deutschland	1 263 160	1 361 670	1 379 530	69,3	70,6	100,0	50 549	+ 9,2	+ 1,3
Westdeutschland	1 066 831	1 154 776	1 171 292	68,9	70,2	84,9	53 260	+ 9,8	+ 1,4
Ostdeutschland	196 328	206 894	208 240	71,1	72,8	15,1	39 296	+ 6,1	+ 0,7

18. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	1999	2003	2004	1999	2004 ¹⁾	04/99	04/03
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 043	3 235	3 190	50,4	78,6	+ 56,1	- 1,4
Bayern	3 044	4 818	4 564	60,9	88,6	+ 49,9	- 5,3
Berlin	2 137	2 161	1 902	194,4	170,9	- 11,0	- 12,0
Brandenburg	1 317	1 195	1 259	171,5	162,0	- 4,4	+ 5,4
Bremen	201	297	324	93,6	149,7	+ 61,2	+ 9,1
Hamburg	576	1 010	896	75,6	115,8	+ 55,6	- 11,3
Hessen	1 864	2 337	2 383	81,8	102,9	+ 27,8	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	838	1 107	1 029	168,5	205,6	+ 22,8	- 7,0
Niedersachsen	2 103	3 115	3 166	85,8	127,2	+ 50,5	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	5 007	11 393	12 012	81,0	193,7	+ 139,9	+ 5,4
Rheinland-Pfalz	851	1 549	1 557	57,2	104,2	+ 83,0	+ 0,5
Saarland	265	410	407	78,2	120,5	+ 53,6	- 0,7
Sachsen	2 488	2 430	2 344	185,0	173,5	- 5,8	- 3,5
Sachsen-Anhalt	1 549	1 803	1 675	230,6	256,7	+ 8,1	- 7,1
Schleswig-Holstein	818	1 420	1 516	83,0	151,3	+ 85,3	+ 6,8
Thüringen	1 375	1 040	989	188,1	136,6	- 28,1	- 4,9
Deutschland	26 476	39 320	39 213	91,7	134,5	+ 48,1	- 0,3
Westdeutschland	16 772	29 584	30 015	70,6	124,9	+ 79,0	+ 1,5
Ostdeutschland	9 704	9 736	9 198	189,8	179,7	- 5,2	- 5,5

¹⁾ Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2003.

19. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU) ¹⁾			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	1999	2002	2003	1999	2002	2003	03/99	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	405 554	409 401	405 797	404 403	408 038	404 439	+ 0,1	- 0,9
Bayern	499 689	514 242	514 871	498 511	512 922	513 542	+ 3,0	+ 0,1
Berlin	109 908	111 039	111 301	109 706	110 849	111 111	+ 1,3	+ 0,2
Brandenburg	76 790	77 430	77 705	76 727	77 368	77 637	+ 1,2	+ 0,4
Bremen	21 469	21 672	21 650	21 363	21 547	21 515	+ 0,8	- 0,1
Hamburg	76 211	77 532	77 408	75 854	77 130	76 999	+ 1,6	- 0,2
Hessen	227 759	232 246	231 692	227 082	231 512	230 970	+ 1,7	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	49 744	50 315	50 044	49 704	50 273	50 000	+ 0,6	- 0,5
Niedersachsen	245 037	249 803	248 860	244 439	249 120	248 146	+ 1,6	- 0,4
Nordrhein-Westfalen	618 186	625 283	620 065	616 281	623 155	617 919	+ 0,3	- 0,8
Rheinland-Pfalz	148 670	150 707	149 398	148 390	150 415	149 103	+ 0,5	- 0,9
Saarland	33 880	33 871	33 780	33 788	33 784	33 690	- 0,3	- 0,3
Sachsen	134 512	134 007	135 082	134 430	133 891	134 969	+ 0,4	+ 0,8
Sachsen-Anhalt	67 159	65 618	65 240	67 104	65 558	65 174	- 2,9	- 0,6
Schleswig-Holstein	98 603	100 860	100 214	98 370	100 591	99 951	+ 1,6	- 0,6
Thüringen	73 097	72 544	72 375	73 057	72 489	72 320	- 1,0	- 0,2
Deutschland	2 886 268	2 926 570	2 915 482	2 879 209	2 918 642	2 907 485	+ 1,0	- 0,4
Westdeutschland	2 375 058	2 415 617	2 403 735	2 368 481	2 408 214	2 396 274	+ 1,2	- 0,5
Ostdeutschland	511 210	510 953	511 747	510 728	510 428	511 211	+ 0,1	+ 0,2

20. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € ¹⁾			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a.d. Lieferungen u. Leistungen 2003
	1999	2002	2003	1999	2002	2003	03/99	03/02	
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	610 485	683 527	693 126	264 733	266 852	264 327	+ 13,5	+ 1,4	38,1
Bayern	624 813	691 662	709 965	291 274	297 298	294 475	+ 13,6	+ 2,6	41,5
Berlin	103 588	111 217	110 502	50 285	47 213	46 880	+ 6,7	- 0,6	42,4
Brandenburg	49 988	50 115	50 486	36 591	34 927	35 238	+ 1,0	+ 0,7	69,8
Bremen	43 562	49 618	51 584	19 356	19 164	18 816	+ 18,4	+ 4,0	36,5
Hamburg	220 035	274 438	272 460	56 480	56 007	54 970	+ 23,8	- 0,7	20,2
Hessen	363 934	370 573	371 698	138 924	138 955	135 714	+ 2,1	+ 0,3	36,5
Mecklenburg-Vorpommern	31 894	31 997	31 556	26 414	25 276	24 917	- 1,1	- 1,4	79,0
Niedersachsen	334 710	372 022	378 467	161 409	159 864	160 197	+ 13,1	+ 1,7	42,3
Nordrhein-Westfalen	1 061 957	1 150 373	1 105 156	421 459	418 502	411 423	+ 4,1	- 3,9	37,2
Rheinland-Pfalz	145 509	152 927	151 554	78 370	80 026	79 573	+ 4,2	- 0,9	52,5
Saarland	36 668	39 474	41 372	19 135	18 994	19 276	+ 12,8	+ 4,8	46,6
Sachsen	79 002	80 689	86 034	65 119	60 511	62 746	+ 8,9	+ 6,6	72,9
Sachsen-Anhalt	44 737	41 048	42 521	35 058	33 038	33 182	- 5,0	+ 3,6	78,0
Schleswig-Holstein	101 999	110 323	107 942	58 482	58 178	57 810	+ 5,8	- 2,2	53,6
Thüringen	44 432	42 558	43 652	37 458	35 237	35 494	- 1,8	+ 2,6	81,3
Deutschland	3 897 312	4 252 562	4 248 074	1 760 548	1 750 043	1 735 037	+ 9,0	- 0,1	40,8
Westdeutschland	3 543 670	3 894 938	3 883 323	1 509 624	1 513 841	1 496 580	+ 9,6	- 0,3	38,5
Ostdeutschland	353 642	357 625	364 751	250 925	236 203	238 457	+ 3,1	+ 2,0	65,4

¹⁾ bis 1999 weniger als 100 Mio. DM.

21. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz						Veränderung des Gesamtumsatzes	
	insgesamt			darunter Ausland			04/99	04/03
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	%	
Mio. €								
Baden-Württemberg	216 010	241 544	251 442	84 012	104 656	113 081	+16,4	+4,1
Bayern	222 264	261 396	280 844	84 115	115 555	126 142	+26,4	+7,4
Berlin	30 337	30 015	30 556	6 409	7 497	8 919	+0,7	+1,8
Brandenburg	14 657	16 909	17 889	2 373	3 342	3 704	+22,1	+5,8
Bremen	17 679	20 676	20 898	8 764	10 795	11 190	+18,2	+1,1
Hamburg	48 190	68 803	64 266	8 183	10 203	11 852	+33,4	-6,6
Hessen	78 396	84 005	86 586	26 289	34 430	36 397	+10,4	+3,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 442	8 489	8 925	834	2 087	1 754	+38,5	+5,1
Niedersachsen	123 600	138 524	146 626	46 458	55 731	59 905	+ 18,6	+ 5,8
Nordrhein-Westfalen	274 880	287 194	308 303	89 972	103 146	116 095	+12,2	+7,4
Rheinland-Pfalz	58 152	63 031	66 090	23 878	28 427	30 254	+13,7	+4,9
Saarland	17 359	18 045	20 636	6 752	7 008	8 759	+18,9	+14,4
Sachsen	28 287	37 320	40 721	6 903	10 701	12 284	+44,0	+9,1
Sachsen-Anhalt	16 306	23 393	25 964	2 139	4 639	5 547	+59,2	+11,0
Schleswig-Holstein	27 232	27 533	30 278	8 508	9 709	11 681	+11,2	+10,0
Thüringen	16 521	21 665	23 345	3 083	5 540	6 401	+41,3	+7,8
Deutschland	1 196 314	1 348 542	1 423 369	408 672	513 467	563 965	+ 19,0	+ 5,5
Westdeutschland	1 083 762	1 210 751	1 275 969	386 931	479 660	525 356	+17,7	+5,4
Ostdeutschland	112 550	137 791	147 400	21 741	33 806	38 609	+31,0	+7,0

22. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet			Veränderung	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	11 519	9 896	9 154	10,9	11,7	11,5	-20,5	-7,5
Bayern	17 726	16 159	15 251	16,8	19,2	19,1	-14,0	-5,6
Berlin	4 109	2 501	2 246	3,9	3,0	2,8	-45,3	-10,2
Brandenburg	5 210	3 705	3 433	4,9	4,4	4,3	-34,1	-7,3
Bremen	788	587	583	0,7	0,7	0,7	-26,1	-0,7
Hamburg	2 053	1 659	1 506	1,9	2,0	1,9	-26,6	-9,2
Hessen	6 583	5 637	5 313	6,2	6,7	6,6	-19,3	-5,7
Mecklenburg-Vorpommern	3 061	2 001	1 841	2,9	2,4	2,3	-39,8	-8,0
Niedersachsen	10 086	8 601	7 939	9,6	10,2	9,9	-21,3	-7,7
Nordrhein-Westfalen	17 505	13 658	13 564	16,6	16,2	17,0	-22,5	-0,7
Rheinland-Pfalz	4 446	4 021	4 158	4,2	4,8	5,2	-6,5	+3,4
Saarland	1 181	993	988	1,1	1,2	1,2	-16,3	-0,5
Sachsen	8 573	6 292	5 865	8,1	7,5	7,3	-31,6	-6,8
Sachsen-Anhalt	5 240	3 406	3 037	5,0	4,0	3,8	-42,0	-10,8
Schleswig-Holstein	3 176	2 311	2 278	3,0	2,7	2,9	-28,3	-1,4
Thüringen	4 094	2 872	2 769	3,9	3,4	3,5	-32,4	-3,6
Deutschland	105 350	84 269	79 923	100,0	100,0	100,0	-24,1	-5,2
Westdeutschland	75 063	63 522	60 734	71,3	75,4	76,0	-19,1	-4,4
Ostdeutschland	30 286	20 777	19 191	28,7	24,7	24,0	-36,6	-7,6

23. Gästeübernachtungen

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt	
	insgesamt			darunter von Auslandsgästen			04/99	04/03
	1999	2003	2004	1999	2003	2004		
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	40 545	39 919	40 023	5 478	5 824	6 298	-1,3	+0,3
Bayern	75 040	73 981	73 661	9 106	9 493	10 426	-1,8	-0,4
Berlin	9 593	11 425	13 260	2 596	3 390	4 225	+38,2	+16,1
Brandenburg	8 616	9 288	9 257	436	514	552	+7,4	-0,3
Bremen ¹⁾	1 249	1 282	1 422	278	260	304	.	.
Hamburg ¹⁾	4 655	5 407	5 946	1 024	1 093	1 231	.	.
Hessen	25 023	24 931	24 853	4 598	4 636	5 030	-0,7	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	18 954	25 950	24 395	381	621	625	+28,7	-6,0
Niedersachsen	35 762	35 440	34 489	2 001	2 185	2 187	-3,6	-2,7
Nordrhein-Westfalen	36 485	36 606	37 690	5 832	6 172	6 737	+3,3	+3,0
Rheinland-Pfalz	19 645	19 882	19 827	4 341	4 497	4 508	+0,9	-0,3
Saarland	2 146	2 192	2 167	212	243	250	+1,0	-1,1
Sachsen	13 907	14 700	15 233	780	968	1 088	+9,5	+3,6
Sachsen-Anhalt	5 672	5 667	5 874	292	314	353	+3,6	+3,7
Schleswig-Holstein	23 002	23 276	22 133	830	1 016	1 038	-3,8	-4,9
Thüringen	8 999	8 591	8 538	465	456	523	-5,1	-0,6
Deutschland	329 362	338 414	338 769	38 664	41 699	45 374	+2,9	+0,1
Westdeutschland	263 621	262 793	262 212	33 714	35 436	38 008	-0,5	-0,2
Ostdeutschland	65 741	75 622	76 557	4 951	6 263	7 366	+16,5	+1,2

¹⁾ Daten für Hamburg und Bremen in den Berichtsjahren 1999 und 2003 ohne Übernachtungen auf Campingplätzen; in den Werten für Deutschland und Westdeutschland sind diese enthalten.

24. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2004	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	1999	2003	2004		04/99	04/03
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	84 803	107 682	114 323	15,6	+34,8	+6,2
Bayern	80 959	106 702	118 035	16,1	+45,8	+10,6
Berlin	7 445	9 137	9 993	1,4	+34,2	+9,4
Brandenburg	3 408	5 098	5 465	0,7	+60,4	+7,2
Bremen	7 959	10 737	11 930	1,6	+49,9	+11,1
Hamburg	17 161	19 667	20 995	2,9	+22,3	+6,8
Hessen	26 671	34 278	37 185	5,1	+39,4	+8,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 461	2 926	2 994	0,4	+104,9	+2,3
Niedersachsen	40 631	51 285	56 488	7,7	+39,0	+10,1
Nordrhein-Westfalen	96 771	120 698	131 941	18,0	+36,3	+9,3
Rheinland-Pfalz	22 468	28 591	31 661	4,3	+40,9	+10,7
Saarland	7 841	9 493	10 493	1,4	+33,8	+10,5
Sachsen	8 877	15 144	16 215	2,2	+82,7	+7,1
Sachsen-Anhalt	2 941	5 381	6 143	0,8	+108,9	+14,2
Schleswig-Holstein	10 338	11 668	14 543	2,0	+40,7	+24,6
Thüringen	3 234	6 323	7 382	1,0	+128,3	+16,7
Deutschland ¹⁾	509 982	664 392	733 392	100,0	+43,8	+10,4
Westdeutschland	395 602	500 801	547 594	74,7	+38,4	+9,3
Ostdeutschland	27 366	44 009	48 192	6,6	+76,1	+9,5

¹⁾ Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

25. Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmer(in) im Januar			Veränderung	
	2000	2004	2005	05/00	05/04
	€			%	
Baden-Württemberg	2 763	3 094	3 165	+ 14,6	+ 2,3
Bayern	2 670	3 036	3 104	+ 16,3	+ 2,2
Berlin	2 657	2 972	3 083	+ 16,0	+ 3,7
Brandenburg	1 976	2 251	2 292	+ 16,0	+ 1,8
Bremen	2 840	3 086	3 176	+ 11,8	+ 2,9
Hamburg	2 995	3 446	3 511	+ 17,2	+ 1,9
Hessen	2 815	3 208	3 256	+ 15,7	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 896	2 065	2 133	+ 12,5	+ 3,3
Niedersachsen	2 573	2 864	2 894	+ 12,5	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	2 703	2 971	3 039	+ 12,4	+ 2,3
Rheinland-Pfalz	2 586	2 928	2 948	+ 14,0	+ 0,7
Saarland	2 514	2 823	2 894	+ 15,1	+ 2,5
Sachsen	1 918	2 158	2 190	+ 14,2	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	1 904	2 195	2 241	+ 17,7	+ 2,1
Schleswig-Holstein	2 502	2 784	2 892	+ 15,6	+ 3,9
Thüringen	1 857	2 076	2 123	+ 14,4	+ 2,3
Deutschland	2 612	2 933	2 995	+ 14,7	+ 2,1
Westdeutschland ¹⁾	2 700	3 025	3 087	+ 14,3	+ 2,0
Ostdeutschland ²⁾	1 935	2 191	2 236	+ 15,6	+ 2,1

26. Bruttomonatsverdienste der weiblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmerin im Januar			Veränderung		Abstand zu den männlichen Arbeitnehmern		
	2000	2004	2005	05/00	05/04	2000	2004	2005
	€			%		%		
Baden-Württemberg	2 229	2 504	2 561	+ 14,9	+ 2,3	- 24,6	- 24,0	- 23,9
Bayern	2 180	2 509	2 566	+ 17,7	+ 2,3	- 23,6	- 22,0	- 21,8
Berlin	2 401	2 643	2 773	+ 15,5	+ 4,9	- 13,6	- 16,3	- 14,7
Brandenburg	1 853	2 118	2 173	+ 17,2	+ 2,6	- 8,5	- 8,4	- 7,4
Bremen	2 285	2 499	2 538	+ 11,1	+ 1,6	- 23,5	- 22,4	- 21,2
Hamburg	2 530	2 930	3 005	+ 18,8	+ 2,6	- 21,4	- 20,0	- 19,4
Hessen	2 405	2 802	2 852	+ 18,6	+ 1,8	- 18,9	- 16,4	- 15,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 803	1 957	1 983	+ 10,0	+ 1,3	- 6,6	- 7,5	- 10,0
Niedersachsen	2 100	2 354	2 398	+ 14,2	+ 1,9	- 22,7	- 21,7	- 20,9
Nordrhein-Westfalen	2 270	2 515	2 580	+ 13,6	+ 2,6	- 19,8	- 19,1	- 18,7
Rheinland-Pfalz	2 159	2 482	2 533	+ 17,3	+ 2,1	- 20,8	- 18,9	- 17,4
Saarland	2 016	2 274	2 317	+ 15,0	+ 1,9	- 23,9	- 22,9	- 23,4
Sachsen	1 753	1 944	1 969	+ 12,3	+ 1,3	- 11,9	- 13,9	- 13,9
Sachsen-Anhalt	1 812	2 038	2 078	+ 14,7	+ 2,0	- 6,3	- 9,7	- 9,9
Schleswig-Holstein	2 073	2 348	2 462	+ 18,8	+ 4,9	- 22,4	- 20,4	- 19,4
Thüringen	1 645	1 858	1 897	+ 15,3	+ 2,1	- 15,4	- 14,8	- 14,9
Deutschland	2 181	2 460	2 518	+ 15,5	+ 2,4	- 21,1	- 20,5	- 20,1
Westdeutschland ¹⁾	2 237	2 531	2 591	+ 15,8	+ 2,4	- 21,7	- 20,5	- 20,1
Ostdeutschland ²⁾	1 793	2 018	2 056	+ 14,7	+ 1,9	- 10,0	- 11,1	- 11,3

¹⁾ Einschl. Berlin-West. – ²⁾ Einschl. Berlin-Ost.

Innovation

27. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen				Darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	1999	2003	2004		2000	2004	04/99	04/03
	Anzahl			je 1 000 Einw.	Anzahl			
Baden-Württemberg	96 678	101 975	116 463	10,9	71 954	96 250	+ 20,5	+ 14,2
Bayern	127 234	133 107	158 844	12,8	94 523	132 800	+ 24,8	+ 19,3
Berlin	35 346	37 374	47 158	13,9	28 344	41 744	+ 33,4	+ 26,2
Brandenburg	24 163	24 012	30 163	11,7	18 964	26 029	+ 24,8	+ 25,6
Bremen	5 296	5 822	6 912	10,4	4 466	5 928	+ 30,5	+ 18,7
Hamburg	19 027	19 992	21 914	12,6	15 016	19 423	+ 15,2	+ 9,6
Hessen	66 216	67 046	79 629	13,1	50 756	66 485	+ 20,3	+ 18,8
Mecklenburg-Vorpommern	16 027	16 236	20 407	11,8	12 595	18 420	+ 27,3	+ 25,7
Niedersachsen	67 437	72 099	84 472	10,6	51 656	71 565	+ 25,3	+ 17,2
Nordrhein-Westfalen	160 897	170 712	201 935	11,2	127 556	173 696	+ 25,5	+ 18,3
Rheinland-Pfalz	38 084	39 338	46 550	11,5	30 585	39 963	+ 22,2	+ 18,3
Saarland	8 407	8 761	10 209	9,6	6 671	8 783	+ 21,4	+ 16,5
Sachsen	43 714	41 952	49 171	11,4	32 355	43 564	+ 12,5	+ 17,2
Sachsen-Anhalt	21 797	19 645	25 071	10,0	15 851	22 833	+ 15,0	+ 27,6
Schleswig-Holstein	28 761	31 587	36 359	12,9	22 620	30 026	+ 26,4	+ 15,1
Thüringen	21 851	21 050	25 276	10,7	16 783	22 011	+ 15,7	+ 20,1
Deutschland	780 935	810 706	960 533	11,6	600 695	819 520	+ 23,0	+ 18,5
Westdeutschland	618 037	650 439	763 287	11,6	475 803	644 919	+ 23,5	+ 17,3
Ostdeutschland	162 898	160 269	197 246	11,7	124 892	174 601	+ 21,1	+ 23,1

28. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				Darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	1999	2003	2004		2000	2004	04/99	04/03
	Anzahl			je 1 000 Einw.	Anzahl			
Baden-Württemberg	90 627	86 112	88 298	8,2	62 261	65 777	- 2,6	+ 2,5
Bayern	112 413	101 071	107 010	8,6	69 356	79 704	- 4,8	+ 5,9
Berlin	33 780	29 654	30 404	9,0	24 177	24 856	- 10,0	+ 2,5
Brandenburg	21 245	17 058	18 245	7,1	16 126	14 038	- 14,1	+ 7,0
Bremen	4 731	4 636	5 164	7,8	3 805	4 185	+ 9,2	+ 11,4
Hamburg	15 834	13 964	13 540	7,8	10 853	11 360	- 14,5	- 3,0
Hessen	62 488	57 612	59 454	9,8	44 482	45 378	- 4,9	+ 3,2
Mecklenburg-Vorpommern	14 081	14 232	14 169	8,2	12 864	12 040	+ 0,6	- 0,4
Niedersachsen	58 548	56 376	59 758	7,5	42 221	47 471	+ 2,1	+ 6,0
Nordrhein-Westfalen	146 547	143 085	147 225	8,1	102 493	118 677	+ 0,5	+ 2,9
Rheinland-Pfalz	32 738	31 896	33 579	8,3	24 090	26 783	+ 2,6	+ 5,3
Saarland	7 473	7 447	7 800	7,4	5 644	6 424	+ 4,4	+ 4,7
Sachsen	37 968	32 600	32 630	7,6	30 319	26 933	- 14,1	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	21 939	16 499	17 688	7,0	17 134	15 752	- 19,4	+ 7,2
Schleswig-Holstein	25 684	23 654	24 336	8,6	17 980	18 493	- 5,2	+ 2,9
Thüringen	20 667	17 227	18 346	7,8	15 834	14 677	- 11,2	+ 6,5
Deutschland	706 763	653 123	677 646	8,2	499 639	532 548	- 4,1	+ 3,8
Westdeutschland	557 083	525 853	546 164	8,3	383 185	424 252	- 2,0	+ 3,9
Ostdeutschland	149 680	127 270	131 482	7,8	116 454	108 296	- 12,2	+ 3,3

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt		je Beschäft.		03/98	03/02
	1998	2002	2003			
	Mio. €	€	€	€	%	
Baden-Württemberg	8 157,6	8 924,9	9 181,3	7 463	+12,5	+2,9
Bayern	8 960,1	9 761,9	9 178,5	7 773	+2,4	-6,0
Berlin	976,3	888,3	870,7	8 150	-10,8	-2,0
Brandenburg	1 037,4	872,0	686,6	7 905	-33,8	-21,3
Bremen	415,8	497,1	506,7	8 139	+21,9	+1,9
Hamburg	877,5	830,8	1 040,7	10 688	+18,6	+25,3
Hessen	3 221,1	3 108,5	2 686,2	6 162	-16,6	-13,6
Mecklenburg-Vorpommern	374,8	350,7	368,4	7 570	-1,7	+5,0
Niedersachsen	4 511,9	4 646,7	5 062,4	9 387	+ 12,2	+ 8,9
Nordrhein-Westfalen	10 342,5	9 787,8	8 835,9	6 568	-14,6	-9,7
Rheinland-Pfalz	2 616,7	2 801,0	2 126,5	7 369	-18,7	-24,1
Saarland	1 289,3	1 029,1	1 417,6	13 942	+10,0	+37,8
Sachsen	2 752,6	2 574,9	2 697,3	12 040	-2,0	+4,8
Sachsen-Anhalt	1 833,2	1 220,9	1 392,3	12 723	-24,0	+14,0
Schleswig-Holstein	896,4	769,9	691,8	5 251	-22,8	-10,1
Thüringen	1 108,9	1 192,1	994,4	6 910	-10,3	-16,6
Deutschland	49 372,0	49 256,6	47 737,3	7 784	- 3,3	- 3,1
Westdeutschland	41 288,8	42 157,7	40 727,6	7 524	-1,4	-3,4
Ostdeutschland	8 083,1	7 098,9	7 009,7	9 739	-13,3	-1,3

30. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Veränderung	
	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			%	
Baden-Württemberg	30 449	59 974	66 813	+ 119,4	+ 11,4
Bayern	24 680	63 805	67 401	+ 173,1	+ 5,6
Berlin	7 031	12 348	14 117	+ 100,8	+ 14,3
Brandenburg	1 126	1 095	1 113	- 1,2	+ 1,6
Bremen	1 904	3 873	4 227	+ 122,0	+ 9,1
Hamburg	17 687	49 867	46 948	+ 165,4	- 5,9
Hessen	51 815	94 889	104 494	+ 101,7	+ 10,1
Mecklenburg-Vorpommern	697	1 119	1 229	+ 76,2	+ 9,8
Niedersachsen	10 451	11 554	12 843	+ 22,9	+ 11,2
Nordrhein-Westfalen	59 016	185 940	183 412	+ 210,8	- 1,4
Rheinland-Pfalz	4 134	11 431	10 937	+ 164,5	- 4,3
Saarland	1 026	1 540	1 960	+ 91,0	+ 27,3
Sachsen	948	1 839	1 420	+ 49,8	- 22,8
Sachsen-Anhalt	2 838	3 565	3 554	+ 25,2	- 0,3
Schleswig-Holstein	4 095	9 208	9 066	+ 121,4	- 1,5
Thüringen	551	988	1 141	+ 107,0	15,5
Deutschland	218 449	513 034	530 674	+ 142,9	+ 3,4
Westdeutschland	205 257	492 081	508 101	+ 147,5	+ 3,3
Ostdeutschland	13 192	20 954	22 574	+ 71,1	+ 7,7

31. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 728	13 888	12 856	112	130	120	+ 9,6	- 7,4
Bayern	12 873	14 279	13 449	106	115	108	+ 4,5	- 5,8
Berlin	1 304	1 101	905	38	32	27	- 30,6	- 17,8
Brandenburg	380	386	347	15	15	14	- 8,7	- 10,1
Bremen	166	164	172	25	25	26	+ 3,6	+ 4,9
Hamburg	957	998	994	56	58	57	+ 3,9	- 0,4
Hessen	4 240	3 981	3 783	70	65	62	- 10,8	- 5,0
Mecklenburg-Vorpommern	215	231	205	12	13	12	- 4,7	- 11,3
Niedersachsen	3 383	2 983	2 813	43	37	35	- 16,8	- 5,7
Nordrhein-Westfalen	10 094	8 796	7 830	56	49	43	- 22,4	- 11,0
Rheinland-Pfalz	2 666	2 531	2 139	66	62	53	- 19,8	- 15,5
Saarland	296	330	347	28	31	33	+ 17,2	+ 5,2
Sachsen	1 017	824	834	23	19	19	- 18,0	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	419	455	398	16	18	16	- 5,0	- 12,5
Schleswig-Holstein	638	647	624	23	23	22	- 2,2	- 3,6
Thüringen	729	831	752	30	35	32	+ 3,2	- 9,5
Deutschland	51 105	52 425	48 448	62	64	59	- 5,2	- 7,6
Westdeutschland	47 041	48 597	45 007	73	74	69	- 4,3	- 7,4
Ostdeutschland	4 064	3 828	3 441	23	23	20	- 15,3	- 10,1

Humanpotenzial

32. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss und Anteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen			Veränderung der Schulentlassen ohne Hauptschulabschluss	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	8 865	8 739	8 738	7,8	7,3	7,1	- 1,4	- 0,0
Bayern	11 708	11 853	11 800	8,6	8,7	8,5	+ 0,8	- 0,4
Berlin	4 359	4 303	4 019	11,3	11,1	10,3	- 7,8	- 6,6
Brandenburg	3 265	3 024	3 268	8,6	8,4	8,8	+ 0,1	+ 8,1
Bremen	598	665	786	8,5	9,1	10,0	+ 31,4	+ 18,2
Hamburg	1 767	1 747	1 785	11,5	11,5	11,3	+ 1,0	+ 2,2
Hessen	6 045	5 760	5 639	9,4	9,2	8,6	- 6,7	- 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 971	2 669	2 453	10,4	10,3	9,8	- 17,4	- 8,1
Niedersachsen	7 972	9 776	8 776	9,3	10,6	7,5	+ 10,1	- 10,2
Nordrhein-Westfalen	11 462	13 758	14 408	5,9	6,9	6,9	+ 25,7	+ 4,7
Rheinland-Pfalz	3 932	4 143	3 709	9,2	9,1	8,1	- 5,7	- 10,5
Saarland	1 221	1 040	998	11,1	9,1	8,9	- 18,3	- 4,0
Sachsen	7 131	5 599	5 152	12,0	9,9	9,4	- 27,8	- 8,0
Sachsen-Anhalt	4 387	5 017	4 864	11,5	14,1	13,8	+ 10,9	- 3,0
Schleswig-Holstein	2 863	2 908	3 030	10,4	10,0	9,8	+ 5,8	+ 4,2
Thüringen	4 661	3 091	2 787	13,1	9,3	8,8	- 40,2	- 9,8
Deutschland	83 207	84 092	82 212	8,9	8,9	8,3	- 1,2	- 2,2
Westdeutschland	56 433	60 389	59 669	8,1	8,4	7,8	+ 5,7	- 1,2
Ostdeutschland	26 774	23 703	22 543	11,2	10,5	10,1	- 15,8	- 4,9

33. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife				Veränderung der Quoten	
	Absolventen	Abiturientenquote ¹⁾			04/99	04/03
	2004 ²⁾	1999	2003	2004 ²⁾		
	Anzahl	%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	36 913	30,4	31,2	30,8	+ 0,4	- 0,4
Bayern	27 941	20,4	20,0	20,7	+ 0,3	+ 0,7
Berlin	12 918	32,8	32,8	34,4	+ 1,6	+ 1,6
Brandenburg	12 046	31,5	29,9	32,8	+ 1,3	+ 2,9
Bremen	2 139	32,0	31,7	30,5	- 1,5	- 1,2
Hamburg	5 503	33,2	31,8	32,5	- 0,7	+ 0,7
Hessen	19 445	30,6	29,3	30,8	+ 0,2	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 614	25,0	24,0	25,3	+ 0,3	+ 1,3
Niedersachsen	22 829	25,9	25,3	26,4	+ 0,5	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	58 956	29,6	28,5	30,3	+ 0,7	+ 1,8
Rheinland-Pfalz	11 573	25,0	25,2	26,0	+ 1,0	+ 0,8
Saarland	2 579	22,8	22,1	22,9	+ 0,1	+ 0,8
Sachsen	16 674	29,6	27,0	29,4	- 0,2	+ 2,4
Sachsen-Anhalt	9 425	27,3	26,8	27,3	+ 0,0	+ 0,5
Schleswig-Holstein	7 994	25,5	26,2	28,1	+ 2,6	+ 1,9
Thüringen	9 960	30,3	28,5	30,4	+ 0,1	+ 1,9
Deutschland	263 509	27,8	27,1	28,3	+ 0,5	+ 1,2
Westdeutschland	195 872	27,2	26,7	27,7	+ 0,5	+ 1,0
Ostdeutschland	67 637	29,6	28,3	30,1	+ 0,5	+ 1,8

¹⁾ Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung. - ²⁾ Die Angaben für 2004 sind vorläufig.

34. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	311 715	359 226	362 927	8,4	9,5	9,7	+ 16,4	+ 1,0
Bayern	333 887	386 806	388 811	7,9	8,9	9,1	+ 16,4	+ 0,5
Berlin	135 138	137 855	136 177	12,0	12,9	13,1	+ 0,8	- 1,2
Brandenburg	75 673	71 148	69 526	9,2	9,7	9,7	- 8,1	- 2,3
Bremen	25 441	28 737	28 520	9,1	10,2	10,4	+ 12,1	- 0,8
Hamburg	77 241	86 383	86 839	10,4	11,5	11,8	+ 12,4	+ 0,5
Hessen	211 412	232 880	229 967	10,0	10,8	10,9	+ 8,8	- 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	50 310	46 368	45 106	8,4	8,8	8,8	- 10,3	- 2,7
Niedersachsen	140 412	163 604	165 597	5,9	6,9	7,1	+ 17,9	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	437 318	490 161	492 419	7,6	8,5	8,7	+ 12,6	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	72 410	78 621	79 504	6,2	6,7	6,8	+ 9,8	+ 1,1
Saarland	22 611	25 147	25 003	6,5	7,2	7,2	+ 10,6	- 0,6
Sachsen	182 398	175 845	174 170	11,8	12,6	12,7	- 4,5	- 1,0
Sachsen-Anhalt	69 671	64 817	62 999	8,1	8,5	8,5	- 9,6	- 2,8
Schleswig-Holstein	43 127	44 859	45 266	5,4	5,7	5,8	+ 5,0	+ 0,9
Thüringen	87 251	76 418	73 705	10,4	10,3	10,1	- 15,5	- 3,6
Deutschland	2 276 015	2 468 875	2 466 536	8,3	9,2	9,3	+ 8,4	- 0,1
Westdeutschland	1 675 574	1 896 424	1 904 853	7,8	8,7	8,9	+ 13,7	+ 0,4
Ostdeutschland	600 441	572 451	561 683	10,3	11,0	11,0	- 6,5	- 1,9

Finanzen

35. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuerein./ber. Ausgaben 2004
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	40 339	44 199	43 916	3 860	4 138	4 102	+8,9	-0,6	71,0
Bayern	48 160	52 046	51 176	3 975	4 198	4 118	+6,3	-1,7	69,3
Berlin	21 057	20 619	20 526	6 206	6 080	6 060	-2,5	-0,5	39,4
Brandenburg	12 116	11 978	11 906	4 674	4 651	4 635	-1,7	-0,6	45,4
Bremen	4 135	4 253	4 228	6 208	6 417	6 382	+2,2	-0,6	44,1
Hamburg	9 435	10 606	10 505	5 544	6 124	6 048	+11,3	-1,0	68,9
Hessen	26 606	28 337	28 128	4 403	4 654	4 620	+5,7	-0,7	65,0
Mecklenburg-Vorpommern	8 805	8 621	8 409	4 906	4 960	4 872	-4,5	-2,5	41,8
Niedersachsen	29 123	31 920	31 298	3 697	3 996	3 911	+7,5	-1,9	60,6
Nordrhein-Westfalen	72 895	76 882	76 652	4 054	4 254	4 242	+5,2	-0,3	62,6
Rheinland-Pfalz	15 098	16 310	15 946	3 748	4 021	3 930	+5,6	-2,2	60,5
Saarland	4 270	4 378	4 395	3 981	4 119	4 151	+2,9	+0,4	54,5
Sachsen	19 343	20 133	19 194	4 321	4 645	4 457	-0,8	-4,7	46,9
Sachsen-Anhalt	12 532	12 661	12 340	4 705	4 993	4 915	-1,5	-2,5	42,6
Schleswig-Holstein	10 928	11 388	11 376	3 945	4 042	4 026	+4,1	-0,1	57,9
Thüringen	11 521	10 762	10 691	4 691	4 516	4 521	-7,2	-0,7	44,4
Deutschland	338 680	357 249	353 387	4 126	4 329	4 284	+4,3	-1,1	61,0
Westdeutschland	260 989	280 319	277 620	4 033	4 276	4 230	+6,4	-1,0	64,7
Ostdeutschland	85 374	84 774	83 066	4 913	4 999	4 926	-2,7	-2,0	43,4

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

36. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personalausgabenquote 2004
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	16 888	18 477	18 741	1 616	1 730	1 750	+11,0	+1,4	42,7
Bayern	18 885	20 823	20 911	1 559	1 680	1 683	+10,7	+0,4	40,9
Berlin	7 127	7 009	6 765	2 101	2 067	1 997	-5,1	-3,5	33,0
Brandenburg	4 076	3 891	3 723	1 572	1 511	1 449	-8,7	-4,3	31,3
Bremen	1 333	1 343	1 295	2 001	2 026	1 955	-2,9	-3,6	30,6
Hamburg	3 192	3 352	3 374	1 876	1 936	1 942	+5,7	+0,7	32,1
Hessen	10 199	10 204	10 321	1 688	1 676	1 695	+1,2	+1,1	36,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 847	2 849	2 754	1 586	1 639	1 596	-3,3	-3,3	32,8
Niedersachsen	12 254	12 619	12 639	1 555	1 580	1 580	+3,1	+0,2	40,4
Nordrhein-Westfalen	28 678	29 515	29 806	1 595	1 633	1 650	+3,9	+1,0	38,9
Rheinland-Pfalz	6 258	6 652	6 770	1 554	1 640	1 668	+8,2	+1,8	42,5
Saarland	1 754	1 892	1 783	1 635	1 780	1 684	+1,7	-5,8	40,6
Sachsen	6 339	6 407	6 253	1 416	1 478	1 452	-1,4	-2,4	32,6
Sachsen-Anhalt	4 425	4 286	4 374	1 661	1 690	1 742	-1,2	+2,1	35,4
Schleswig-Holstein	4 371	4 536	4 656	1 578	1 610	1 648	+6,5	+2,6	40,9
Thüringen	3 704	3 690	3 625	1 508	1 548	1 533	-2,1	-1,8	33,9
Deutschland	132 329	137 543	137 791	1 612	1 667	1 670	+4,1	+0,2	39,0
Westdeutschland	103 812	109 413	110 296	1 604	1 669	1 680	+6,2	+0,8	39,7
Ostdeutschland	28 518	28 132	27 494	1 641	1 659	1 630	-3,6	-2,3	33,1

37. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Sachinvestitionsquote 2004
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 304	4 161	3 643	412	390	340	-15,4	-12,4	8,3
Bayern	6 468	5 604	5 090	534	452	410	-21,3	-9,2	9,9
Berlin	445	299	305	131	88	90	-31,5	+2,0	1,5
Brandenburg	1 638	1 303	1 171	632	506	456	-28,5	-10,1	9,8
Bremen	301	223	197	452	336	297	-34,6	-11,7	4,7
Hamburg	567	488	533	333	282	307	-6,0	+9,2	5,1
Hessen	2 076	2 234	2 148	344	367	353	+3,5	-3,8	7,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 088	848	774	606	488	448	-28,9	-8,7	9,2
Niedersachsen	2 444	2 094	1 804	310	262	225	-26,2	-13,8	5,8
Nordrhein-Westfalen	4 887	3 952	3 953	272	219	219	-19,1	+0,0	5,2
Rheinland-Pfalz	1 643	1 321	1 168	408	326	288	-28,9	-11,6	7,3
Saarland	246	248	272	229	233	257	+10,6	+9,7	6,2
Sachsen	2 456	2 488	2 410	549	574	560	-1,9	-3,1	12,6
Sachsen-Anhalt	1 646	1 164	1 069	618	459	426	-35,1	-8,2	8,7
Schleswig-Holstein	959	885	827	346	314	293	-13,8	-6,6	7,3
Thüringen	1 496	1 157	1 071	609	486	453	-28,4	-7,4	10,0
Deutschland	32 666	28 469	26 436	398	345	320	-19,1	-7,1	7,5
Westdeutschland	23 895	21 210	19 635	369	324	299	-17,8	-7,4	7,1
Ostdeutschland	8 769	7 259	6 800	505	428	403	-22,5	-6,3	8,2

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Fin.-Saldo je Einwohner 2004
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03	
	Mio. €			€			%		€
Baden-Württemberg	41 514	41 523	42 035	3 972	3 888	3 926	+1,3	+1,2	- 176
Bayern	48 645	48 184	49 832	4 015	3 887	4 010	+2,4	+3,4	- 108
Berlin	19 203	16 210	17 566	5 660	4 780	5 186	-8,5	+8,4	- 874
Brandenburg	11 325	10 729	11 176	4 368	4 166	4 351	-1,3	+4,2	- 284
Bremen	4 422	3 480	3 339	6 639	5 251	5 040	-24,5	-4,1	-1 342
Hamburg	8 836	8 762	9 390	5 192	5 059	5 406	+6,3	+7,2	- 642
Hessen	26 929	25 588	25 271	4 456	4 202	4 151	-6,2	-1,2	- 469
Mecklenburg-Vorpommern	8 233	7 577	7 830	4 587	4 359	4 536	-4,9	+3,3	- 335
Niedersachsen	28 219	27 626	28 860	3 582	3 458	3 607	+2,3	+4,5	- 305
Nordrhein-Westfalen	70 856	67 200	68 323	3 940	3 718	3 781	-3,6	+1,7	- 461
Rheinland-Pfalz	14 375	14 383	14 291	3 569	3 546	3 522	-0,6	-0,6	- 408
Saarland	4 317	3 822	3 840	4 025	3 596	3 627	-11,0	+0,5	- 524
Sachsen	19 334	19 515	19 127	4 319	4 503	4 441	-1,1	-2,0	- 16
Sachsen-Anhalt	11 680	10 856	11 023	4 385	4 281	4 391	-5,6	+1,5	- 525
Schleswig-Holstein	10 535	9 986	10 256	3 803	3 544	3 630	-2,6	+2,7	- 396
Thüringen	10 534	9 555	9 551	4 289	4 010	4 039	-9,3	-0,0	- 482
Deutschland	331 272	317 151	324 410	4 036	3 843	3 932	-2,1	+2,3	- 351
Westdeutschland	258 648	250 554	255 437	3 997	3 822	3 892	-1,2	+1,9	- 338
Ostdeutschland	80 309	74 442	76 273	4 622	4 390	4 523	-5,0	+2,5	- 403

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmequote 2004
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	30 870	29 975	31 182	2 954	2 807	2 912	+1,0	+4,0	74,2
Bayern	34 605	33 503	35 464	2 856	2 702	2 854	+2,5	+5,9	71,2
Berlin	8 623	7 706	8 083	2 541	2 272	2 387	-6,3	+4,9	46,0
Brandenburg	5 497	5 048	5 409	2 120	1 960	2 106	-1,6	+7,2	48,4
Bremen	1 952	1 873	1 866	2 930	2 826	2 817	-4,4	-0,4	55,9
Hamburg	7 261	7 146	7 240	4 267	4 126	4 168	-0,3	+1,3	77,1
Hessen	20 198	18 373	18 276	3 342	3 017	3 002	-9,5	-0,5	72,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 704	3 418	3 519	2 064	1 966	2 039	-5,0	+3,0	44,9
Niedersachsen	19 276	17 960	18 966	2 447	2 248	2 370	-1,6	+5,6	65,7
Nordrhein-Westfalen	51 076	46 619	48 018	2 840	2 579	2 657	-6,0	+3,0	70,3
Rheinland-Pfalz	9 887	9 182	9 644	2 454	2 264	2 377	-2,5	+5,0	67,5
Saarland	2 511	2 334	2 396	2 341	2 196	2 263	-4,6	+2,7	62,4
Sachsen	9 524	8 867	8 998	2 128	2 046	2 089	-5,5	+1,5	47,0
Sachsen-Anhalt	5 603	4 958	5 262	2 104	1 955	2 096	-6,1	+6,1	47,7
Schleswig-Holstein	6 939	6 867	6 592	2 505	2 437	2 333	-5,0	-4,0	64,3
Thüringen	5 058	4 675	4 743	2 059	1 962	2 006	-6,2	+1,5	49,7
Deutschland	222 583	208 502	215 658	2 712	2 527	2 614	-3,1	+3,4	66,5
Westdeutschland	184 575	173 832	179 644	2 852	2 652	2 737	-2,7	+3,3	70,3
Ostdeutschland	38 009	34 672	36 014	2 187	2 045	2 136	-5,2	+3,9	47,2

40. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner (31.12.)			Veränderung insgesamt		Schulden/Steuerin. 2004
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03	
	Mio. €			€			%		Jahre
Baden-Württemberg	35 825	42 256	44 017	3 428	3 957	4 111	+22,9	+4,2	1,4
Bayern	30 659	34 586	36 119	2 530	2 790	2 906	+17,8	+4,4	1,0
Berlin	31 506	48 727	53 876	9 286	14 368	15 907	+71,0	+10,6	6,7
Brandenburg	13 789	18 048	18 208	5 319	7 007	7 089	+32,0	+0,9	3,4
Bremen	8 062	10 606	11 270	12 103	16 003	17 013	+39,8	+6,3	6,0
Hamburg	15 666	19 355	20 359	9 206	11 176	11 721	+30,0	+5,2	2,8
Hessen	29 208	34 934	36 490	4 833	5 737	5 994	+24,9	+4,5	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 136	11 595	12 328	5 090	6 671	7 143	+34,9	+6,3	3,5
Niedersachsen	41 688	51 244	54 561	5 292	6 414	6 819	+30,9	+6,5	2,9
Nordrhein-Westfalen	99 834	119 654	126 562	5 552	6 620	7 004	+26,8	+5,8	2,6
Rheinland-Pfalz	22 023	26 721	27 888	5 467	6 587	6 872	+26,6	+4,4	2,9
Saarland	7 427	7 884	8 262	6 925	7 418	7 803	+11,2	+4,8	3,4
Sachsen	15 311	16 541	17 005	3 420	3 816	3 949	+11,1	+2,8	1,9
Sachsen-Anhalt	16 010	20 005	21 363	6 011	7 889	8 509	+33,4	+6,8	4,1
Schleswig-Holstein	17 315	20 871	21 930	6 251	7 408	7 761	+26,7	+5,1	3,3
Thüringen	13 150	15 995	16 943	5 354	6 712	7 164	+28,8	+5,9	3,6
Deutschland	406 608	499 022	527 179	4 953	6 047	6 390	+29,7	+5,6	2,4
Westdeutschland	307 707	368 111	387 458	4 755	5 615	5 903	+25,9	+5,3	2,2
Ostdeutschland	98 902	130 911	139 723	5 692	7 720	8 285	+41,3	+6,7	3,9

Soziale Probleme, Sicherheit

41. Reine Ausgaben der Sozialhilfe

Land	Ausgaben absolut			Ausgaben je Einwohner			Veränderung der Ausgaben	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	1 813	1 976	2 034	173	185	190	+ 12,2	+ 2,9
Bayern	2 220	2 597	2 732	183	209	220	+ 23,1	+ 5,2
Berlin	1 672	1 842	1 855	493	543	548	+ 10,9	+ 0,7
Brandenburg	421	507	522	163	197	203	+ 23,9	+ 3,0
Bremen	413	404	401	620	609	606	- 2,8	- 0,6
Hamburg	906	894	940	532	516	541	+ 3,8	+ 5,1
Hessen	1 793	1 991	1 977	297	327	325	+ 10,2	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	322	398	406	179	229	235	+ 25,9	+ 1,8
Niedersachsen	2 216	2 379	2 386	281	298	298	+ 7,6	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	5 175	5 697	5 680	288	315	314	+ 9,8	- 0,3
Rheinland-Pfalz	903	958	1 001	224	236	247	+ 10,9	+ 4,5
Saarland	316	312	324	294	294	306	+ 2,5	+ 3,6
Sachsen	546	685	736	122	158	171	+ 34,8	+ 7,4
Sachsen-Anhalt	468	567	584	176	224	233	+ 24,9	+ 2,9
Schleswig-Holstein	888	935	976	321	332	345	+ 9,8	+ 4,3
Thüringen	334	427	422	136	179	179	+ 26,5	- 1,0
Deutschland	20 405	22 569	22 975	249	274	278	+ 12,6	+ 1,8
Westdeutschland	16 643	18 143	18 450	257	277	281	+ 10,9	+ 1,7
Ostdeutschland	3 762	4 426	4 525	217	261	268	+ 20,3	+ 2,2

42. Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger (HLU) außerhalb von Einrichtungen

Land	Empfänger insgesamt (31.12.)			Empfänger je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	226 917	228 190	231 842	22	21	22	+ 2,2	+ 1,6
Bayern	223 131	223 198	233 890	18	18	19	+ 4,8	+ 4,8
Berlin	272 744	260 535	270 585	81	77	80	- 0,8	+ 3,9
Brandenburg	57 644	76 160	78 010	22	30	30	+ 35,3	+ 2,4
Bremen	65 532	60 981	59 548	99	92	90	- 9,1	- 2,3
Hamburg	126 325	119 239	122 908	74	68	71	- 2,7	+ 3,1
Hessen	242 408	237 217	238 517	40	39	39	- 1,6	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	51 476	65 646	69 783	29	38	41	+ 35,6	+ 6,3
Niedersachsen	316 730	311 923	315 583	40	39	39	-0,4	+1,2
Nordrhein-Westfalen	694 573	682 909	731 943	39	38	40	+ 5,4	+ 7,2
Rheinland-Pfalz	109 583	102 830	100 985	27	25	25	- 7,8	- 1,8
Saarland	48 148	43 422	45 172	45	41	43	- 6,2	+ 4,0
Sachsen	103 676	133 256	139 594	23	31	32	+ 34,6	+ 4,8
Sachsen-Anhalt	82 047	95 204	97 639	31	38	39	+ 19,0	+ 2,6
Schleswig-Holstein	122 585	115 009	114 645	44	41	41	- 6,5	- 0,3
Thüringen	48 960	55 484	59 582	20	23	25	+ 21,7	+ 7,4
Deutschland	2 792 479	2 811 203	2 910 228	34	34	35	+ 4,2	+ 3,5
Westdeutschland	2 175 932	2 124 918	2 195 033	34	32	33	+ 0,9	+ 3,3
Ostdeutschland	616 547	686 285	715 193	36	41	43	+ 16,0	+ 4,2

43. Sozialhilfeempfängerinnen (HLU) außerhalb von Einrichtungen

Land	Empfängerinnen insgesamt (31.12.)			Empfängerinnen je 1 000 weibliche Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfängerinnen	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	129 738	127 988	129 470	24	24	24	- 0,2	+ 1,2
Bayern	129 337	125 392	130 696	21	20	21	+ 1,1	+ 4,2
Berlin	143 067	135 687	139 889	82	78	81	- 2,2	+ 3,1
Brandenburg	31 659	40 821	41 538	24	31	32	+ 31,2	+ 1,8
Bremen	36 727	33 620	32 801	107	98	96	- 10,7	- 2,4
Hamburg	68 244	63 446	64 929	78	71	73	- 4,9	+ 2,3
Hessen	135 127	130 286	130 219	44	42	42	- 3,6	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	27 990	34 540	36 586	31	40	42	+ 30,7	+ 5,9
Niedersachsen	178 140	173 868	174 737	44	43	43	-1,9	+0,5
Nordrhein-Westfalen	403 705	387 778	410 361	44	42	44	+ 1,6	+ 5,8
Rheinland-Pfalz	63 611	59 321	57 718	31	29	28	- 9,3	- 2,7
Saarland	27 847	24 856	25 609	50	46	47	- 8,0	+ 3,0
Sachsen	58 477	72 857	75 528	25	33	34	+ 29,2	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	44 249	50 296	51 187	32	39	40	+ 15,7	+ 1,8
Schleswig-Holstein	69 078	63 038	62 547	49	44	43	- 9,5	- 0,8
Thüringen	27 246	30 301	32 019	22	25	27	+ 17,5	+ 5,7
Deutschland	1 574 242	1 554 095	1 595 834	37	37	38	+ 1,4	+ 2,7
Westdeutschland	1 241 554	1 189 593	1 219 087	37	35	36	- 1,8	+ 2,5
Ostdeutschland	332 688	364 502	376 747	37	42	44	+ 13,2	+ 3,4

44. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	315	365	371	30	34	35	+ 17,8	+ 1,6
Bayern	383	443	447	32	36	36	+ 16,7	+ 0,9
Berlin	178	198	207	52	58	61	+ 16,3	+ 4,5
Brandenburg	149	158	160	57	61	62	+ 7,4	+ 1,3
Bremen	30	28	30	45	42	45	+ 0,0	+ 7,1
Hamburg	68	76	79	40	44	45	+ 16,2	+ 3,9
Hessen	192	216	222	32	35	36	+ 15,6	+ 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	100	105	112	56	60	65	+ 12,0	+ 6,7
Niedersachsen	243	272	276	31	34	34	+13,6	+1,5
Nordrhein-Westfalen	538	597	617	30	33	34	+ 14,7	+ 3,4
Rheinland-Pfalz	136	138	144	34	34	35	+ 5,9	+ 4,3
Saarland	35	41	39	33	33	37	+ 11,4	- 4,9
Sachsen	222	231	231	50	53	54	+ 4,1	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	127	131	138	48	52	55	+ 8,7	+ 5,3
Schleswig-Holstein	99	119	116	36	42	41	+ 17,2	- 2,5
Thüringen	112	126	130	46	53	55	+ 16,1	+ 3,2
Deutschland	2 926	3 244	3 319	36	39	40	+13,4	+2,3
Westdeutschland	2 039	2 295	2 341	32	35	36	+ 14,8	+ 2,0
Ostdeutschland	888	949	978	51	56	58	+ 10,1	+ 3,1

45. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt	Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner)			Aufklärungsquote		Veränderung der Häufigkeitszahl	
		1999	2003	2004	2003	2004	04/99	04/03
	2004	Anzahl			%		%	
Baden-Württemberg	653 472	5 445	5 456	6 111	55,5	60,6	+ 12,2	+ 12,0
Bayern	714 679	5 681	5 709	5 753	64,7	65,6	+ 1,3	+ 0,8
Berlin	539 667	16 846	16 622	15 927	49,7	48,5	- 5,5	- 4,2
Brandenburg	239 508	9 720	9 515	9 303	57,5	58,6	- 4,3	- 2,2
Bremen	101 316	12 976	14 361	15 278	43,9	44,9	+ 17,7	+ 6,4
Hamburg	261 568	16 541	15 698	15 006	43,7	44,6	- 9,3	- 4,4
Hessen	462 208	7 089	7 462	7 590	49,4	52,5	+ 7,1	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	178 523	10 440	10 762	10 306	55,0	57,7	- 1,3	- 4,2
Niedersachsen	587 252	6 966	7 438	7 347	53,5	53,9	+ 5,5	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	1 531 647	7 408	8 287	8 472	47,5	47,8	+ 14,4	+ 2,2
Rheinland-Pfalz	300 548	6 645	7 091	7 405	57,7	59,8	+ 11,4	+ 4,4
Saarland	77 603	5 787	7 011	7 312	54,3	55,8	+ 26,4	+ 4,3
Sachsen	335 763	8 191	8 114	7 770	59,2	57,9	- 5,1	- 4,2
Sachsen-Anhalt	228 647	9 894	8 992	9 063	55,2	57,4	- 8,4	+ 0,8
Schleswig-Holstein	256 779	8 589	9 348	9 095	47,7	47,5	+ 5,9	- 2,7
Thüringen	164 276	6 542	6 917	6 922	60,8	62,2	+ 5,8	+ 0,1
Deutschland	6 633 156	7 682	7 963	8 037	53,1	54,2	+ 4,6	+ 0,9
Westdeutschland	4 947 072	6 958	7 367	7 538	52,3	53,9	+ 8,3	+ 2,3
Ostdeutschland	1 686 384	10 368	10 258	9 971	55,1	55,3	- 3,8	- 2,8

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

46. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränd. d. Zahl d. Verunglückten	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	58 844	56 025	54 675	563,2	524,6	510,7	- 7,1	- 2,4
Bayern	90 237	83 138	78 453	744,2	670,6	631,3	- 13,1	- 5,6
Berlin	19 993	16 770	16 599	589,3	494,5	490,1	- 17,0	- 1,0
Brandenburg	19 350	14 348	13 135	746,4	556,0	556,0	- 32,1	- 8,5
Bremen	4 415	3 798	3 751	662,8	574,0	574,0	- 15,0	- 1,2
Hamburg	12 433	11 481	11 260	730,6	664,0	664,0	- 9,4	- 1,9
Hessen	37 776	35 148	34 093	625,1	577,2	560,0	- 9,7	- 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	14 459	10 728	9 820	805,6	615,0	616,0	- 32,1	- 8,5
Niedersachsen	55 330	48 309	44 945	705,2	604,7	561,7	- 18,8	- 7,0
Nordrhein-Westfalen	100 759	89 172	86 438	558,0	493,4	478,4	- 14,2	- 3,1
Rheinland-Pfalz	26 130	24 862	22 860	648,9	612,9	563,3	- 12,5	- 8,1
Saarland	7 229	6 817	6 729	674,1	640,0	640,0	- 6,9	- 1,3
Sachsen	27 088	22 560	20 603	605,2	519,0	519,0	- 23,9	- 8,7
Sachsen-Anhalt	17 901	14 305	13 425	672,1	561,0	561,0	- 25,0	- 6,2
Schleswig-Holstein	20 088	17 943	16 731	725,2	636,9	592,1	- 16,7	- 6,8
Thüringen	16 867	13 379	12 451	686,8	559,0	560,0	- 26,2	- 6,9
Deutschland	528 899	468 783	445 968	644,0	568,1	540,6	- 15,7	- 4,9
Westdeutschland	433 234	376 693	359 935	638,2	574,6	548,4	- 16,9	- 4,4
Ostdeutschland	95 665	92 090	86 033	665,6	543,0	510,2	- 10,1	- 6,6

Textteil II



Regionale Selbststeuerungsfähigkeit und demographischer Wandel

Dem Begriff „regionale Selbststeuerung“ liegen implizit drei Annahmen zu Grunde. Diese müssen vorab geklärt werden.

Die erste Annahme: Es gibt etwas zu steuern, und man kann bestimmte Entwicklungen lenken, auf Ziele Kurs halten. Diese Annahme ist nicht selbstverständlich, denn sie impliziert, dass zumindest in bestimmten Grenzen die Menschen keinem unabänderlichen Schicksal ausgeliefert sind, sondern dass es möglich ist, die Zukunft zu gestalten.

Die zweite Annahme: Es gibt – trotz unterschiedlicher, manchmal gegensätzlicher Interessen, Meinungen, Kenntnisstände und verschieden großer Einflussmöglichkeiten – gemeinsame Interessen, die die Menschen in einer Region verbinden und in gewisser Weise einen.

Die dritte Annahme: *Selbststeuerung* ist dem Gegenbegriff, der *Fremdsteuerung*, prinzipiell vorzuziehen. Diese Annahme entspringt letztlich dem Freiheitsbegriff, der davon ausgeht, dass Selbstbestimmung gegenüber Fremdbestimmung ein Wert an sich ist – und das gilt individuell ebenso wie kollektiv.

„Selbststeuerungsfähigkeit“ bedeutet nicht Autonomie oder gar Autarkie. Bis auf wenige Ausnahmen sind sämtliche Regionen auf der ganzen Welt real in das Weltsystem und damit in den internationalen Verkehr und Austausch von Menschen, Waren, Kapital, Informationen und Ideen einbezogen. Trotz oder sogar wegen der dadurch entstehenden Abhängigkeiten von weltweiten Trends und der wechselseitigen Interdependenzen – Hurrikans in der Karibik führen dazu, dass für Pendler aus Peine die Benzinpreise steigen – bleibt es aber wichtig, nicht nur passives Objekt von Entwicklungen, sondern tätiges und die eigene Zukunft gestaltendes Subjekt zu bleiben oder zu werden.

Im Folgenden wird zunächst der systematische theoretische Rahmen abgesteckt. Darauf aufbauend soll anhand empirisch fassbarer Tatbestände untersucht werden, in welchem Ausmaß man von einer regionalen Selbststeuerung in Deutschland und speziell in Niedersachsen sprechen kann und inwieweit diese Fähigkeit regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Die untersuchten Tatbestände beziehen sich vor allem auf verschiedene Felder, nämlich

- die Bevölkerung und die demographische Entwicklung,

- das Ausmaß von regionaler Selbst- oder Fernsteuerung der Betriebe in Niedersachsen und der in ihnen Beschäftigten,
- die Gestaltungsfähigkeit der kommunalen Haushalte.

1. Norddeutschland im europäischen System – ein halbperipherer Raum

Ganz Norddeutschland gehört im Rahmen des europäischen Systems zur Halbperipherie ¹⁾. Eine aktuelle Karte ²⁾ zur Wirtschaftskraft der europäischen Regionen auf der Regionalebene der NUTS II-Regionen verdeutlicht dies. Das wirtschaftliche Zentrum Europas liegt in einem Raum, der sich vom Süden Englands und dem Raum Paris über die Benelux-Länder und die Rheinschiene bis nach Norditalien zieht – ein Gebiet von London bis Mailand. Aus Deutschland gehören zu den Regionen mit einer sehr hohen Wirtschaftskraft die NUTS II-Regionen Oberbayern (München), Darmstadt (Frankfurt), Stuttgart, Karlsruhe, Mittelfranken (Nürnberg) und Düsseldorf – alles Regionen im Süden und Westen des Landes.

Innerhalb Norddeutschlands gab und gibt es seit dem 19. Jahrhundert nur zwei Zentren von europäischer Bedeutung, Berlin und Hamburg. Mit nur nationaler Bedeutung folgen danach als interne Zentren Bremen, Hannover und mit Abstrichen Braunschweig. Die Entscheidungszentren von Politik und Wirtschaft befinden sich – mit der politischen Ausnahme Berlin – überwiegend im Westen und Süden Deutschlands. Dies verdeutlicht z.B. die folgende Karte ³⁾ der Sitze der größten Unternehmen Deutschlands, die auf der bekannten alljährlichen Auflistung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über „Die 100 größten Unternehmen“ basiert. Je dicker der Punkt, desto größer die Zahl der Großunternehmen.

Deutlich erkennbar ist die Konzentration der Unternehmenssitze und damit der Entscheidungszentralen im südwestdeutschen Raum. Für Niedersachsen wie für andere halbperiphere Regionen ist daher schon traditionell eine

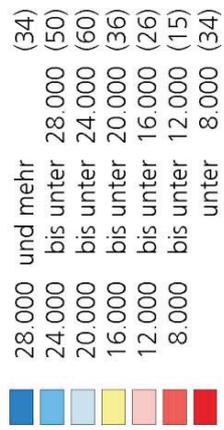
¹⁾ Vgl. Hans-Heinrich Nolte, Die eine Welt, Abriß der Geschichte des internationalen Systems, Hannover 1993, S. 63f.

²⁾ Vgl. Lothar Eichhorn, Struktur und Konjunktur im europäischen Regionalgefüge, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 7/2005, S. 370ff. Grundlage der Karten sind aktuelle Daten von Eurostat über das Bruttoinlandsprodukt 2002.

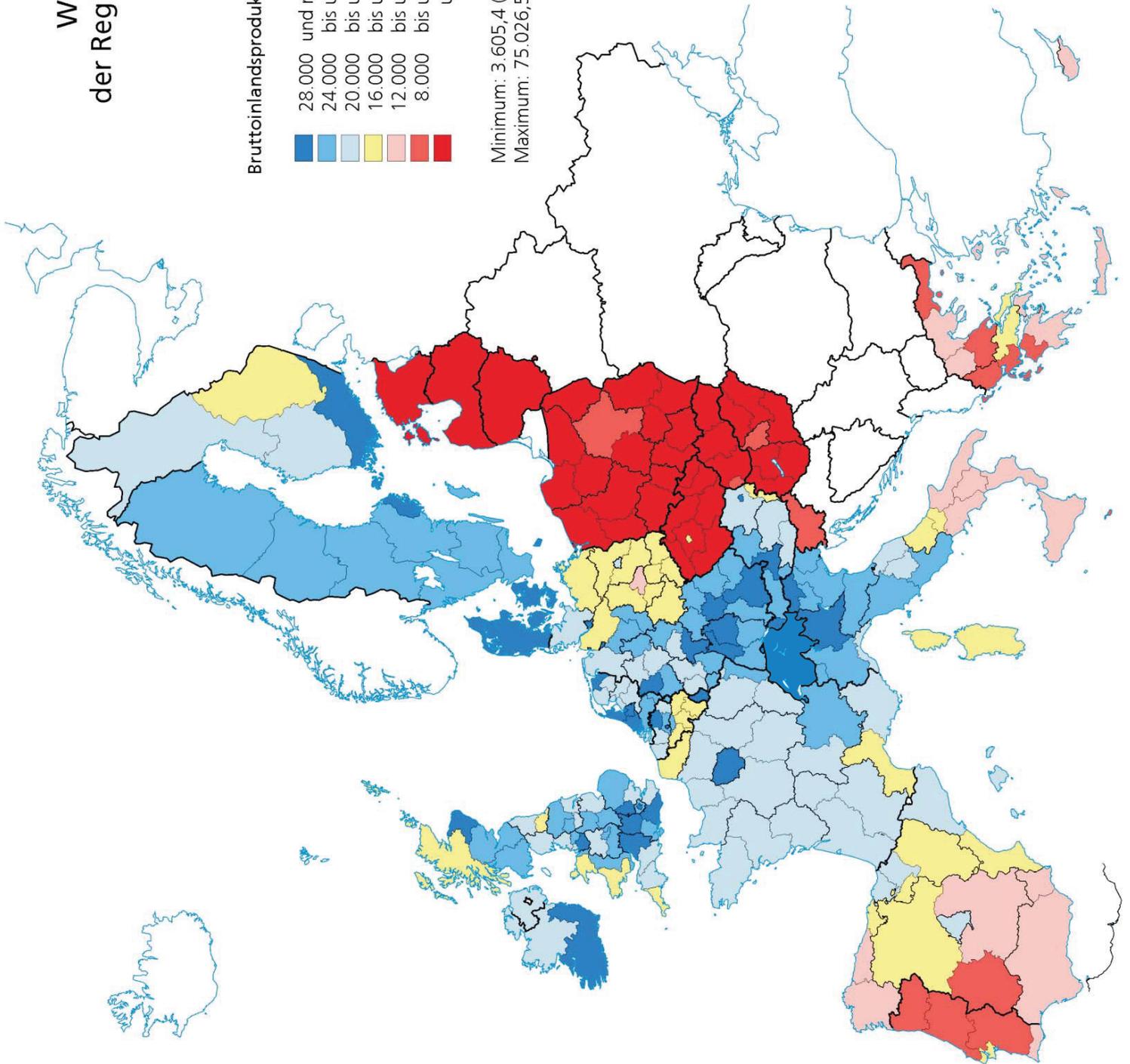
³⁾ Vgl. Jessica Huter und René Schäfer, Regionale Verteilung der größten Unternehmen Deutschlands, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 10/2004, S. 538ff.

Wirtschaftskraft der Regionen Europas 2002

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Euro)

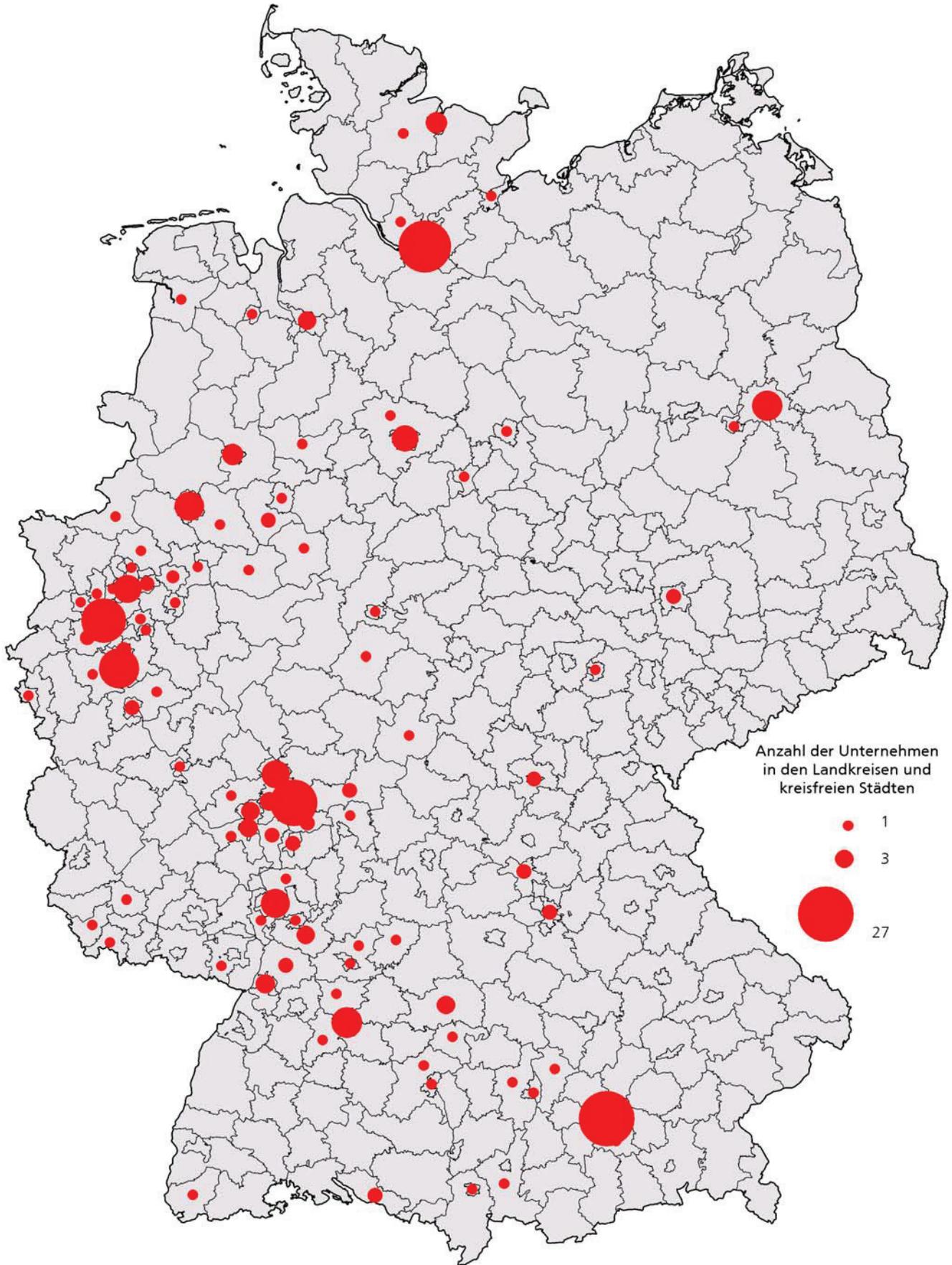


Minimum: 3.605,4 (Východné Slovensko)
Maximum: 75.026,5 (Inner London)



Quelle: Eurostat; für die Schweiz:
OECD und eigene Berechnungen

Regionale Verteilung der größten Unternehmen Deutschlands 2004



stark außengelenkte Entwicklung typisch. Die wichtigsten Entscheidungen fallen nicht hier, die wesentlichen innovatorischen Impulse kommen meist von außen, und neue dynamische Entwicklungen vollziehen sich in Niedersachsen meist etwas später als anderswo. Als Beispiele für die starken „von oben“ und „von außen“ kommenden Impulse mögen hier drei bekannte Tatsachen dienen: Über 124 Jahre, von 1714 bis 1837, wurde im Zuge der Personalunion mit England das Land Hannover von London aus regiert. Zweitens gewann der Aufstieg Hannovers zur Industriestadt erst nach der Machtübernahme durch Preußen 1866 und der damit verbundenen politischen Degradierung von der Hauptstadt eines Königreiches zur preußischen Provinzhauptstadt richtig an Fahrt. Als drittes Beispiel denke man an die zentralstaatlich geplanten Städtgründungen des 19. (Wilhelmshaven) und 20. Jahrhunderts (Wolfsburg, Salzgitter).

Norddeutschland im Allgemeinen und Niedersachsen im Besonderen sind durchsetzt mit internen Peripherien. Dazu gehören z.B. Ostfriesland, weite Teile der Lüneburger Heide, die dünnbesiedelten Regionen im Weser-Ems-Gebiet sowie die Mittelgebirge und ihr Vorland. Diese internen Peripherien im ländlichen Raum erhielten Ende des 19. und im 20. Jahrhundert klare Funktionszuweisungen, wobei diese Zuweisungen von den Bedürfnissen der großen Zentren von Industrie, Handel und Politik geprägt waren; zum Teil erinnern diese Funktionszuweisungen an koloniale Strukturen – zwar ohne die im Kolonialsystem übliche rechtliche Diskriminierung, aber doch mit Erscheinungen ungleichen Tauschs. Die miteinander zum Teil rivalisierenden Hauptfunktionen der peripheren Räume sind

- Lieferung von dort oft überschüssigen jungen Arbeitskräften;
- Lieferung von Rohstoffen (land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Grundstoffe und Energieträger wie z.B. Erze, Braunkohle, Luft und Wasser, neuerdings auch Windenergie und nachwachsende Rohstoffe);
- Absatzmarkt für die industriellen Produkte der Zentren
- Raum für in den Zentren unerwünschte Einrichtungen mit großem Flächenbedarf und gewissen Gefahren- oder zumindest Belästigungspotenzialen (militärische Übungsplätze, Atomanlagen, Mülldeponien für Gefahrstoffe wie Schönberg, früher auch Münchehagen)
- Erholungsraum für Touristen, zum Teil neuerdings auch Raum für großflächige Vergnügungsstätten
- ökologischer Rückzugsraum für bedrohte Tierarten und Pflanzen.

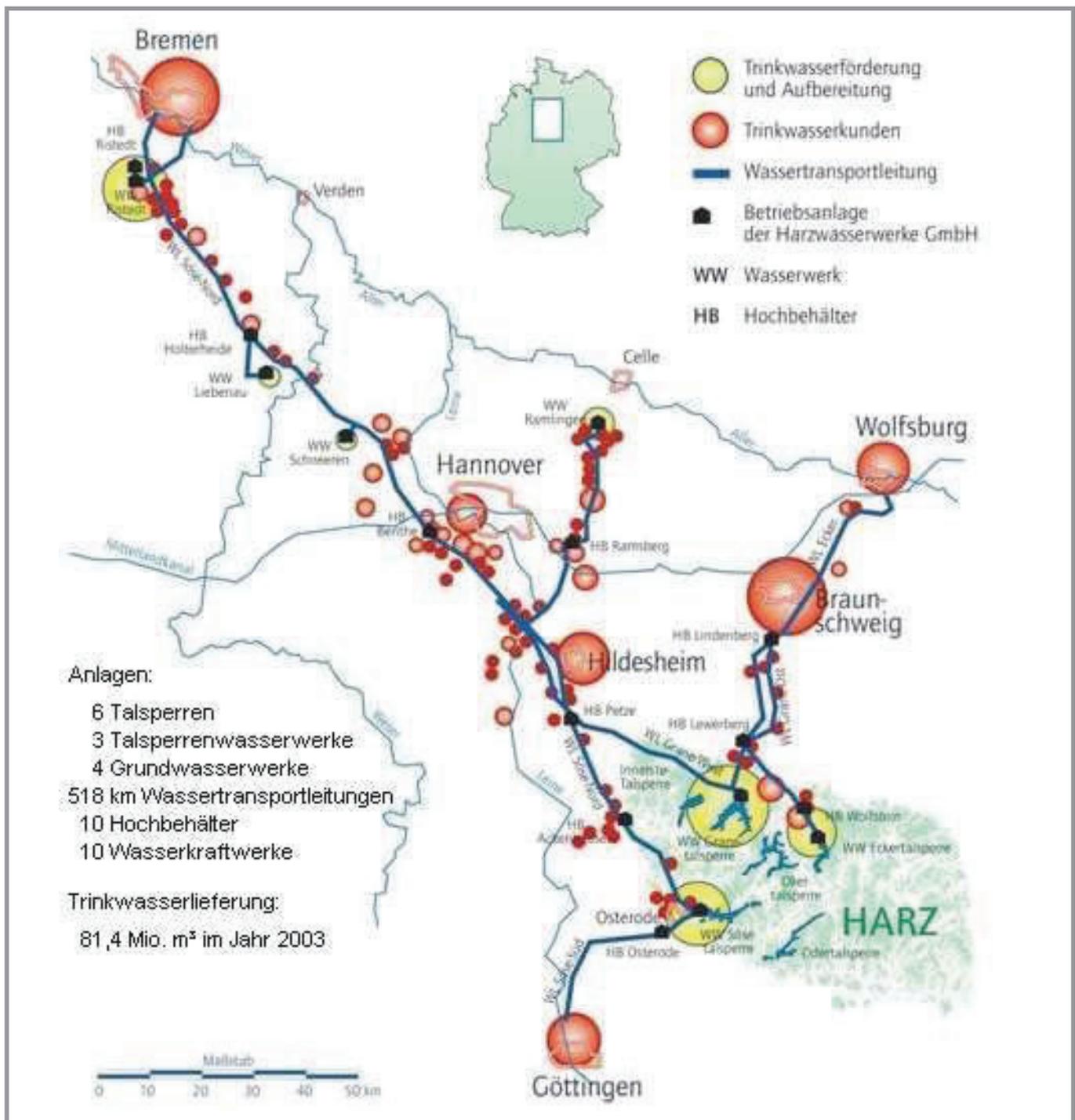
Typisch ist für die Situation der peripheren Räume ihre weitgehende Fremdbestimmung. Dafür drei Beispiele aus Norden, Süden und Osten des Landes:

Das erste Beispiel: *die Küste*. Seit August 2005 verklappt die Hansestadt Hamburg im Rahmen eines „Hamburger Gesamtkonzeptes zum Strombau- und Sedimentmanagement“ Baggergut in der Nordsee. Bis Jahresende werden es 800 000 m³ sein, bis 2008 sollen weitere 3,7 Mio. m³ folgen. Ursprünglich war von einem Standort 14 km vor Cuxhaven die Rede, nach Protesten erfolgt die Verklappung jetzt auf schleswig-holsteinischem Hoheitsgebiet, 46 km nordwestlich von Cuxhaven und 50 km westlich von St. Peter Ording. Gefährdungen für den Naturschutz, die Fischerei und den Tourismus gibt es laut Auskunft der Hansestadt Hamburg nicht; bedauerlicherweise wurde es im Sommer versäumt, die Stadt Cuxhaven, die Beeinträchtigungen des Tourismus befürchtete, rechtzeitig zu informieren.

Das zweite Beispiel: *der Harz*. Seitdem es den Bergbau im Harz wegen Erschöpfung der Vorkommen nicht mehr gibt, hat der Harz vor allem zwei Ressourcen: seine touristische Attraktivität als Naturraum und von Menschen gestaltete Kulturlandschaft und seine Funktion als Trinkwasserreservoir für die großen Städte Norddeutschlands (s. Abb. nächste Seite).

Der Harz versorgt Bremen, Braunschweig, Wolfsburg, Göttingen, Hildesheim, z.T. auch Hannover mit erstklassigem Trinkwasser; die Unternehmenszentrale der Harzwasserwerke sitzt aber nicht, wie man denken könnte, in Goslar, Osterode oder Clausthal-Zellerfeld, sondern in Hildesheim, und die Harzwasserwerke gehören verschiedenen Stadtwerken der Großstädte und Versorgungsunternehmen. Das hat in erster Linie historische Gründe, die tief in die niedersächsische Landesgeschichte zurückgehen: Der Bergbau im Harz und das mit ihm verbundene „Wasser-Regal“ war Eigentum der welfischen Landesherren. Die Harzwasserwerke wurden 1926 als Einrichtung der preußischen Provinz Hannover gegründet, gingen dann an das Land Niedersachsen über und wurden 1996 privatisiert.

Das dritte Beispiel: *Lüchow-Dannenberg*. Der Beschluss der damaligen Landesregierung in den siebziger Jahren, Gorleben als Standort für ein atomares Endmülllager – zunächst war auch eine Wiederaufarbeitungsanlage geplant – auszuwählen, hat aufgrund der nationalen Bedeutung des Projekts für die Elektrizitätswirtschaft einerseits, des erheblichen Widerstands wegen der befürchteten Risiken und Gefahren für die dünn besiedelte Region andererseits für ständige Auseinandersetzungen im Lande gesorgt. Die Bevölkerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist seitdem in zwei etwa gleich starke Gruppen gespalten: Gorleben-Befürworter und Gorleben-Gegner. Eine empirische Studie, die mit Methoden der Netzwerkanalyse die regionalen Akteure befragte, kam zu folgendem Fazit: „Es zeigt sich, dass das regionale Akteursnetzwerk deutlich in zwei Lager gespalten ist und ein gesellschaftlicher Konsens über Maßnahmen der Regionalentwicklung nur



schwer zu erzielen ist. Im Ergebnis werden Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Region maßgeblich behindert.“⁴⁾ Ganz offenbar ist zumindest in den dünn besiedelten peripheren Regionen angesichts der geringen Zahl der dortigen Akteure und deren relativ geringer Gestaltungsmacht ein Mindestmaß an kollektiver regionaler Identität und Übereinstimmung Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Handeln.

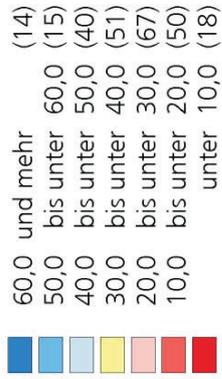
⁴⁾ Lars Masurek und Gerd Hachmöller, Akteursnetzwerke und Regionalentwicklung im Schatten von Gorleben, in: Raumforschung und Raumordnung 1/2002, S. 61ff.

2. Aktuelle Entwicklungen im europäischen Regionalgefüge wirken sich auf Niedersachsens Regionen unterschiedlich aus

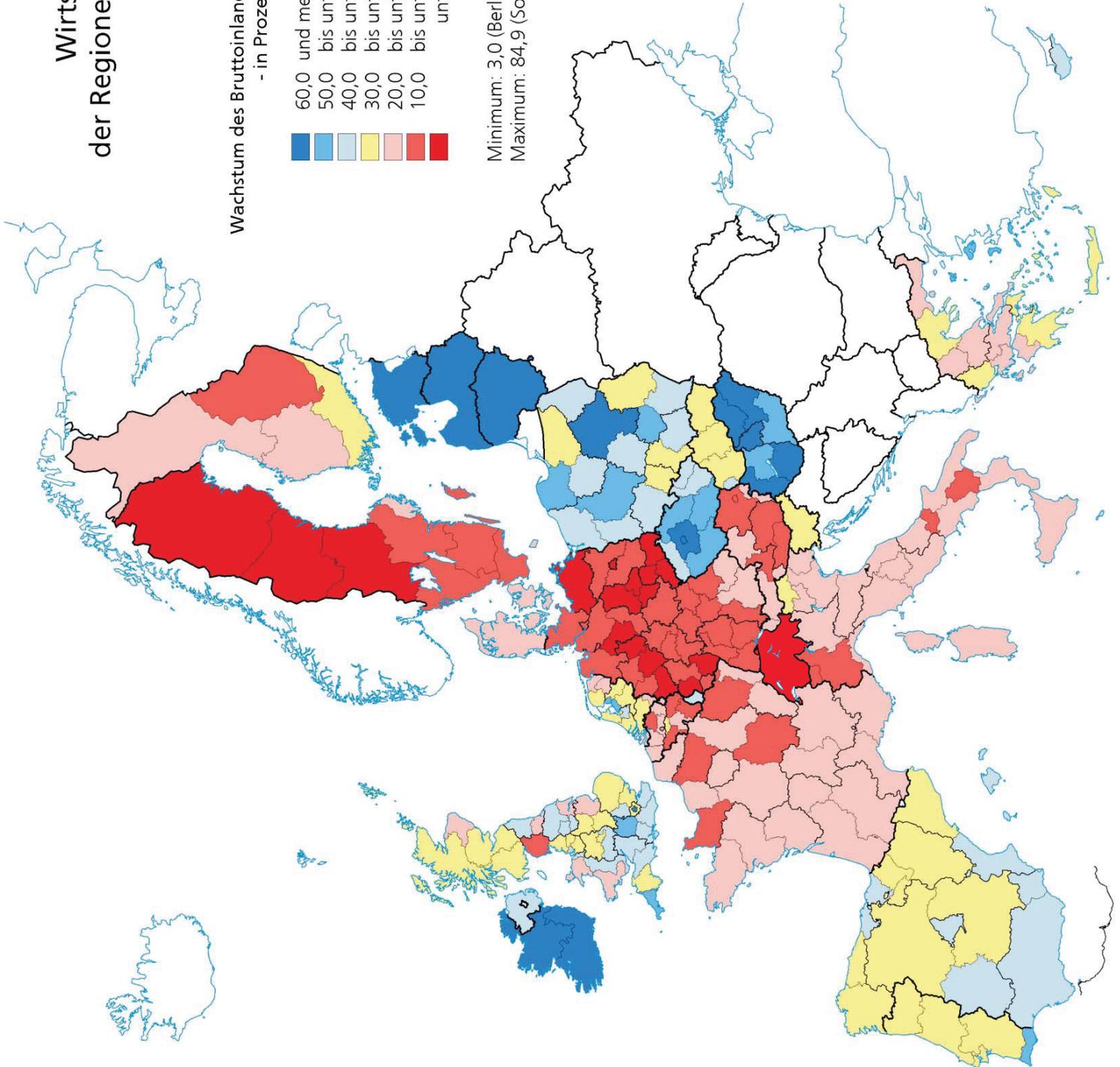
Globalisierung und EU-Osterweiterung führen zu einem verstärkten Konkurrenzkampf der Regionen untereinander und verschärfen die Problemlagen einiger peripherer Regionen in Deutschland und Niedersachsen. Wie die folgende Karte, die auf Eurostat-Daten über das regionale Wirtschaftswachstum fußt, zeigt, gibt es auf EU-Ebene

Wirtschaftswachstum der Regionen Europas 1997 bis 2002

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (nominal)
- in Prozent -



Minimum: 3,0 (Berlin)
Maximum: 84,9 (Southern and Eastern)



Quelle: Eurostat; für die Schweiz:
OECD und eigene Berechnungen

äußerst starke Aufholprozesse in den Randzonen der EU, und zwar vor allem unter den neuen Mitgliedern im Osten, aber auch im Süden der iberischen Halbinsel und in Irland. Diese Aufholprozesse werden durch die EU gefördert. Sie gehen zwar oft noch von niedrigem Niveau aus, zum Teil wird aber schon jetzt deutlich, dass diese Regionen des Baltikums, Polens, Tschechiens und Ungarns dabei sind, ihren angestammten Platz in Europa wieder einzunehmen⁵⁾. Die hohen Wachstumsraten dieser Regionen korrespondieren mit oft äußerst niedrigem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der Mitte Europas. Dies ist kein rein deutsches Phänomen, sondern betrifft genauso die Schweiz, Teile Österreichs und Italiens.

Eine große Rolle in der aktuellen Entwicklung der Regionen spielt offenbar die Lagegunst oder -ungunst. Bei Betrachtung der Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen zeigt sich, dass sich tendenziell die Wirtschaft im Osten schwächer als im Westen entwickelt. Von der Ausnahme des Raumes Wolfsburg/Gifhorn abgesehen, sind die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den östlichen und südlichen Landesteilen niedrig bis mäßig, während im Westen, vor allem im Raum zwischen Oldenburg und Osnabrück, oft zumindest im deutschen Maßstab kräftige Zuwachsraten auftreten. Diese Gebiete sind verkehrsmäßig exzellent sowohl an den europäischen „Kraftraum“ entlang der Rheinschiene als auch an Hamburg, dem Tor zur Weltwirtschaft, angebunden. Überdurchschnittlich entwickeln sich auch die meisten Regionen im Gravitationsbereich Hamburgs, der deutschen Metropole, die aufgrund des Hafens und seiner Gateway-Funktion derzeit von der Globalisierung und den Aufholprozessen am östlichen Rand der EU wirtschaftlich am stärksten profitiert.

Die östlichen und südlichen Regionen Niedersachsens dagegen haben mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen: Erstens erhalten sie von Osten keine nennenswerten Impulse; im Gegenteil führt zweitens die Nähe von Regionen, die deutlich stärker mit staatlichen Investitionszuschüssen gefördert werden, zu einem unvorteilhaften Fördergefälle. Die Regionen im Berg- und Hügelland sind drittens oftmals verkehrsmäßig schlechter erschlossen als die im Westen und Norden – es ist eben sehr aufwendig, Autobahnen und Tunnel durch Mittelgebirge zu führen. So gibt es z.B. rings um Holzminden den „größten Autobahnring Deutschlands“ – der Landkreis ist zwar umringt von den Autobahnen A2, A7 und A44, aber zu jeder Anschlussstelle sind etwa 60 km Entfernung zu überwinden. Viertens kann die oft sehr traditionsreiche „mittlere“ Industrie in diesen altindustrialisierten Regionen in der Konkurrenz mit hochspezialisierten, international agierenden, oft äußerst kapitalkräftigen Hightech-Unternehmen manch-

⁵⁾ Vgl. dazu Martin Kutz, Die Ökonomie Mitteleuropas in der Transformation – Zur Wiederentstehung traditioneller Wirtschaftsregionen und Wirtschaftsbeziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (B15/2001).

mal nicht mehr mithalten. In vielen Fällen sind die Rohstoffvorkommen, die die Basis der Industrie bildeten, erschöpft. In anderen Fällen sind örtliche Industrieunternehmen, die z.T. Weltmarktführer sind, unter die Kontrolle internationaler Konzerne geraten, und damit steigt die Sorge um den Erhalt des traditionellen Standortes. Probleme hat fünftens auch der Tourismus⁶⁾. In Zeiten, wo jede touristisch einigermaßen interessante Region mit „Alleinstellungsmerkmalen“ prunkt, haben es die traditionellen Erholungs- und Kurorte in den Mittelgebirgen schwer: So attraktiv und kulturell interessant die Natur- und Kulturlandschaften von Harz und Solling und die traditionsreichen Städte am Harzrand und im Weserbergland auch sind – es gibt trotzdem sommers wie winters dort kaum etwas, was es nicht in ähnlicher Form auch anderswo gäbe, und es gibt nichts wirklich Spektakuläres.

3. Demographische Entwicklung: Verstärkung regionaler Disparitäten – Zusammenhänge mit der Wirtschaftsentwicklung

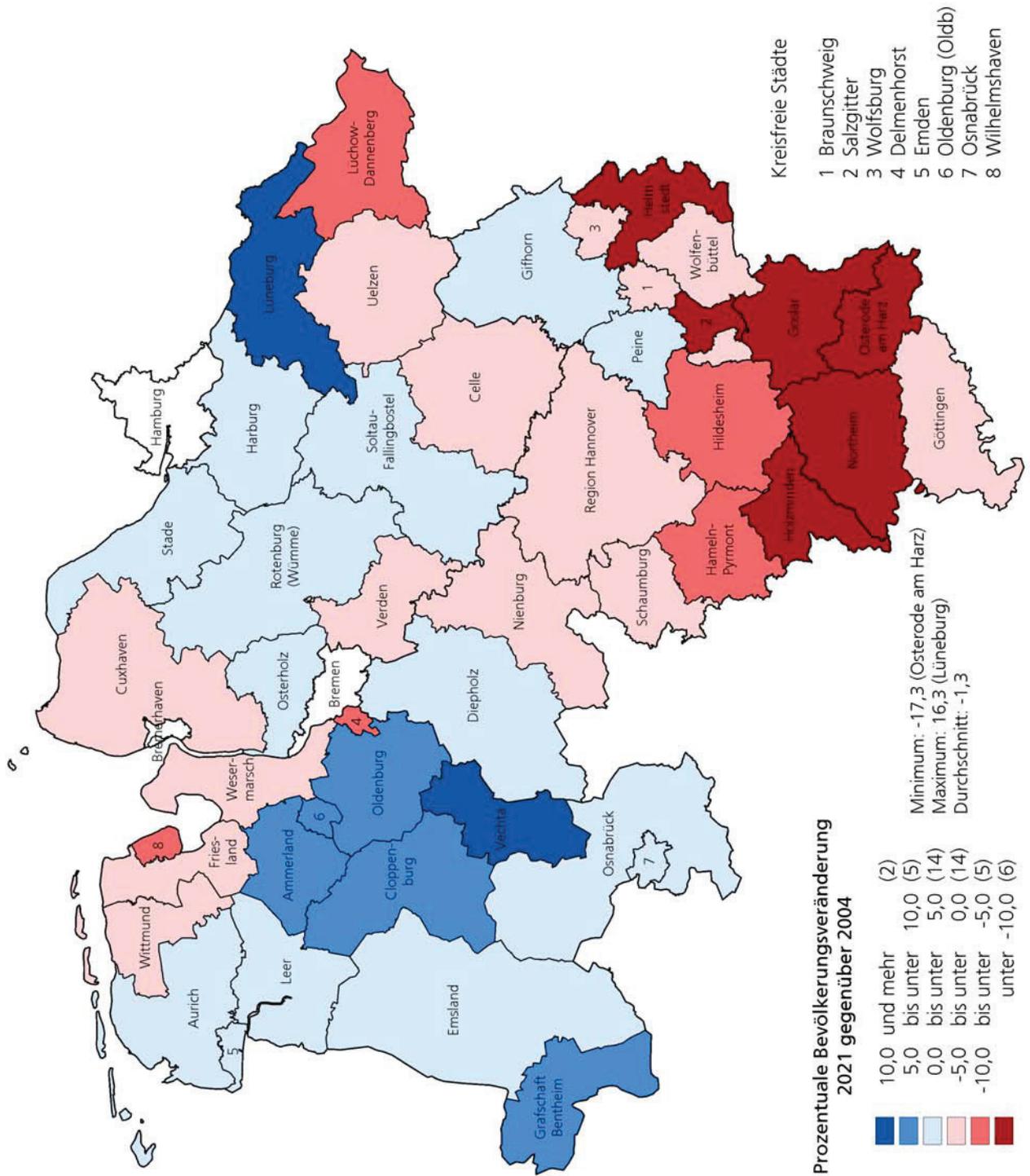
Die grundlegenden Fakten der künftigen Bevölkerungsentwicklung sind bekannt: Das Land wird an Einwohnern verlieren, die Bevölkerung wird älter und internationaler. In regionaler Sicht werden sich Disparitäten verschärfen. Bis 2021 wird Niedersachsens Bevölkerungszahl um - 1,3 % zurückgehen, wobei die Spannweite allerdings von einem Schwund von - 17,3 % (LK Osterode) bis zu einem Gewinn von + 16,3 % (LK Lüneburg) reicht⁷⁾ (s. Abb. nächste Seite).

Allgemein gesprochen, wird es relativ starke Zuwächse von 5 % und mehr in einigen Kreisen im Hamburger Umland sowie vor allem im Weser-Ems-Bereich geben. Dem stehen starke Verluste von 10 % und mehr in Emden und Wilhelmshaven sowie vor allem im südlichen und östlichen Niedersachsen gegenüber. Leichte Abnahmen gibt es in den meisten Kreisen an der Küste sowie in einem Korridor von Uelzen über Hannover bis Schaumburg, während es im Raum zwischen Bremen und Hamburg, in Gifhorn und Peine sowie in zahlreichen westlichen Kreisen noch leichte Gewinne geben wird. Geburtenüberschüsse wird es im Prognosezeitraum nur noch im katholischen Oldenburger Münsterland (LK Cloppenburg und Vechta) geben, überall sonst übersteigt die Zahl der Sterbefälle die der Geburten deutlich, und nur dort kann der derzeitige Bevölkerungsstand gehalten werden, wo Zuwanderung das Geburtendefizit ausgleicht.

⁶⁾ Vgl. Anlage zur Pressemitteilung Nr. 93/2005 des NLS: Von Januar bis August 2005 ging die Zahl der Gästeübernachtungen im Vorjahresvergleich im Reisegebiet Harz um - 2,2 % und im Reisegebiet Weserbergland-Süd-niedersachsen um - 0,7 % zurück.

⁷⁾ Details in: Statistischer Bericht A18.2/S, Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsvorausschätzung für Niedersachsen bis zum 1.1.2001, Hannover 2005. Diesem Bericht ist auch die folgende thematische Karte entnommen.

Veränderung der Bevölkerungszahlen während des Vorausschätzungszeitraumes Kreisfreie Städte und Landkreise



Zugleich verschiebt sich die Altersstruktur. Zu geringe Geburten und eine längere Lebenserwartung führen dazu, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen von derzeit 21,6 % bis 2021 auf 18,4 % sinken wird, während der Anteil der über Sechzigjährigen von heute 24,8 % auf 28,3 % steigen wird. Bei der Bevölkerung im Erwerbsalter wird es ebenfalls Verschiebungen nach oben geben: Vor allem die Gruppe der 50- bis 60-Jährigen, die dann kurz vor ihrer Verrentung steht, wird stark zunehmen.

Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung stehen in engem Zusammenhang. Dies zeigt das folgende Streudiagramm für die Landkreise und kreisfreien Städte, hier durch ihre Kfz-Kennzeichen symbolisiert, aus Niedersachsen und Bremen: Mittelfristig, hier wurde ein Fünfjahreszeitraum von 1998 bis 2003 untersucht, korrelieren Wachstum des BIP und Bevölkerungswachstum mit einem Korrelationskoeffizienten von $r = +0,66$ relativ hoch miteinander. Auch deutschlandweit ist derselbe Zusammenhang nachweisbar – auf der Ebene aller kreisfreien Städte und Landkreise in ganz Deutschland ergibt sich im gleichen Zeitraum ein Korrelationskoeffizient von $+0,42$.

Die Folgen der säkularen Alterung der Gesellschaft und des Bevölkerungsrückganges müssen an dieser Stelle nicht ausführlich ausgeführt werden. In den besonders betroffenen Regionen droht eine Abwärtsspirale aus rückläufigen Einwohnerzahlen, Problemen der Infrastrukturauslastung, abnehmender Massenkaufkraft, Wertverfall von Immobilien etc. Von einer wachsenden Bevölkerung und von hohen Geburtenzahlen gehen umgekehrt Wachstumsimpulse aus, denn mehr Menschen bedeuten eine höhere Kaufkraft, höhere Bedürfnisse, z.B. nach Wohnraum, und sie bedeuten höhere Zahlen von Arbeitskräften. Wo diese demographischen Impulse fehlen, ist es noch schwerer, nennenswerte Wachstumsraten zu erzielen.

Was im Zusammenspiel von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Ursache und was Wirkung ist, ist nicht leicht auszumachen und genauso wenig entscheidbar wie die berühmte Henne- und Ei-Problematik. Es handelt sich letztlich nicht um eindimensionale Ursache- und Wirkungsverhältnisse, sondern um zwei sich wechselseitig stark beeinflussende Entwicklungen.

Der Korrelationskoeffizient „ r “ nach Pearson misst Richtung und Stärke eines statistischen Zusammenhangs. r kann Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen. Richtung des Zusammenhangs: Ist r kleiner als Null und damit im negativen Bereich, so liegt eine negative Korrelation vor (Beispiel: Je höher das Ausbildungsniveau eines Arbeitnehmers ist, desto geringer ist sein Risiko, arbeitslos zu werden). Liegt r über 0 im positiven Bereich, so liegt eine positive Korrelation vor (Beispiel: Je größer jemand ist, desto schwerer ist er). Stärke des Zusammenhangs: Je mehr sich r dem Wert Null nähert, desto schwächer ist

der Zusammenhang, und je mehr sich r dem Betrag von 1 nähert, desto stärker ist er. Über die Kausalität zwischen den beiden Datenreihen sagt r zunächst nichts aus. Die Quadrierung von r ist r^2 , das sogenannte Bestimmtheitsmaß. r^2 gibt an, wie viel der Streuung des y -Wertes von der des x -Wertes erklärt wird.

Es ist eindeutig, wie die Bevölkerungsentwicklung von der Wirtschaftsentwicklung beeinflusst wird: Die Menschen ziehen in prosperierende Regionen, wo Arbeitskräfte gebraucht werden, und verlassen Regionen mit schwacher wirtschaftlicher Entwicklung und entsprechend desolaten Arbeitsmärkten. Aber es geht nicht nur um das Wandergeschehen. Auch die Geburtenhäufigkeit liegt in der Regel in den wirtschaftlich stärkeren Regionen höher als in den schwächeren. Das ist zum Teil ein *Struktureffekt*, der darin begründet liegt, dass junge Frauen heute mobil sind bzw. sein müssen. Als Folge fehlen in den wirtschaftsschwachen Regionen z.B. Ostdeutschlands die jungen Frauen und damit die potenziellen Mütter. Diese leben jetzt woanders. So erklärt es sich z.B., dass im vergangenen Jahr die Hansestadt Hamburg die höchste Geburtenrate aller Bundesländer aufzuweisen hatte.

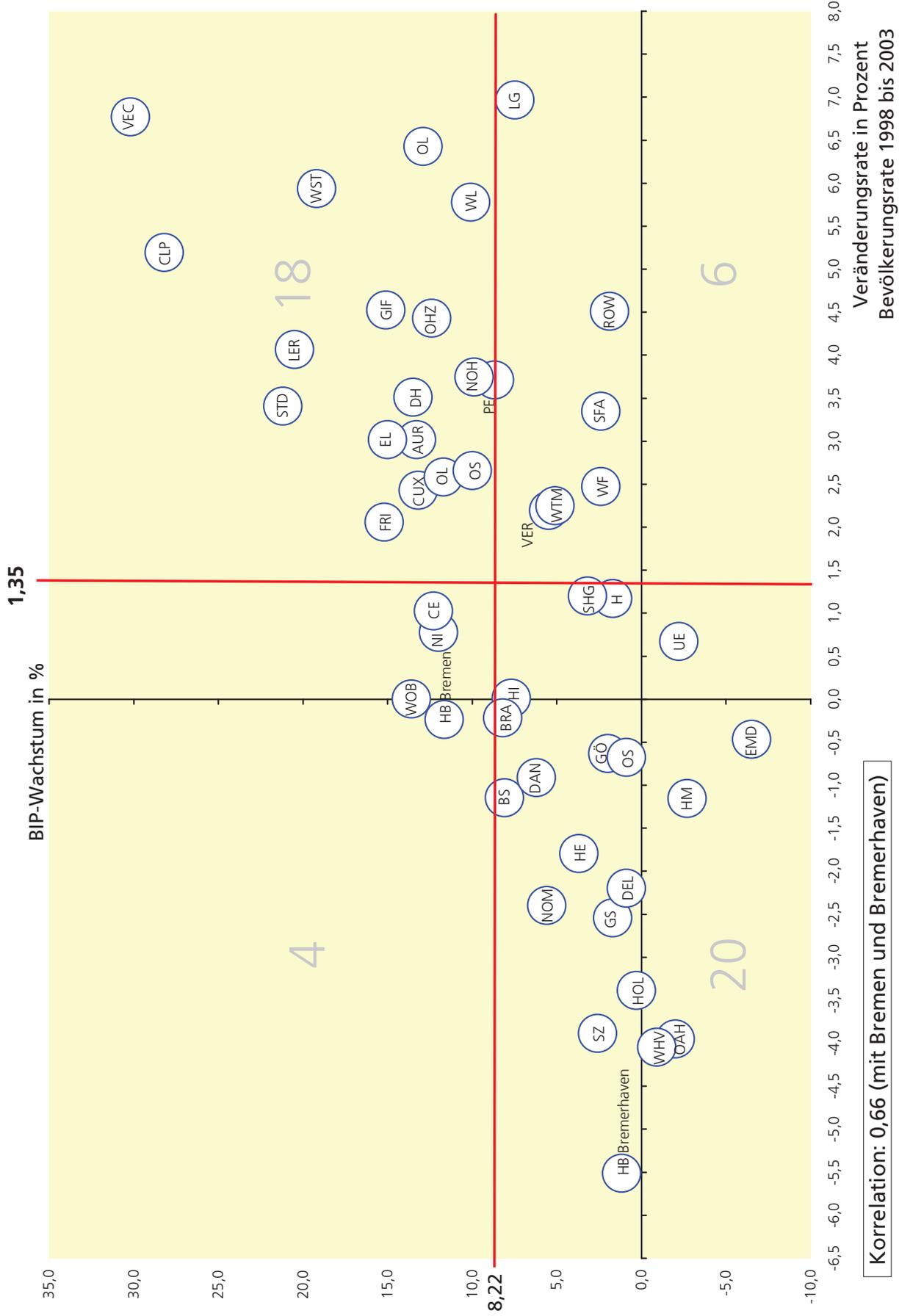
Das ist aber nicht alles. Neben dem Struktureffekt gibt es einen *Verhaltenseffekt*. Die Frauen im gebärfähigen Alter verhalten sich in wirtschaftlich prosperierenden Räumen anders als in schwachen. Die „zusammengefasste Geburtenziffer“ der Frauen misst das reproduktive Verhalten der Frauen; sie ist damit unabhängig davon, wie viele potenzielle Mütter es gibt.

Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Durchschnitt im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt. Sie basiert auf den altersspezifischen Geburtenziffern meist mehrerer Jahre, hier der Jahre 2001 bis 2003. Die zusammengefasste Geburtenziffer muss den Wert von $2,1$ annehmen, wenn – von Wanderungen abgesehen – die künftige Generation genauso groß wie die gegenwärtige sein soll. Sie liegt derzeit in Niedersachsen bei $1,4$ und damit viel zu niedrig.

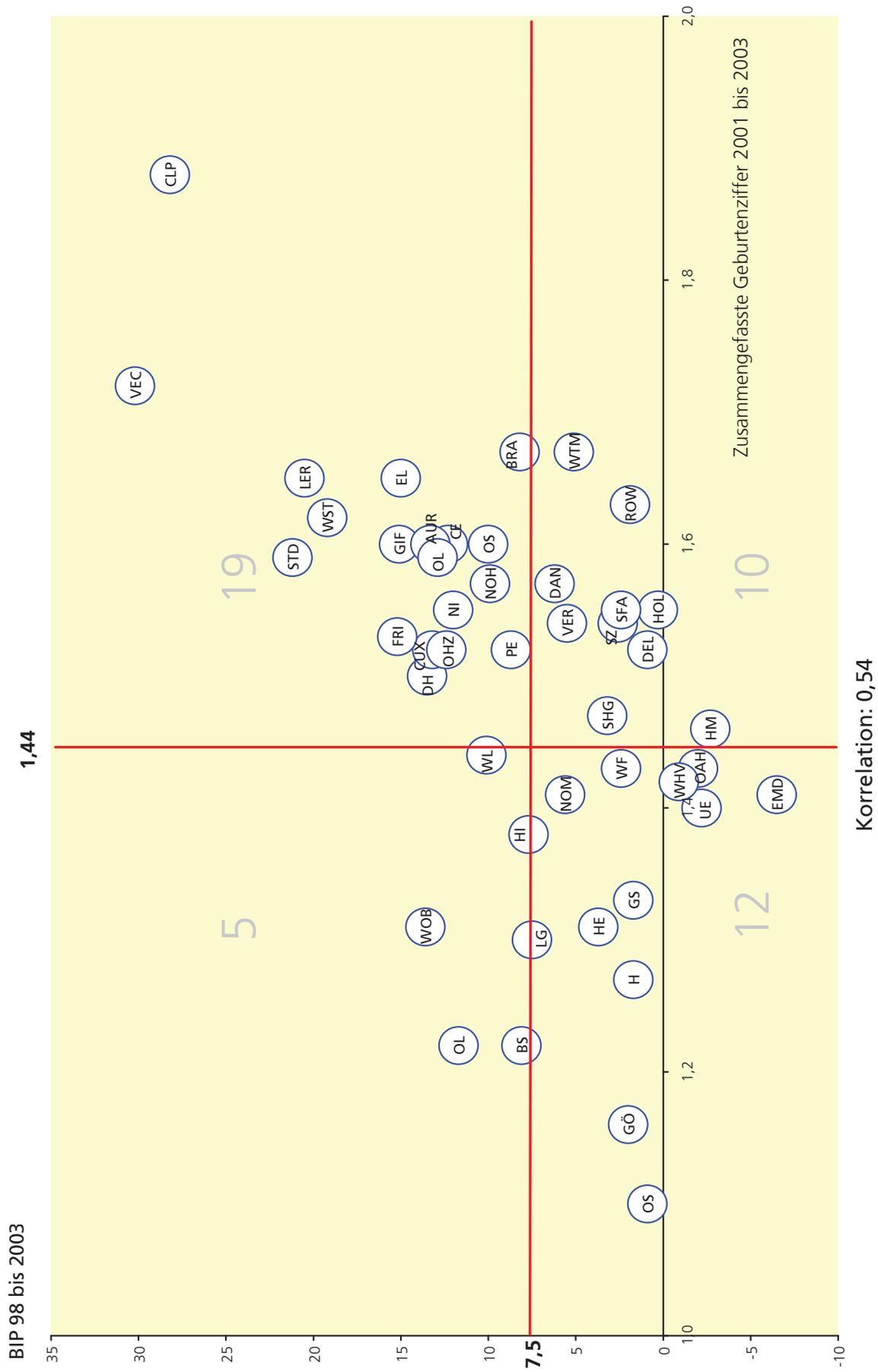
Zwischen dem mittelfristigen Wirtschaftswachstum von 1998 bis 2003 und der zusammengefassten Geburtenziffer (2001 bis 2003) ergibt sich auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte Niedersachsens eine Korrelation von $+0,54$. Ohne die beiden demographisch besonders auffälligen Kreise des Oldenburger Münsterlandes ergibt sich übrigens immer noch eine Korrelation von $+0,40$.

Was bedeutet das? Da die Empfängnis heute relativ problemlos gesteuert werden kann und ungewollte Kinder daher eher die Ausnahme sind, ist die Entscheidung der Mütter (und Väter) für ein Kind offenbar eine sehr bewusste Entscheidung. Sie setzt voraus, dass die künftige Mutter in zweierlei Hinsicht auf eine relativ stabile Zu-

Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum 1998 bis 2003 in den Kreisen Niedersachsens und Bremens



Zusammengefasste Geburtenziffer 2001 bis 2003 und Veränderungsrate des Bruttoinlandsproduktes 1998 bis 2003
in den Kreisen Niedersachsens



kunft bauen kann: *wirtschaftlich* mit guten Verdienstaussichten für *beide* Partner und *sozial* mit einer funktionierenden und zumindest für die nächsten Jahre zukunftsfähigen Partnerschaft, am besten eingebettet in tragfähige soziale Netzwerke aus Familie, Nachbarschaft oder anderem. Das setzt übrigens auch voraus, dass die beiden Partner und ihre Kinder an *einem* Ort relativ dauerhaft miteinander leben können – die oft eingeforderte räumliche Mobilität ist für eine Familiengründung nicht eben förderlich.

Wo zu niedrige Geburtenziffern, Abwanderung von Jungen und gleichzeitige Alterungsprozesse der Zurückbleibenden zusammenkommen, schrumpft die Aktivbevölkerung von gut ausgebildeten und handlungsfähigen Menschen. Es gibt dann immer weniger Menschen, die Zeit und Kraft finden, sich z.B. in Ehrenämtern, Vereinen, Elternräten, Parteien, Gemeinderäten oder einfach „nur“ in der Nachbarschaft oder im Quartier zu engagieren. Der Handlungsspielraum der Verbleibenden nimmt tendenziell durch Überbelastung ab. Vor allem gibt es irgendwann nicht mehr die „kritische Masse“ von engagierten Menschen, die überall notwendig ist, damit sich kreative Milieus bilden und fruchtbare regionale Diskurse stattfinden können.

In bestimmten peripheren Regionen im Süden und Osten des Landes ist damit deren wichtigste Funktion für das Gesamtsystem gefährdet, nämlich die Bereitstellung eines beständigen „Nachschubs“ von jungen bildungs- und leistungsfähigen Arbeitskräften.

4. Wirtschaftliche Selbst- und Fernsteuerungsfähigkeit von Regionen – eine Auswertung aus dem Unternehmensregister

Seit 1998 werden von den Statistischen Landesämtern sogenannte Unternehmensregister aufgebaut⁸⁾. Diese verarbeiten verschiedene administrative Quellen, vor allem der Finanzämter und der Arbeitsverwaltung, und führen so Daten über Unternehmen und die diesen zugehörigen Betriebe zusammen. Im Wesentlichen handelt es sich um Daten über Umsätze und Beschäftigte. „Betriebe“ sind dabei „Unternehmen“ zugeordnet in dem Sinne, dass das Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit den Betrieb steuert. Es gibt einerseits Einbetriebsunternehmen, wozu z.B. kleinere Handwerksunternehmen gehören, und andererseits „Mehrbetriebsunternehmen“ und „Mehrländerunternehmen“. „Mehrbetriebsunternehmen“ unterhalten mehrere Betriebe in einem Bundesland, und „Mehrländerunternehmen“ tun dies sogar in mehreren Bundesländern.

⁸⁾ Näheres in: Sascha Ebigt, Strukturinformationen über die Wirtschaft Niedersachsens – Auswertungen aus dem niedersächsischen Unternehmensregister, in: Stat. Monatsheft Niedersachsen 8/2005, S. 443ff. Dort finden sich auch Erläuterungen zum Zeitstand der Beschäftigtenangaben.

Mit Hilfe dieser Datenbestände wurden zwei Fragen untersucht: In welchem Ausmaß werden die Betriebe der niedersächsischen Regionen „ferngesteuert“ von Unternehmen, die außerhalb der betreffenden Region ihren Sitz haben. Um nicht große und kleine Betriebe über einen Kamm zu scheren, wurde nicht die Anzahl der „ferngesteuerten“ Betriebe betrachtet, sondern ihre Beschäftigtenzahl. Exakt lautete die Fragestellung: Wie viel Prozent der Beschäftigten in Region A sind in Betrieben tätig, die zu Unternehmen gehören, die ihren Sitz ebenfalls in Region A haben? Dieser Prozentanteil wird im Folgenden „Selbststeuerungsquote“ genannt. Zur Operationalisierung des Begriffs der Region wurden dabei Landkreise bzw. kreisfreie Städte betrachtet.

Umgekehrt wurde aber auch gefragt: Welche Fähigkeit zur Fernsteuerung von Betrieben außerhalb der Region des Unternehmenssitzes haben die niedersächsischen Unternehmen? Dies könnte ein Maßstab für die Zentralität einer Region sein. Auch hier könnte man bestimmte Quoten bilden, die aber weniger anschaulich sind. Daher werden zur Darstellung der Fernsteuerungsfähigkeit der Unternehmen keine Quoten gebildet, sondern es wird die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dargestellt, die in Betrieben arbeitet, die außerhalb der Region des Unternehmenssitzes tätig sind.

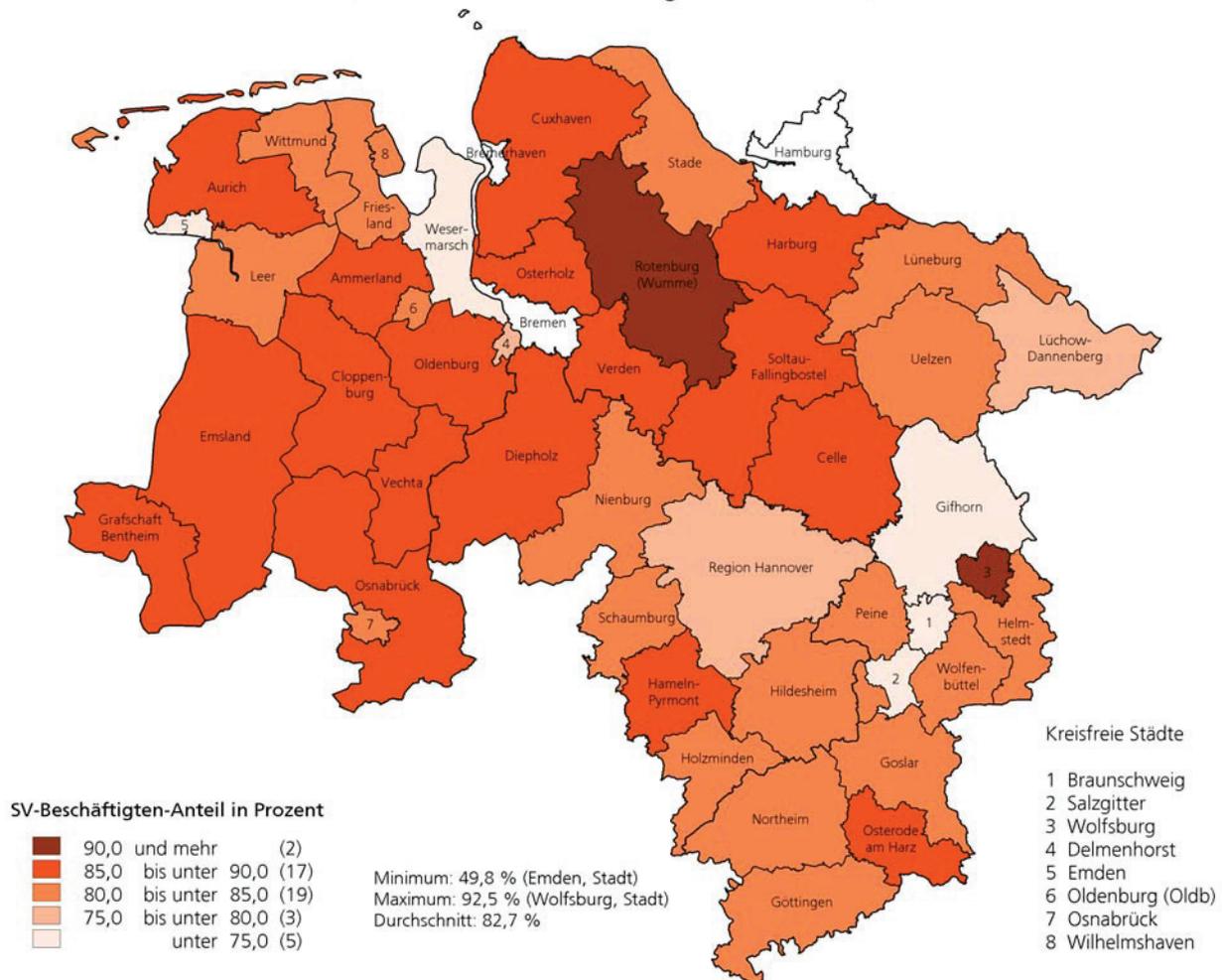
Dabei konnten die sogenannten „Organschaften“ (ein Begriff aus dem Umsatzsteuerrecht), also Kontroll- und Beherrschungszusammenhänge zwischen Unternehmen, noch nicht berücksichtigt werden; an der Herausarbeitung und Analyse dieser Zusammenhänge, die letztlich auf Konzernstrukturen herauslaufen, wird derzeit im Unternehmensregister konzeptionell gearbeitet. Die hier vorgelegten ersten Ergebnisse können also nur einen ersten Trend abbilden.

4.1 Regionale Selbststeuerungsfähigkeit

Landesweit arbeiten 83 % der Beschäftigten in Betrieben, deren „Mutterunternehmen“ im gleichen Kreis seinen Sitz hat. Diese „Selbststeuerungsquote“ variiert regional beträchtlich. Sie reicht von einem Minimum von 49,8 % in Emden bis zu einem Maximum von 92,5 % in Wolfsburg. Beides sind VW-Standorte, wobei der Betrieb in Emden zum in Wolfsburg ansässigen Unternehmen gehört und von dort gelenkt wird.

Die folgende Karte zeigt schon auf den ersten Blick, dass die Regionen im Westen des Landes tendenziell höhere Selbststeuerungsquoten aufweisen als im Landesdurchschnitt. Man kann dies als einen Hinweis dafür ansehen, dass im Westen des Landes, von Emden mal abgesehen, die wirtschaftlichen Entscheidungen ortsnäher getroffen werden. Anders formuliert: Diejenigen, die in den Leitungen der Unternehmen die Entscheidungen treffen, sind in

Anteil der Betriebe, die zu Landkreis-internen Unternehmen gehören, an der Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-)Beschäftigten im Landkreis
(Stand des Unternehmensregisters: 31.12.2004)



den Regionen mit überdurchschnittlichen Quoten denjenigen, die von den Entscheidungen betroffen sind, örtlich näher als in den Regionen mit unterdurchschnittlichen Quoten. Das wiederum kann durchaus größere Auswirkungen haben. Zum einen werden bestimmte zentrale Funktionen, man denke nur an Forschung und Entwicklung, meist am Sitz der Unternehmensleitung installiert.

Zum ändern, und das ist in Zeiten schrumpfender Arbeitsmärkte und eines erhöhten internationalen Konkurrenzdrucks, noch wichtiger: Die Sozialkontrolle über die Entscheider ist ungleich höher, wenn diese „vor Ort“ arbeiten und leben. Die Entscheidung, ein weit entferntes Werk zu schließen oder Arbeiter zu entlassen, ist um so leichter zu fällen, je weniger man sich im wahrsten Sinne des Wortes vor den Betroffenen „verantworten“ muss.

Wenn man die Betroffenen aber persönlich kennt und ihnen in der Nachbarschaft, im Verein, beim Einkaufen

oder beim Elternsprechtag begegnet, fällt es viel schwerer, ein Werk zu schließen oder Massenentlassungen zu veranlassen. Der Begriff „Verantwortung“ basiert auf dem Bild, das man jemandem persönlich antworten muss, Rechenschaft ablegen muss für die eigenen Handlungen und deren Konsequenzen. Weit entfernten Menschen, die man nicht kennt, muss man nicht selbst Rede und Antwort stehen. Zu jenen werden bei unangenehmen Entscheidungen Bevollmächtigte gesandt – Funktionäre, die nicht selbst entscheiden, sondern Entscheidungen nur exekutieren und darum frei von Verantwortung zu sein scheinen. **Kurz: Es geht um die Sozialkontrolle über die wirtschaftlich Mächtigen.**

Bewirkt das Ausmaß an Fernsteuerung etwas? Um dies zu überprüfen, wurde die Selbststeuerungsquote in Bezug gesetzt zu wirtschaftlichen Globaldaten, und zwar zur aktuellen Arbeitslosenquote der abhängig Beschäftigten im September 2005, zur Entwicklung der Zahl der so-

Niedersächsische Betriebe und deren sozialversicherungspflichtig (SV-)Beschäftigte nach Landkreis-internen und -externen Mutterunternehmen – Auswertung aus dem niedersächsischem Unternehmensregister (Stand: 31.12.2004)

Landkreis, kreisfreie Stadt, Land	Mutterunternehmen im gleichen Kreis (einschl. Einbetriebsunternehmen)			Mutterunternehmen in anderem Kreis (bei MLU evtl. in anderem Bundesland)			Gesamt		Nachrichtlich	
	Anzahl Betriebe	Anzahl SV- Beschäftigte	Anteil an Gesamt-SV- Besch. des Kreises	Anzahl Betriebe	Anzahl SV- Beschäftigte	Anteil an Gesamt-SV- Besch. des Kreises	Anzahl Betriebe	Anzahl SV- Beschäftigte	Arbeitslosen- quote (abhängig Beschäftigte) September 2005	Veränderung der Zahl der sozialversiche- rungspflichtig Beschäftigten 30.06.1999 bis 2004
Braunschweig, Stadt	8 558	75 141	70,7%	600	31 169	29,3%	9 158	106 310	13,9%	-2,4%
Salzgitter, Stadt	2 504	32 675	69,2%	253	14 533	30,8%	2 757	47 208	15,0%	-5,1%
Wolfsburg, Stadt	2 741	82 732	92,5%	318	6 724	7,5%	3 059	89 456	12,0%	+16,8%
Gifhorn	4 510	23 341	74,9%	284	7 812	25,1%	4 794	31 153	10,9%	+1,3%
Göttingen	9 058	71 457	82,1%	687	15 577	17,9%	9 745	87 034	11,7%	-3,0%
Goslar	5 549	34 917	81,4%	523	7 999	18,6%	6 072	42 916	14,4%	-9,8%
Helmstedt	2 430	16 055	83,8%	257	3 115	16,2%	2 687	19 170	12,7%	-6,3%
Northeim	4 909	33 292	81,5%	443	7 545	18,5%	5 352	40 837	13,1%	-6,8%
Osterode am Harz	2 988	21 661	85,5%	247	3 686	14,5%	3 235	25 347	17,2%	-6,0%
Peine	3 801	22 862	83,3%	313	4 567	16,7%	4 114	27 429	11,6%	-5,2%
Wolfenbüttel	3 560	17 244	82,1%	276	3 767	17,9%	3 836	21 011	11,2%	-3,4%
Hannover (Region)	44 043	332 433	79,3%	1 923	86 780	20,7%	45 966	419 213	15,1%	-2,0%
Diepholz	9 039	45 837	87,5%	454	6 575	12,5%	9 493	52 412	8,5%	+1,1%
Hameln-Pyrmont	5 866	40 295	86,4%	404	6 358	13,6%	6 270	46 653	14,9%	-7,4%
Hildesheim	9 604	68 646	84,1%	714	13 000	15,9%	10 318	81 646	13,1%	-4,4%
Holzminde	2 710	17 005	82,0%	214	3 723	18,0%	2 924	20 728	14,0%	-10,2%
Nienburg (Weser)	4 489	25 468	82,9%	353	5 249	17,1%	4 842	30 717	11,5%	-5,7%
Schaumburg	5 925	32 015	84,0%	353	6 105	16,0%	6 278	38 120	12,7%	-6,4%
Celle	6 620	38 366	85,9%	397	6 318	14,1%	7 017	44 684	13,4%	-4,7%
Cuxhaven	7 083	31 997	85,9%	425	5 261	14,1%	7 508	37 258	12,8%	-4,7%
Harburg	10 827	36 293	85,0%	384	6 389	15,0%	11 211	42 682	8,8%	+0,0%
Lüchow-Dannenberg	2 069	8 829	76,6%	137	2 703	23,4%	2 206	11 532	18,7%	-10,0%
Lüneburg	6 338	36 617	82,6%	346	7 727	17,4%	6 684	44 344	12,6%	-2,5%
Osterholz	4 051	17 501	87,8%	163	2 431	12,2%	4 214	19 932	9,4%	-2,0%
Rotenburg (Wümme)	6 730	39 141	90,4%	335	4 156	9,6%	7 065	43 297	9,7%	-0,5%
Soltau-Fallingb.ostel	5 378	32 491	85,2%	325	5 656	14,8%	5 703	38 147	11,7%	-2,2%
Stade	7 536	40 501	84,0%	338	7 701	16,0%	7 874	48 202	11,4%	-1,3%
Uelzen	3 520	19 751	81,6%	238	4 447	18,4%	3 758	24 198	13,7%	-5,5%
Verden	5 205	32 878	85,1%	268	5 736	14,9%	5 473	38 614	8,8%	+1,5%
Delmenhorst, Stadt	2 474	14 342	77,3%	178	4 221	22,7%	2 652	18 563	18,9%	-7,2%
Emden, Stadt	1 598	13 132	49,8%	167	13 237	50,2%	1 765	26 369	15,6%	-7,7%
Oldenburg (Oldb), Stadt	6 342	53 133	82,8%	408	11 050	17,2%	6 750	64 183	14,7%	+1,9%
Osnabrück, Stadt	6 387	68 292	84,9%	440	12 161	15,1%	6 827	80 453	13,4%	-1,5%
Wilhelmshaven, Stadt	2 491	21 714	84,2%	225	4 087	15,8%	2 716	25 801	18,4%	-4,9%
Ammerland	5 011	25 833	88,3%	207	3 424	11,7%	5 218	29 257	8,8%	+0,6%
Aurich	7 059	34 002	87,9%	392	4 683	12,1%	7 451	38 685	13,0%	-2,9%
Cloppenburg	6 551	34 730	87,7%	339	4 880	12,3%	6 890	39 610	9,2%	+6,7%
Emsland	10 836	76 923	88,9%	671	9 627	11,1%	11 507	86 550	8,9%	+1,8%
Friesland	3 774	20 015	83,9%	229	3 845	16,1%	4 003	23 860	12,2%	-2,0%
Grafschaft Bentheim	4 781	29 693	87,7%	252	4 149	12,3%	5 033	33 842	8,8%	-6,5%
Leer	5 686	26 922	84,7%	317	4 859	15,3%	6 003	31 781	13,7%	-4,8%
Oldenburg	5 131	21 902	87,4%	208	3 160	12,6%	5 339	25 062	9,5%	-0,7%
Osnabrück	12 279	80 127	89,1%	681	9 842	10,9%	12 960	89 969	9,3%	+0,2%
Vechta	6 053	39 458	88,1%	301	5 326	11,9%	6 354	44 784	7,1%	+10,0%
Wesermarsch	3 054	17 978	73,8%	209	6 389	26,2%	3 263	24 367	11,3%	-5,5%
Wittmund	2 668	9 042	81,5%	139	2 047	18,5%	2 807	11 089	13,3%	-6,4%
Niedersachsen gesamt	289 816	1 914 679	82,7%	17 335	399 796	17,3%	307 151	2 314 475	12,3%	-1,8%

zialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und zum mittelfristigen Wirtschaftswachstum. Die Annahmen waren, dass die Selbststeuerungsquote

- negativ mit der Arbeitslosenquote der abhängig Beschäftigten vom September 2005 korreliert,
- positiv mit der mittelfristigen Entwicklung (30.6.1999 bis 30.6.2004) der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort korreliert,
- positiv mit der mittelfristigen Entwicklung des regionalen Wirtschaftswachstums (1998 bis 2003, gemessen an der nominalen Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts) korreliert.

Der Korrelationskoeffizient „r“ nimmt, immer mit der Selbststeuerungsquote als erklärender Variabler, folgende Werte an:

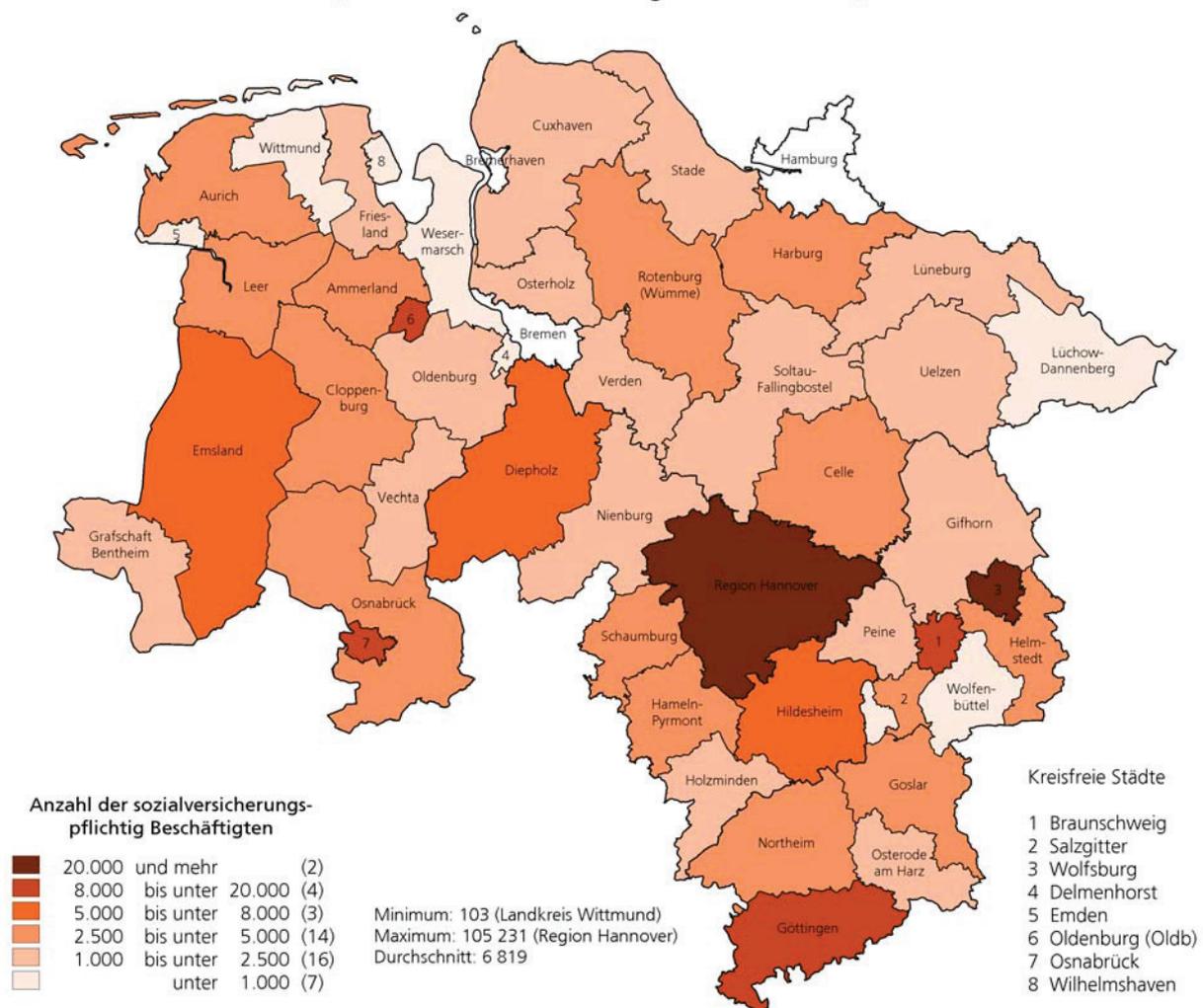
Arbeitslosenquote September 2005: $r = - 0,46$
 Veränderung der Beschäftigung: $r = +0,41$
 Wachstum des BIP: $r = +0,41$

Die Annahmen scheinen sich damit bestätigt zu haben. Tendenziell lässt sich sagen, dass Arbeitsmarkt und Beschäftigung sich um so besser entwickeln, je höher das Ausmaß der Selbststeuerungsquote ist. Das gilt wohlge-merkt nur tendenziell; das Bestimmtheitsmaß r^2 liegt bei Werten zwischen 0,17 und 0,21, und das heißt, dass es auch diverse andere erklärende Faktoren gibt. Das wusste man zwar auch schon vorher – neu ist aber die Erkenntnis eines doch recht klaren Zusammenhanges.

4.2 Regionale Fernsteuerungsfähigkeit

Die insgesamt 286 422 niedersächsischen Unternehmen sind zu 97 % Einbetriebsunternehmen. Nur 3 148 Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen – dabei sind natürlich die bekannten Großunternehmen – unterhalten regionsexterne Betriebe. In diesen regionsexternen Betrieben arbeiteten zum ausgewerteten Zeitpunkt insgesamt 313 654 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, sei es

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Landkreis-externen Betrieben niedersächsischer Unternehmen (Stand des Unternehmensregisters: 31.12.2004)



Niedersächsische Unternehmen: Mehrbetriebs- (MBU), Mehrländerunternehmen (MLU) und Unternehmen mit Landkreis-externen Betrieben sowie deren sozialversicherungspflichtig (SV-)Beschäftigte – Auswertung aus dem niedersächsischen Unternehmensregister (Stand: 31.12.2004)

Landkreis, kreisfreie Stadt, Land	Unter- nehmen	darunter			Diesen Unternehmen zugehörige Betriebe								
		MBU	MLU	MBU/MLU mit Landkreis- externen Betrieben	MBU- u. MLU-Betr.	Betriebe im gleichen Kreis (einschl. Einbetriebsunternehmen)			Betriebe in anderem Kreis (bei MLU evtl. in anderem Bundesland)			Gesamt	
						Anzahl	SV- Beschäf- tigte	Anteil an Gesamt- SV-Besch.	Anzahl	SV- Beschäf- tigte	Anteil an Gesamt- SV-Besch.	Anzahl	SV- Beschäf- tigte
Braunschweig, Stadt	8 487	174	108	167	762	8 558	75 141	89,9%	409	8 437	10,1%	8 967	83 578
Salzgitter, Stadt	2 462	62	21	39	239	2 504	32 675	92,8%	114	2 551	7,2%	2 618	35 226
Wolfsburg, Stadt	2 734	79	26	48	664	2 741	82 732	56,4%	552	63 935	43,6%	3 293	146 667
Gifhorn	4 414	106	25	58	366	4 510	23 341	94,2%	139	1 444	5,8%	4 649	24 785
Göttingen	8 945	181	107	120	780	9 058	71 457	89,8%	379	8 139	10,2%	9 437	79 596
Goslar	5 453	146	43	62	445	5 549	34 917	89,1%	160	4 292	10,9%	5 709	39 209
Helmstedt	2 376	57	21	25	203	2 430	16 055	83,8%	71	3 110	16,2%	2 501	19 165
Northeim	4 829	124	44	72	459	4 909	33 292	91,3%	211	3 163	8,7%	5 120	36 455
Osterode am Harz	2 915	93	45	58	335	2 988	21 661	91,8%	124	1 924	8,2%	3 112	23 585
Peine	3 767	82	24	45	247	3 801	22 862	93,2%	107	1 663	6,8%	3 908	24 525
Wolfenbüttel	3 518	72	19	45	223	3 560	17 244	95,0%	90	912	5,0%	3 650	18 156
Hannover (Region)	43 187	773	468	552	8 865	44 043	332 433	76,0%	6 768	105 231	24,0%	50 811	437 664
<i>Darunter Hannover, Landeshauptstadt</i>	<i>20 758</i>	<i>379</i>	<i>304</i>	<i>348</i>	<i>6 693</i>	<i>21 310</i>	<i>221 069</i>	<i>72,0%</i>	<i>5 458</i>	<i>85 929</i>	<i>28,0%</i>	<i>26 768</i>	<i>306 998</i>
Diepholz	8 893	151	75	90	642	9 039	45 837	85,5%	270	7 773	14,5%	9 309	53 610
Hameln-Pyrmont	5 814	124	23	43	419	5 866	40 295	94,1%	220	2 529	5,9%	6 086	42 824
Hildesheim	9 508	193	71	118	624	9 604	68 646	91,7%	264	6 233	8,3%	9 868	74 879
Holzminde	2 694	48	20	19	131	2 710	17 005	92,7%	47	1 334	7,3%	2 757	18 339
Nienburg (Weser)	4 345	110	35	58	388	4 489	25 468	91,1%	99	2 478	8,9%	4 588	27 946
Schaumburg	5 845	107	45	59	359	5 925	32 015	88,3%	127	4 233	11,7%	6 052	36 248
Celle	6 562	122	41	67	390	6 620	38 366	93,0%	169	2 884	7,0%	6 789	41 250
Cuxhaven	7 010	124	42	38	333	7 083	31 997	94,8%	94	1 745	5,2%	7 177	33 742
Harburg	10 799	112	100	83	396	10 827	36 293	93,3%	156	2 600	6,7%	10 983	38 893
Lüchow-Dannenberg	2 018	52	24	20	158	2 069	8 829	94,7%	31	499	5,3%	2 100	9 328
Lüneburg	6 261	110	46	53	338	6 338	36 617	95,5%	105	1 729	4,5%	6 443	38 346
Osterholz	4 022	44	50	39	189	4 051	17 501	94,3%	66	1 049	5,7%	4 117	18 550
Rotenburg (Wümme)	6 672	130	50	63	389	6 730	39 141	93,2%	151	2 856	6,8%	6 881	41 997
Soltau-Fallingb.ostel	5 323	117	23	45	275	5 378	32 491	96,9%	80	1 052	3,1%	5 458	33 543
Stade	7 452	116	66	62	376	7 536	40 501	95,1%	110	2 069	4,9%	7 646	42 570
Uelzen	3 469	70	24	29	195	3 520	19 751	94,9%	50	1 071	5,1%	3 570	20 822
Verden	5 170	73	48	58	323	5 205	32 878	93,4%	167	2 312	6,6%	5 372	35 190
Delmenhorst, Stadt	2 473	27	24	23	90	2 474	14 342	94,9%	38	763	5,1%	2 512	15 105
Emden, Stadt	1 594	34	7	18	71	1 598	13 132	97,7%	26	316	2,3%	1 624	13 448
Oldenburg (Oldb), Stadt	6 313	113	79	106	1 278	6 342	53 133	81,8%	1 057	11 836	18,2%	7 399	64 969
Osnabrück, Stadt	6 401	89	133	138	1 303	6 387	68 292	79,0%	1 095	18 155	21,0%	7 482	86 447
Wilhelmshaven, Stadt	2 481	51	10	23	101	2 491	21 714	97,2%	30	618	2,8%	2 521	22 332
Ammerland	4 990	106	22	51	388	5 011	25 833	90,8%	239	2 606	9,2%	5 250	28 439
Aurich	6 999	187	20	37	351	7 059	34 002	92,1%	84	2 936	7,9%	7 143	36 938
Cloppenburg	6 504	108	20	44	350	6 551	34 730	87,4%	175	4 995	12,6%	6 726	39 725
Emsland	10 667	252	62	86	781	10 836	76 923	93,1%	298	5 737	6,9%	11 134	82 660
Friesland	3 736	93	9	30	219	3 774	20 015	94,4%	79	1 184	5,6%	3 853	21 199
Grafschaft Bentheim	4 710	99	42	46	333	4 781	29 693	95,5%	121	1 397	4,5%	4 902	31 090
Leer	5 632	121	17	50	409	5 686	26 922	84,5%	217	4 922	15,5%	5 903	31 844
Oldenburg	5 130	80	37	54	257	5 131	21 902	90,2%	139	2 378	9,8%	5 270	24 280
Osnabrück	12 190	200	99	111	592	12 279	80 127	95,6%	204	3 662	4,4%	12 483	83 789
Vechta	5 999	117	34	67	342	6 053	39 458	94,2%	137	2 409	5,8%	6 190	41 867
Wesermarsch	3 014	68	10	19	169	3 054	17 978	97,9%	51	390	2,1%	3 105	18 368
Wittmund	2 645	64	4	10	112	2 668	9 042	98,9%	21	103	1,1%	2 689	9 145
Niedersachsen gesamt	286 422	5 561	2 363	3 148	26 659	289 816	1 914 679	85,9%	15 341	313 654	14,1%	305 157	2 228 333

in Niedersachsen, sei es in anderen Ländern. Bei ca. 2,3 Mio. Beschäftigten in Niedersachsen und ca. 26,5 Mio. bundesweit ist dies keine allzu große Anzahl. Sie entspricht in etwa nur einem Prozent der bundesweiten Gesamtbeschäftigung. Niedersachsen hat eben, siehe oben, insgesamt keine hohe Zentralität. Zu berücksichtigen ist, dass in diese Zahl nur die Beschäftigten in Deutschland eingehen, nicht aber die im Ausland. Die Fernsteuerungsfähigkeit der international agierenden niedersächsischen Unternehmen wie z.B. VW oder Continental wird also nur unvollkommen wiedergegeben.

Die Unternehmen vieler Landkreise haben eine nur marginale Fernsteuerungsfähigkeit; so ergibt sich z.B. für den LK Wittmund eine Zahl von 103, die Wesermarsch kommt auf 390. Nur vier Regionen weisen hohe, nämlich fünfstellige Werte auf, und zwar in dieser Reihenfolge:

Region Hannover:	105 231
dar. Stadt Hannover:	85 929
Stadt Wolfsburg:	63 935
Stadt Osnabrück:	18 155
Stadt Oldenburg:	11 836

Dazu kommen noch die Stadt Braunschweig (8 437), der LK Göttingen (8 139) sowie, etwas überraschend, der LK Diepholz (7 773). Näheres zeigt die thematische Karte. Eine wirklich nennenswerte Fähigkeit zur Fernsteuerung haben somit nur Unternehmen aus der Region Hannover sowie, nicht überraschend, aus Wolfsburg.

5. Kommunale Finanzen – Dramatisch geschrumpfte Handlungsspielräume

Welche Kommunen haben derzeit überhaupt finanzielle Gestaltungsspielräume? Naheliegende Indikatoren zur Beantwortung dieser Frage wie etwa Ausgaben je Einwohner oder Schuldenstand je Einwohner verlieren derzeit an Aussagekraft. Vor allem die Ausgliederungen von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten berühren sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite des Haushalts; auch der Indikator des Schuldenstands pro Einwohner ist ebenfalls aufgrund von Auslagerungen zumindest im interkommunalen Vergleich nicht unproblematisch. Daher wird hier der Saldo im Verwaltungshaushalt im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen als Indikator gewählt. Dargestellt wird dieser Saldo in Prozent der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushalts im Jahr 2004, und zwar jeweils als Zusammenfassung aller Gemeinde-, Samtgemeinde- und Landkreishaushalte in einem Kreis. Im Verwaltungshaushalt werden laufende Einnahmen (Steuern, Gebühren, Schlüsselzuweisungen) und laufende Ausgaben (Personalausgaben, Sachaufwand, Zinsausgaben) verbucht. Im Normalfall werden im Verwaltungshaushalt Überschüsse erzielt, die dem Vermögenshaushalt zugeführt werden und dort u.a. für Investitionen zur Verfü-

gung stehen. Kredite dürfen die Kommunen nur im Vermögenshaushalt aufnehmen. Der Indikator müsste daher eigentlich positiv sein.

Das ist derzeit aber durchaus nicht der Fall. Landesweit nimmt der Indikator im Jahr 2004 den Wert - 11,9 % an. Im Durchschnitt aller niedersächsischen Kommunalhaushalte gab es im vergangenen Jahr also eine Unterdeckung der laufenden Ausgaben von fast 12 %, und in den Jahren davor war die Lage ähnlich schlecht. Diese Defizite führten letztlich zum starken Anstieg der kommunalen Kassenkredite in den letzten Jahren. In 14 Landkreisen sowie in den Städten Salzgitter und Osnabrück liegt der Indikator unter - 20 %. Der Gestaltungsspielraum in diesen 16 Kommunen ist stark eingeschränkt, denn ein großer Teil des Aufwandes von Politik und Verwaltung dreht sich zwangsläufig um Sparen und Krisenmanagement. Öffnungszeiten von Bibliotheken und Schwimmbädern werden verkürzt, das Angebot von Volkshochschulen wird eingeschränkt, nicht um sich veränderten Bedürfnissen der Einwohner anzupassen, sondern schlicht um Geld zu sparen.

In nur 11 Landkreisen und drei Städten – Hannover, Braunschweig und Wolfsburg, also den wirtschaftlichen Zentren des Landes – ist der Indikator überhaupt im positiven Bereich. Auch in diesen Kommunen ist die Lage nicht zwangsläufig günstig. Unter Umständen ist der Saldo positiv, weil Sparmaßnahmen bereits vorgenommen wurden. Die folgende Darstellung ist nach der Höhe des Defizits 2004 geordnet. Die entsprechenden Daten des Jahres 1994 stehen zum Vergleich daneben.

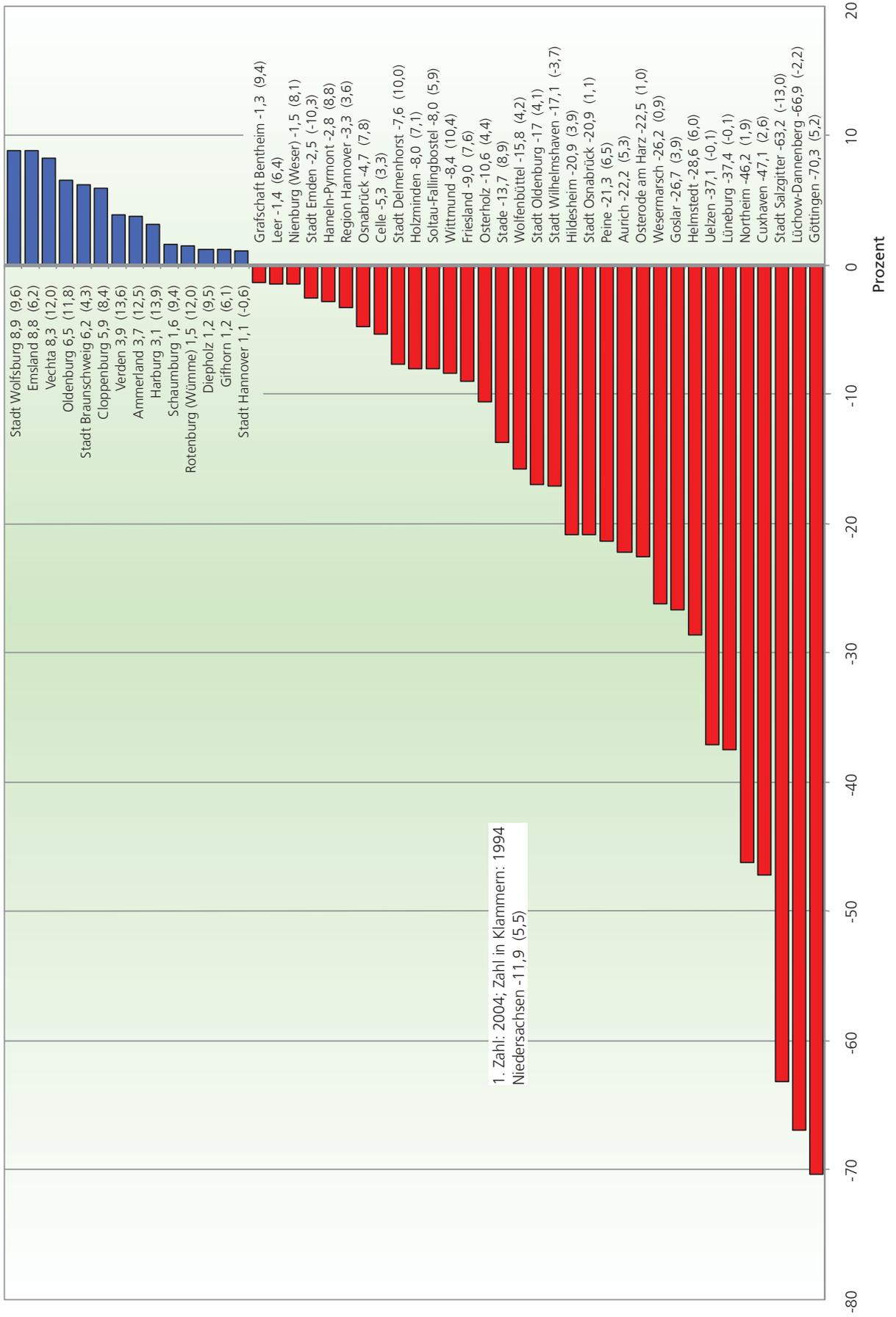
Auffällig ist, dass unter den 15 Regionen, die ihre Gestaltungsfähigkeit aufgrund von Defizitquoten von mehr als 20 % sehr weitgehend eingebüßt haben, sich fünf im **Süden** (Göttingen, Northeim, Goslar, Osterode, Hildesheim), sechs im **Osten** (Lüchow-Dannenberg, Salzgitter, Lüneburg, Uelzen, Helmstedt, Peine) und drei an der **Küste** (Cuxhaven, Wesermarsch, Aurich) befinden. Damit sind die Problemregionen des Landes Niedersachsen klar getroffen.

Umgekehrt befinden sich unter den nur neun Regionen mit nennenswert positiven Überschussquoten von mehr als 3 % allein fünf aus dem westlichen Niedersachsen (Emsland, Vechta, LK Oldenburg, Cloppenburg und Diepholz). Dazu kommen, neben Braunschweig und Wolfsburg, nur noch die Kreise Verden und Harburg aus dem Bremer bzw. Hamburger Umland. Die kommunale Handlungsfähigkeit ist demnach im Westen des Landes noch am ehesten gegeben.

6. Zusammenfassung der Befunde

Norddeutschland als ganzes und Niedersachsen im Besonderen gehören im Rahmen des europäischen Systems

Überschuss bzw. Defizit des Verwaltungshaushalts in Prozent der Einnahmen des Verwaltungshaushalts 1994 und 2004
 – Gemeinden und Gemeindeverbände –



zur Halbperipherie. Ein relativ hohes Maß an regionaler Fremdbestimmung ist daher hier schon traditionell. Durch ein Zusammenkommen von ungünstiger demographischer Entwicklung, wirtschaftlicher Strukturschwäche, Abhängigkeit von fern gelegenen Konzernzentralen und derzeit nicht mehr vorhandenen finanziellen Gestaltungsspielräumen kann man von „regionaler Selbstbestimmung“ in Teilen des Landes nicht mehr sprechen. Diese Aussage gilt vor allem für Landkreise im Süden und Osten des Landes, aber auch z.B. für kreisfreie Städte im Westen wie Delmenhorst, Emden und Wilhelmshaven.

Von einer gewissen Fähigkeit zur regionalen Selbstbestimmung kann man einerseits in den Ballungsräumen um Hannover und Braunschweig/Wolfsburg, andererseits in ländlichen Räumen im Westen des Landes sprechen, und zwar in den Landkreisen Ammerland, Cloppenburg, Diepholz, Emsland, Grafschaft Bentheim, Leer, Oldenburg, Osnabrück und Vechta. Diese Kreise weisen eine deutlich günstigere Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung als der Rest des Landes auf, haben deutlich überdurchschnittliche „Selbststeuerungsquoten“, und die dortigen Kommunen haben auch ihre fiskalische Handlungsfähigkeit bewahrt bzw. zumindest besser bewahren können als der Durchschnitt der niedersächsischen Städte, Kreise und Gemeinden.

Regionale Selbststeuerungsfähigkeit setzt ferner voraus, dass die Akteure in der Region durch ein Mindestmaß an Übereinkunft in die gleiche Richtung steuern. Von den Zielsetzungen her grundlegend gespaltene Regionen können sich nicht selbst lenken.

Ebenso sind finanzielle Handlungsspielräume der Kommunen unabdingbare Voraussetzung für eine Selbststeuerungsfähigkeit. Die aktuelle Lage der Kommunalhaushalte lässt den meisten Gemeinden und Kreisen nur noch Spielräume bei der Frage, wo zuerst und am meisten gekürzt wird. Dies zu ändern, ist nicht nur Sache des Landes-, sondern auch des Bundesgesetzgebers.

Die demographische Entwicklung – bei gleichzeitig steigendem internationalem Konkurrenzdruck – bedroht die Selbststeuerungsfähigkeit aller Regionen des Landes. Regionale Wirtschaftspolitik ist ohne regionale Familien- und Sozialpolitik nicht mehr vorstellbar. Die Förderung von Familien und sozialen Netzwerken ist genauso wichtig wie die Schaffung von Anreizen, dass junge Leute in der Region bleiben oder in sie nach der Ausbildung zurückkehren und ihre großen Potenziale und Energien dort, in ihrer Heimat, einbringen.

